

مركز الأخبار

Nr. 180 - 32. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Dienstag, 6. August 1985 - D \*\*\*  
Auszug aus: Tag AG, Postf. 10 08 84, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11  
Wichtige Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 25) 304-1 / Anzeigenabteilung Kettwig (0 20 84) 10 18 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (0 41 01) 10 18 24 - Pflichtblatt für alle deutschen Wertpapierbörsen

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Verkehrskonzept:** Das Bundesverkehrsministerium hat sich gegen die Forderung der Bundesländer gewandt, wonach Postminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) eine Änderung seines Verkehrskonzepts beabsichtigt. Es bestätigte jedoch, daß der Minister untersuchen lassen, ob Frequenzen zur Verfügung stehen, um lokale Fernsehprogramme auch über örtliche Sender mit geringer Reichweite drahtlos übertragen zu können. (S. 4)

**Kernenergie:** Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist der Auffassung, daß die Bundesregierung die Forschungsförderung im Bereich der Kernenergie nach der Fertigstellung der vorgeschrittenen Reaktoren kürzen und eine Neubewertung der gesamten Energiepolitik vornehmen sollte. Die Ziele der künftigen Energiepolitik sollten an den wirtschaftlichen Realitäten und den tatsächlichen Bedürfnissen orientiert sein.

**Kritik:** Mehrere Berliner Organisationen haben kritisiert, daß der DGB-Landesverband zu seiner Kundgebung anläßlich des Antikriegstages am 1. September auch einen Gewerkschaftsfunktionär aus der Sowjetunion als Redner eingeladen hat. Er soll zusammen mit DGB-Chef Ernst Breit und dem US-Senator Richard Clark vor der Gedächtniskirche sprechen. (S. 4)

### ZITAT DES TAGES

Es reicht nicht, sich in der Beschäftigungspolitik gegenseitig den Schwarzen Peter zuzuschreiben. Die Tarifvertragsparteien sind - gerade im Hinblick auf das Lohnniveau - auch in der Verantwortung. **YDP-Schatzsekretär Ingrid Adam-Schwitzer** auf einer Pressekonferenz in Bonn. FOTO: DPA

### WIRTSCHAFT

**Zahlungsmoral:** Die Zahlungsmoral der deutschen Unternehmen ist nach Angaben der Wirtschaftsauskunftei Schimmelpenning zweiten Quartal 1985 gesunken. Trotz der positiven Signale aus der Wirtschaft zahlten den Angaben zufolge nur noch 69 Prozent der Unternehmer vereinbarungsgemäß. Am Bau-kommen nur noch 43,9 Prozent ihrer Zahlungsverpflichtungen pünktlich nach.

**Marktzug:** Die EG will die Marktzugung für Erzeugnisse aus der Dritten Welt weiter nach der Leistungsfähigkeit der Entwicklungsländer differenzieren. Die Brüsseler Kommission regt neben

### KULTUR

**Ausstellung:** Wer ist Max Komet? Man erfährt es im Souterrain des Marbacher Schiller-Nationalmuseums in einer Ausstellung, die dem 1944 im Alter von 42 Jahren verstorbenen Schriftsteller und Dichter gewidmet ist. (S. 19)

### SPORT

**Leichtathletik:** Beim Europacup-Finale in zwei Wochen in Moskau wird der 20-jährige Ralf Lübke gleich dreimal starten: über 200 m sowie in den beiden Staffeln. (S. 16)

### AUS ALLER WELT

**Feldhandschützen:** Englands Modeschöpfer waren die Haute-Couture-Hochschulen Frankreichs und Italiens den Feldhandschul hinwerfen. Mit Bruce Oldfield, dem Modeschöpferin Princess Diana, will das Modhaus Norman Hartnell Yves St. Laurent und Karl Lagerfeld den Kampf ansagen. (S. 20)

**Umwelt-Forschung-Technik:** Silicon Valley auch in der Bundesrepublik - Von H. Watermann S. 8  
**Tennis:** Boris Becker beim Davis-Cup in Hamburg: Noch besser als beim Wimbledon-Sieg S. 16  
**Fernsehen:** Werner Müller wird 65 Jahre alt - Ein „deutscher Bolschewist“ in Sachen Musik S. 18  
**Serie Kunst-Fälscher (V):** Elmyr de Horys Gemälde - Die Rache des texanischen Millionärs S. 19  
**Doppelradler:** „Nexrad“ soll stichische Eben rechtzeitig orten - Von Ludwig Kürten S. 20

## Kohl setzt Rahmen für die Außenpolitik der Koalition

### Staatssekretär Ost: Gegensätze zwischen Union und FDP wurden hochgespielt

**BERNI CONRAD, Bonn**  
Bundeskanzler Helmut Kohl hält aufgrund der jüngsten Entwicklung Rahmenbedingungen für gegeben, die bei gutem Willen aller Beteiligten merkliche Verbesserungen des West-Ost-Verhältnisses und mögliche Impulse für den Dialog, die Verständigung und die Zusammenarbeit zwischen beiden Lagern bringen können. Mit dieser Feststellung wandte sich Regierungssprecher Friedhelm Ost gestern gegen die Annahme, es gebe zwischen Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher Differenzen in der Beurteilung der West-Ost-Politik.

Allerdings wollte sich der Staatssekretär im Namen des Kanzlers nicht wörtlich auf Genschers Formel von einer „neuen Phase realistischer Entspannungspolitik“ festlegen.

Der Bundesaußenminister und der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hatten Kohl am Wochenende in Interviews als Kronzeugen für jeweils gegensätzliche Positionen in Anspruch genommen. Genscher hatte darauf verwiesen, daß Kohl im März in Moskau gemeinsam mit SED-Chef Ho-

necker von einer „neuen Phase der West-Ost-Beziehungen“ gesprochen habe. Das bedeute: „In den Grundlinien unserer Außenpolitik sind die Einlassungen des Kanzlers und des Außenministers übereinstimmend.“

Demgegenüber hatte Strauß erklärt: „Ich habe beim letzten Gespräch den Bundeskanzler gefragt, ob er weiß, was eine neue Phase konkreter Entspannungspolitik wäre. Er sagte, man solle das nicht so ernst nehmen, er könne sich darunter ebenfalls nichts vorstellen.“

Dazu bemerkte Regierungssprecher Ost, die Positionen seien nicht so gegensätzlich, wie in manche Interviews hineininterpretiert werde. Kohl sehe die Lage folgendermaßen: In diesem Jahr seien in den Ost-West-Beziehungen wichtige Entwicklungen wie die Genfer Abrüstungsverhandlungen in Gang gekommen, andere wie das Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow stünden bevor. Der Kanzler habe sich schon sehr früh für eine solche Gipfelbegegnung, für amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollverhandlungen und für die

## DER KOMMENTAR

### Der bessere Weg

PETER PHILIPPS

Früher ist es nicht nur volkswirtschaftlicher Unsinn, sondern auch ein Verstoß gegen die Grundgesetze der Bundesrepublik Deutschland eingetriggert hat: Junge Menschen geben 13 Jahre (wenn sie nicht sitzenbleiben) zur Schule, um dann eine Lehre zu machen. Oder sie absolvieren viele Semester, um dann (wenn sie denn eine ordentliche Beschäftigung finden) als höchste Karrierestufe den Sachbearbeiter zu erreichen. Das Ergebnis ist Enttäuschung - auch bei den Unternehmen wegen der falschen Ausbildung des Mitarbeiters.

Die Kräfte des Marktes, obwohl sie aus vielerlei Gründen nicht alleiniger Maßstab im Bildungsbereich sein dürfen, zeigen langsam Wirkung: Die Unternehmen bieten den Abiturienten nicht nur praktische, sondern auch attraktive Ausbildungsalternativen zum Hochschulstudium an. Auf diese Weise ziehen sie sich einen Nachwuchs heran, der das lernt, was er im Beruf benötigt.

„Elitebildung“, dieses Stichwort fällt in der Wirtschaft. In der Tat: Tests, Schulzeugnisse und Einstellungsgespräche sind erhebliche Hürden. Gefordert werden Tugenden wie Selbstständigkeit, Leistungsbereitschaft, Ausdauer, Flexibilität. Die Unterneh-

men, große wie mittelständische, suchen sich ihre Pappenheimer genau an. Sie können wählen. Um jeden dieser Plätze bewerben sich statistisch gesehen 39 Interessenten.

Ein Hochschulstudium bürgt schon lange nicht mehr für ein lebenslang höheres Einkommen und für Sozialprestige. Nur noch ein Viertel eines Geburtsjahrganges will Akademiker werden. Da wird das Studium leicht zur „Lehre de luxe“, nur daß es häufig nur noch „Luxe“ und nicht praktische Lehre ist. Der einstige Königsweg der Ausbildung ist für viele zur Sackgasse geworden.

Bildungsminister Wilms hat schon zu Beginn ihrer Amtszeit bei der Wirtschaft und den Jugendlichen für ein Umdenken geworben. Die 8000 jungen Leute, die bereits solche auf Abiturienten zugeschnittenen Sonderausbildungsgänge durchlaufen, sind ein Indiz dafür, daß Frau Wilms mit ihrem Werben auf offene Ohren stößt. Doch es ist noch ein langer Weg, bis der Irrglaube aus den Hirnen heraus sein wird, daß der richtige Mensch erst beim Akademiker beginnt. Und dies ist weniger ein politischer Prozeß. Denn wer sich die Statistiken ansieht, erkennt, daß politische Dummheit in den Einstellungsgepflogenheiten einen Nährboden finden könnte.

## Paz ist neuer Präsident Boliviens

### Kongreß ließ sich von Banzers „Stimmen der Straße“ nicht einschüchtern

**WERNER THOMAS, La Paz**  
Während draußen auf der Plaza Murillo 1500 Demonstranten „Banzers, presidente“ schrien, fiel die Entscheidung im Kongreßgebäude anders aus: Victor Paz Estenssoro (77) wurde von 94 der 156 anwesenden Abgeordneten für vier Jahre zum neuen Staats- und Regierungschef gewählt, während General Banzer nur die 51 Stimmen seiner Partei (ADN) erhielt.

Der Kongreß mußte abstimmen, weil keiner der Kandidaten bei den direkten Wahlen am 14. Juli eine absolute Mehrheit erhalten hatte. Banzer erinnerte an seinen Sieg vor drei Wochen, wenn der Vorsprung auch nur zweieinhalb Prozent betrug. Paz Estenssoro und seine „Nationalistische Revolutionsbewegung“ (MNR) betonen sich dagegen auf die Mehrheit der Mandate: Da die MNR sieben der neun Provinzen gewann, stellt sie 59 Kongreßabgeordnete gegenüber den 51 Sitzen Banzers.

Die Entscheidung fiel dann bereits in der Nacht zum Sonntag, als die „Bewegung der revolutionären Linken“ (MIR), die drittstärkste Partei, verkündete, sie werde für Paz Estenssoro stimmen. Nachdem eine erste Abstimmung nicht die notwendige absolute Mehrheit der Abgeordneten ergeben hatte, erhielt Estenssoro die Unterstützung auch der regierenden „MNR der Linken“ von Siles Zuazo, der „MNR-Vanguardia“ sowie der Christlichen Demokraten.

Banzers konservative ADN versuchte bis zum Schluß, das Kongreßvotum mit einer Publicity-Kampagne zu beeinflussen. Als sich die Abstimmungsniederlage abzeichnete, organisierte die Partei Demonstrationen. „Laßt uns die Straße gewinnen“, appellierte Banzer. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, als die ADN-Anhänger das Kongreßgebäude stürmen wollten. Es gab keine Verletzten und keine Festnahmen.

Victor Paz Estenssoro, bereits dreimal Präsident des Landes, erbt ein explosives Vermächtnis. Sein ehemaliger Freund Hernan Siles Zuazo (71), der seine glücklose Präsidentschaft freiwillig ein Jahr früher als notwendig beendete, hinterläßt ihm katastrophale wirtschaftliche Verhältnisse. Nach einer nicht ganz dreijährigen

**Esten flohen zu Fuß nach Schweden**  
Zwei Sowjetbürger aus der Republik Estland haben in Schweden um politisches Asyl gebeten, nachdem sie in einem 17-tägigen Fußmarsch das militärische Sperrgebiet der Halbinsel Kola und einen Teil Finnlands durchquert hatten.

Nach Angaben der schwedischen Tageszeitung „Svenska Dagbladet“ führen die beiden Balten am 5. Juli mit dem Zug von Leningrad nach Murmansk und marschierten von dort aus zur 200 Kilometer entfernten finnischen Grenze. Dabei ernährten sich die Flüchtlinge hauptsächlich von Birkenlaub und Wasser - die Vorräte waren ihnen ausgegangen. Unbehelligt von Militärpatrouillen konnten sie schließlich die Grenze nach Schweden überqueren.

Die finnischen Behörden hätten die Flüchtlinge aufgrund von Abkommen zwischen Moskau und Helsinki zurückschicken müssen.

**Flugverbindung von Paderborn nach West-Berlin**  
Zwischen dem westfälischen Regionalflughafen Paderborn/Lippstadt und West-Berlin wird noch in diesem Jahr eine regelmäßige Flugverbindung aufgenommen. Die Strecke soll zweimal täglich mit 28-sitzigen Turboprop-Maschinen vom Typ Nord 262 der amerikanischen Tempelflug 300er-Flotte befliegen werden.

Die Genehmigung für die regelmäßige Flugverbindung Paderborn-Berlin sei von den für die Überwachung der Luftwege zwischen Berlin und der Bundesrepublik zuständigen Behörden bereits erteilt worden, sagte der Geschäftsführer des US-Unternehmens Knut Kramer. Damit verbundene technische Auflagen könnten bis Ende August erfüllt werden.

Seit gestern gibt es auch wieder regelmäßige Linienflüge der Dortmunder Regionalfluggesellschaft (RFG) zwischen Paderborn, Frankfurt und Stuttgart.

## Hiroshima - niemals endende Mahnung

**DW, Bonn**  
Zwei Tage vor dem 40. Jahrestag des Atombombenabwurfs über Hiroshima am 6. August 1945 hat Papst Johannes Paul II. am Sonntag zu einer Erneuerung aller Anstrengungen für den Frieden aufgerufen. In seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo forderte er die Gläubigen in der Welt zum Gebet dafür auf, daß der Menschheit der Schrecken eines Atomkrieges erspart bleiben möge.

Fünf Tage vor dem 40. Jahrestag des Bombenabwurfs über Nagasaki am 9. August hat sich am Sonntag der an der Operation beteiligte amerikanische Navigator Paul Bregman (80) erkrankt. Er war Navigator eines der B-29-Bomber, die die Maschine mit der Bombe begleitete und den Abwurf über der Hafenstadt überwacht hatten. In Nagasaki starben nach Schätzungen 70 000 bis 80 000 Menschen. Drei Tage zuvor kamen in Hiroshima schätzungsweise 140 000 Menschen um.

An der Stätte des ersten vernichtenden Angriffs in Hiroshima hat gestern die erste Weltkonferenz von Bürgermeistern für Frieden durch Solidarität der Städte begonnen. An der Veranstaltung nehmen Bürgermeister von 64 Städten in 23 Staaten teil. Ans der Bundesrepublik sind Bielefeld, Dortmund, Eßlingen, Fürth, Gladbeck, Hagen, Hannover, Menschheit.“ Der Hauptredner, der mexikanische Friedensnobelpreisträger Alfonso Garcia Robes, warnte, schon ein begrenzter Atomkrieg würde die Welt in einen „nuklearen Winter“ versetzen. Dies würde eine bisher nicht erkannte Gefahr auch für jene Nationen bedeuten, die weit vom Ort der Nuklearexplosion entfernt seien.

Der Berliner Bischof Joachim Kardinal Meiser hat den Bischof von Hiroshima in einem Telegramm des trübenden Gedankens an die Toten versichert. Die japanische Großstadt-Diözese ist seit 1980 Patenbistum von Berlin.

## In der Begabtenförderung „stehen wir noch am Anfang“

### Konferenz beklagt Defizite im Umgang mit Eliten

**GISELA SCHÜTTE, Hamburg**  
Die Öffentlichkeit soll davon überzeugt werden, daß es zwischen gleichen Chancen für alle Kinder und der Begabtenförderung keinen Widerspruch geben muß. Aber gleiche Chancen bedeutet nicht identische Chancen“, erklärte Professor James Callaghan aus dem US-Bundesstaat North Carolina das Anliegen der 6. Weltkonferenz über hochbegabte und talentierte Kinder. 1000 Teilnehmer aus knapp 50 Ländern haben sich zu der Veranstaltung, bei der bis zum 9. August in Hamburg 500 Vorträge gehalten werden sollen, angemeldet.

Es soll ein Erfahrungsaustausch werden, wie man am besten die Talente entdeckt und fördert; denn daß es Kinder gibt, die besser lernen, ein besseres Gedächtnis haben und besser logisch denken können, darüber sind sich die Teilnehmer einig. Doch über die Unterstützung der Hochbegabten hinaus, deren Eltern sich meist wegen schulischer oder seelischer Schwierigkeiten ihrer Kinder an Vereine oder Interessengemeinschaften wenden, wollen die Wissenschaftler gezielt auch den verborgenen Talenten helfen, die wegen sozialer oder familiärer Umstände bisher ihre Chance auf die bestmögliche Ausbildung nicht erhielten.

Vier Jahre hatten die Hamburger Organisatoren den Kongreß vorbereitet, weil sie sich für die Bundesrepublik Deutschland einen Impuls in der Begabtenförderung erhofften. Denn hier, sagte der Psychologe Harald Wagner, „stehen wir noch ganz am Anfang“. Defizite werden vor allem in der Ausbildung der Lehrer und Psy-

chologen beklagt, die häufig nicht wüßten, wie sie mit den Talenten umgehen sollen. Die Diskussion über die Begabten-Thematik habe an den Hochschulen 30 bis 40 Jahre lang kaum stattgefunden.

Wohlparapariert meldete sich gestern auch die politische und wissenschaftliche Opposition in der Hochbegabten-Debatte: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) betrachtet den Kongreß „mit großer Sorge“. Und rund 70 Hamburger Hochschullehrer hatten eine Stellungnahme der „Arbeitsgemeinschaft Hochbegabung“ unterschrieben, die - wie die Initiative der Talentförderung - im Fachbereich Psychologie der Hamburger Universität beheimatet ist.

Die Kritiker behaupten, der Kongreß trage zur „Rechtfertigung rückstehender bildungspolitischer Zielvorstellungen bei“. Die Elternterminologie habe nachweislich nur eine geringe ökonomische Bedeutung. Und grundsätzlich diene die Betonung von Eliten dazu, „ein traditionelles, tendenzielles, antidemokratisches Modell der Gesellschaft zu legitimieren“. Mit der Elternterminologie sollten die Karrieren für die Kinder aller Eliten gesichert werden.

Die Hochschullehrer warnen vor der Gefahr von „Fehlidenten“ und wehren sich dagegen, daß in Zeiten der Hochbegabtenförderung ein Teil der Kinder in die Armut gedrückt werde.

## Israel verschärft seine Maßnahmen gegen Terror

### Palästinenser können ohne Urteil deportiert werden

**DW, Jerusalem**  
Die israelische Regierung hat beschlossen, die Maßnahmen gegen den Terrorismus innerhalb des gültigen gesetzlichen Rahmens zu verschärfen. So sollen Palästinenser, die nach Ansicht der israelischen Behörden die Sicherheit in den besetzten arabischen Gebieten gefährden, ohne Gerichtsurl deportiert oder inhaftiert werden. Diesen Beschluß der israelischen Regierung bezieht sich der israelische Informationsminister Mohammed Chatib als Verstoß gegen das Völkerrecht und gegen die Menschenrechte.

Außerdem drohte die Regierung von Ministerpräsident Shimon Peres auf ihrer wöchentlichen Kabinettsitzung den arabischsprachigen Zeitungen mit Verbot, falls sie die Militärzensur verletzen oder Unruhen schürten. Beschlüssen wurde ferner ein Ausbau der Haftanstalten in Westjordanien und im Gaza-Streifen. Anlaß für die Beschlüsse waren mehrere Bombenanschläge und Morde im Juli. Die Ermordung von zwei Lehrern und eines Kantinenpächters hatte in

Israel zu einem öffentlichen Aufschrei der Empörung geführt. Es kam zu antirassistischen Demonstrationen, auf denen die Todesstrafe für Terroristen gefordert wurde.

Seit 1965 haben israelische Militärgesichtete gegen sieben als Terroristen verurteilte Araber die Todesstrafe verhängt. Sie wurde jedoch in allen Fällen in lebenslange Haft umgewandelt. Die Hinrichtung des Nazi-Kriegsverbrechers Adolf Eichmann 1962 war der einzige Fall, in dem die Todesstrafe auch vollstreckt wurde.

Trotz des Protests mehrerer Minister erhielt die israelische Regierung jetzt aber ihre Entscheidung aufrecht, auch bei terroristischen Morden keine Todesurteile zu verhängen. In diesem Zusammenhang erklärte der Präsident der Ben-Gurion-Universität, Generalmajor A. D. Shlomo Gazit, Terroristen dürfe es nicht allzu schwer fallen, bei Verhängung der Todesstrafe gegen einen ihrer Komplotteure in Israel zu entführen. Die Terroristen würden mit dessen Erschießung drohen, falls das Todesurteil vollstreckt würde.



DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Am Abend des Lebens

Von Werner Thomas

Die meisten Siebenundsiebzigjährigen wünschen sich einen ruhigen Lebensabend, aber Victor Paz Estenssoro übernimmt in diesem Alter noch einmal ein mörderisches Amt. Wie soll man ein Land regieren, das auf 30 000 Prozent Inflation zusteuert? Wo die marxistisch beeinflussten Gewerkschaften, die schon den unglücklichen Amtsvorgänger Hernan Siles Zuazo, einen Sozialisten, die „Gewerkschaftsdiktatur“ verfluchen ließen, jede Austeritätsmaßnahme zu verhindern trachten?

Paz Estenssoro, der während seiner langen Laufbahn von links zur Mitte rückte / die rechten Gegner im Banzer-Lager führen dies auf Opportunismus zurück - gibt sich dennoch „relativ optimistisch“. Die Probleme seien zu lösen, meint er. Während des Wahlkampfes wollte er allerdings seine Vorstellungen von der notwendigen Therapie nicht näher erläutern.

Der Veteran mußte sich von Rivalen aller ideologischen Schattierungen den Vorwurf anhören, er lasse sich nur vom persönlichen Machthunger treiben. Er habe den schmachtvollen Putsch 1964 nie vergessen, als ihn sein Vize, der Luftwaffengeneral René Barrientos, im vierten Monat seiner dritten Präsidentschaft stürzte und selbst die Macht übernahm. Paz Estenssoro bestreitet solche Unterstellungen. Er wolle der Nation helfen, versicherte er.

Hugo Banzer und seine „Nationalistische Demokratische Aktion“ (ADN) reagierten bitter auf die Abstimmungsniederlage. Die ADN-Vertreter sprachen von einer „Verfälschung des Wählerwillens“, weil Banzer die direkten Wahlen gewonnen hatte, wenn auch nur mit zweieinhalb Prozent Vorsprung und nicht mit der erforderlichen absoluten Mehrheit. Jedoch: Die Verfassung gibt dem Kongreß das letzte Wort, wenn kein Kandidat die absolute Mehrheit hat. Paz Estenssoro ist verfassungsmäßiger Präsident.

Nicht in allen Kreisen der konservativen ADN-Bewegung herrscht jedoch Trauer. Man hört auch die Frage: Wer will schon ein solches Vermächtnis erben? Die Stunde des ehemaligen Diktators (1971 bis 1978) werde schon kommen, wenn Paz Estenssoro scheitern werde, heißt es, und: Er werde gewiß scheitern. Linksgerichtete Bolivianer äußern ähnliche Ansichten - als „Befürchtungen“ verkleidet.

Pinochet stellt um

Von Günter Friedländer

Dem Rücktritt des chilenischen Polizeichefs General Cesar Mendoza folgte prompt die Ernennung seines bisherigen Stellvertreters, General Rodolfo Stange. Die so rasch gefaßte Entscheidung sollte den Chilenen zeigen, daß General Augusto Pinochet Herr der Lage ist.

Der Wechsel in der Junta, der der Polizeichef angehört, enthält eine weitere Botschaft. Als man im vergangenen März die Leichen von drei Mitgliedern der Kommunistischen Partei fand, hieß es, sie seien Opfer der Polizei gewesen. Die Angelegenheit wurde den ordentlichen Gerichten übergeben. In der vergangenen Woche erklärte ein Richter, vierzehn Polizeibeamte seien in die Mordtat verwickelt.

Die Regierung entließ umgehend diese vierzehn Verdächtigen, so wie sie vor neun Jahren nach der Ermordung Letelier den Chef des Geheimdienstes entlassen hatte.

Chiles Polizei war immer der Stolz des Landes. Ihre Mitglieder sind oft Männer mit guter Schulbildung, die in der Polizei eine hervorragende Fachausbildung erhielten. Der Rücktritt Mendozas, der ein ergebener Diener des von Pinochet geleiteten Regimes ist, sollte das ganze Land davon überzeugen, daß der gute Ruf der Polizei auch weiterhin berechtigt sei und man ihr keinerlei Übergänge erlaube.

Zur gleichen Zeit übermittelte Pinochet aber eine weitere Botschaft an die Chilenen: daß er speziell die Kommunisten aus der Opposition herausgreifen wird. Bei der vom Fernsehen übertragenen Vereidigung des neuen Polizeichefs hatte Pinochet gewarnt, er werde mit drastischen Maßnahmen die Ordnung aufrecht erhalten. Schon 36 Stunden später veranstaltete General Stange eine groß angelegte Polizeiaktion gegen Anhänger der Kommunistischen Partei. Straßenkundgebungen, die seit Mendozas Rücktritt nicht aufhörten, wurden rigoros aufgelöst und zahlreiche prominente Mitglieder der kommunistischen Partei festgenommen. Die Polizisten zeigten dabei oft Haftbefehle vor. Ob diese Aufteilung der Opposition hingenommen wird - und wie die Kirche darauf reagiert, daß mindestens zwei ihrer Funktionäre unter den als Kommunisten Verhafteten sind - wird den weiteren Lauf der Ereignisse in Chile weitgehend mitbestimmen.

Normaler Siebzehnjähriger

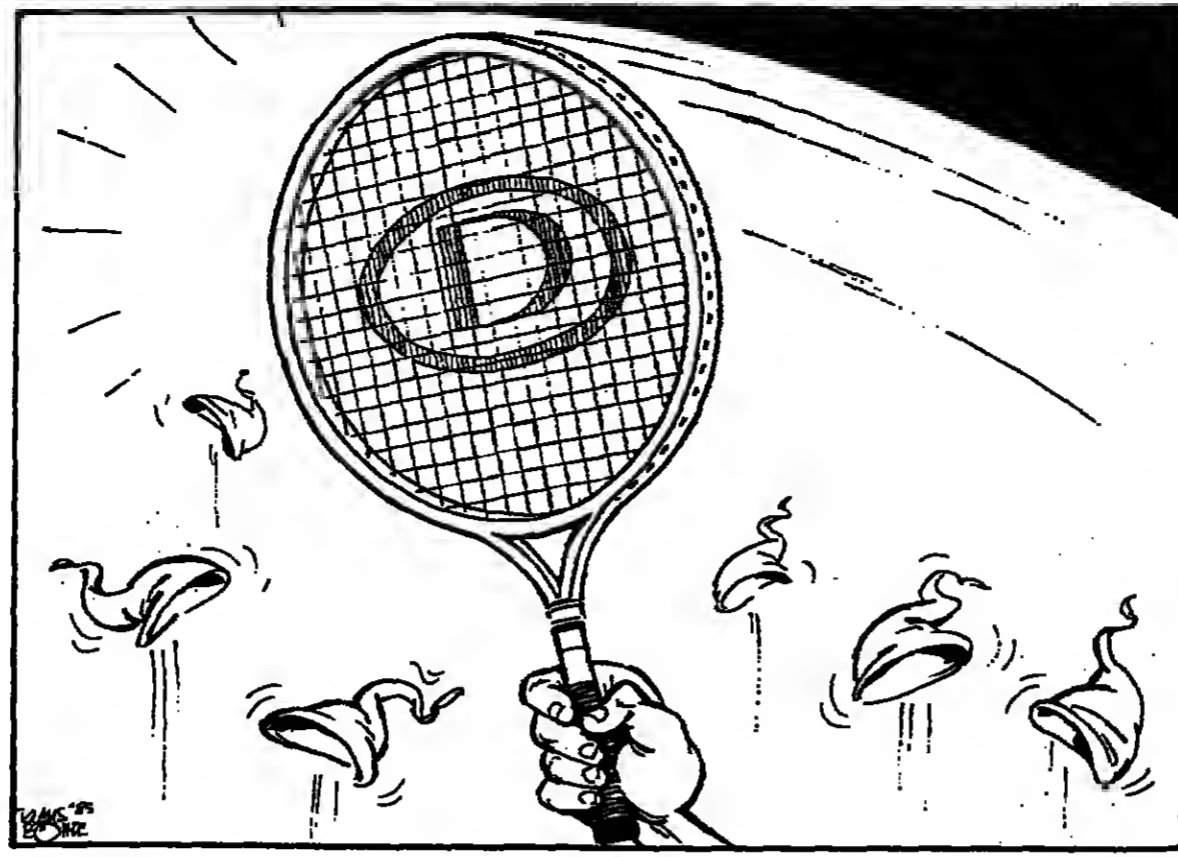
Von Enno v. Loewenstern

Er kann sich unbändig freuen wie ein großer Junge, wenn er gewinnt. Und er ist ja wohl noch ein großer Junge, denn sein Alter wie der Körpergröße nach. Er kann sich freuen, auch wenn er eine Mannschaftsbegegnung entscheidet, wo finanzielle Dinge weit im Hintergrund stehen, wo es einfach darauf ankommt, seinen Teil für die gemeinsame Sache nach besten Kräften beizutragen.

Die Kräfte waren bestens, der unglückliche Gegner hat es erfahren. Da war keine Spur von der Überheblichkeit, vor der Medien kurz durch die Republik den Jungen gewarnt hatten. Da war Freude am Spiel, da war aber auch Entschlossenheit, Leistungswille. Anscheinend sieht er zu wenig fern; anscheinend hat er noch nicht gelernt, die Leistungsgesellschaft zu hinterfragen und die eigene Rolle zu problematisieren. Er hat einfach Spaß an der Freude, ohne Rücksicht auf Soziologen, Psychologen und was sie sonst noch logen.

Der Junge steht knapp vor seinem achtzehnten Geburtstag, da ist er dann sowieso nach fortschrittlichem deutschen Recht ein Erwachsener, der alles tun darf: wählen, heiraten, ein Geschäft gründen oder auch aussteigen. Er muß sich darüber wundern, wie viele fürsorgliche Mitbürger ihn in die Seelenwunde zu wickeln suchen, die er offensichtlich nicht braucht. Wo andere junge Leute seines Alters sich den Kopf zerbrechen, was sie werden sollen, hat er seinen Beruf - wenn nicht gar seine Berufung - gefunden. Einen Beruf, den er gern ausübt; was kann man einem Menschen beruflich Besseres wünschen? Einen Beruf mit Risiko, gewiß, aber er jammert nicht über sein Risiko. Ist es auch und gerade das, weshalb sich so viele für diesen so herrlich unbefangenen Jungen jenseits seiner Hecht-sprungrückhand begeistern können?

„Ein normaler Siebzehnjähriger wird er nie mehr sein“ - in diesem Stil barmt es durch diejenigen Medien, die Unbefangenheit und Leistungsbereitschaft bei jungen Menschen unnormal finden. Was ist ein normaler Siebzehnjähriger? Das ist einer, der auf den Sportplatz geht, die Bälle herumhaut und träumt, er sei Boris Becker.



Kennzeichen D

KLAUS BÖHLE

Genie und Melancholie

Von Peter R. Hofstätter

Für Stefan Zweig (1881-1942), den Verfasser von Biographien, Novellen und Theaterstücken, die ihn als einen der gebildetsten Schriftsteller Europas ausweisen, war seine „ganze Schulzeit... nichts als ein ständiger gelangweilter Überdruß“. Der Kritiker Willy Haas (1881-1973) legte noch als Sechszehnjähriger Wert auf die Feststellung, daß unsere sämtlichen Gymnasialprofessoren für mich entweder skurrile Narren oder arme Geistesgestörte oder pathologische Sadisten oder alles zusammen waren“.

Daß sich die Erinnerungen der Berühmten an ihre Schuljahre so oft - wie bei Alfred Kerr - in dem einzigen Wort „scheußlich“ zusammenfassen, wirkt die Frage auf, ob unser Bildungssystem hohen Begabungen auch optimale Pflege angedeihen läßt. Man könnte denken, es müßte für sie besonders leicht und deshalb vergänglich sein, die Bürden zu nehmen. Aber an dem ist es keineswegs. Immer wieder stößt man auf Hochbegabte, die als schlechte Schüler auffallen, oder umgekehrt auf schlechte Schüler, bei denen sich erst im Zuge psychologischer Untersuchung herausstellt, daß ihre intellektuelle Begabung sogar extrem hoch ist.

Wenn man als Maß den Intelligenzquotienten nimmt, so übertrifft ein Schüler mit dem Wert von 135 mehr als 98 Prozent der Bevölkerung. Es kann jedoch sein, daß er sich nach Anfangserfolgen angelehnt hat, seine Gedanken in Hobby- und Phantasiewelten ausschweifen zu lassen, statt beim Unterricht aufzupassen. Das rächt sich früher oder später. Aus dem Defizit an schulischem Wissen resultieren Enttäuschungen, und diese führen zur Entmutigung. Niemand kann nämlich von sich aus wissen, ob er wirklich geschickt ist. Uns selbst sehen wir nur im Spiegel, und dazu bedürfen wir des Vergleiches mit anderen und einer Bestätigung durch das Urteil erfahrener Personen, zum Beispiel also eines vertrauenswürdigen Lehrers.

Was aber, wenn Lehrer entweder nicht in der Lage sind, das intellektuelle Potential eines Sonderlings zu erkennen, oder wenn sie sich aus Prinzip der Aufgabe verweigern, zwischen den Möglichkeiten ihrer Schüler zu differenzieren? Mancher mag mit H. Scheuvel (1958) meinen, daß „Auslese...

von Natur ein bildungsfeindliches Prinzip“ ist. Denn: „das ganze Ethos des Pädagogen (sei es), beim zu Erziehenden auszuhalten, solange dieser ihn braucht, ihn nicht aufzugeben, nicht von sich zu stoßen“.

Bei einem solchen Entwurf ihrer Rolle denken Erzieher an Schwachbegabte. Dabei wird übersehen, daß Hochbegabte ebenfalls hilfsbedürftig sein können und daß das seelische Gleichgewicht immer gefährdet ist, wenn sich jemand in auffälliger Weise vom Mittelmaß unterscheidet. Je weniger ihn andere verstehen, um so schwerer hat er es, sich selbst zu verstehen, denn unser Selbstbild konstituiert sich aus dem, was andere uns über uns ein Leben lang, vor allem in jungen Jahren, gesagt haben.

Das alles sind keine neuen Befunde. Was seit der Antike unter der Überschrift „Genie und Melancholie“ abgehandelt wird, ist im Grunde das Thema der Einsamkeit, in die außerordentliche Menschen - eben auch Hochbegabte - wesentlich leichter geraten als andere und aus der sie unter Umständen sogar anti-soziale Tendenzen - bis zum Terrorismus - entwickeln können.

Aber nicht nur deshalb ist die Gesellschaft zur Pflege von Begabungen verpflichtet. Genau das gehört nämlich zum Wesen von „Kultur“. Es gibt daher nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Vereinigungen, die sich Erkennen und Betreuung ungewöhnlich talentierter Kinder zur Aufgabe gemacht haben. Dabei gilt



„Ständiger Überdruß“: Stefan Zweig FOTO: S. FISCHER VERLAG

es noch Vorfragen diagnostischer Art zu lösen. Denn Frühreife ist noch kein sicheres Kennzeichen für Hochbegabung, der Intelligenzquotient zeigt nur einen recht engen Ausschnitt der Begabung, und es gibt Vorkriegsdiagnostik, die einen Mangel an Kontaktfähigkeit bloß dürftig kompensiert.

Diese Probleme werden sich mit der Zeit bewähren lassen. Jedoch rüsten sich bereits die prinzipiellen Gegner, um auf der soeben begonnenen Hamburger „Weltkonferenz über hochbegabte und talentierte Kinder“ energisch zu protestieren.

Aus ideologischen Gründen wollen sie interindividuelle Unterschiede der Begabung und Motivation nicht wahrhaben und daher nach Möglichkeit - etwa durch Einheitsnoten für die ganze Klasse - verschleiern. Die Maxime lautet, „daß die Gesellschaft, ohne den wirklichen oder angenommenen Unterschied der Neigungen und Fähigkeiten in Betracht zu ziehen, ... allen - ohne Ausnahme - eine absolut gleiche Erziehung und Ausbildung schuldig ist“.

Das Plädoyer für eine absolute pädagogische Gleichmacherei, die Hochbegabte nur mit dem Wort „scheußlich“ quittieren könnten, erschien am 14. August 1869 in der Zeitschrift „Egalité“ des hervorragend begabten Anarchisten Michael Bakunin (1814-1876). Über die Folgen der von ihm propagierten anti-elitären Erziehungen war er sich durchaus im klaren: Zwar werde es „weniger berühmte Gelehrte geben, aber gleichzeitig auch weniger Unwissende“. Deshalb sei es auch kein großes Unglück, „daß während des mehr oder weniger langen Übergangszustandes, der natürlich der großen sozialen Krise folgen wird, die höchsten Wissenschaften bedeutend unter ihr jetziges Niveau sinken werden, wie auch unzweifelhaft der Luxus und alles, was zu den Verfeinerungen des Lebens gehört, für lange aus der Gesellschaft wird verschwinden müssen“.

Grün-rote Herzen mögen bei solchen Aussichten höher schlagen; alle anderen aber wissen nun ganz genau, warum wir nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im Interesse von Hunderten Millionen Menschen in den Entwicklungsländern hohe Begabungen als ein kostbares und seltenes Gut sorgsam zu pflegen haben.

IM GESPRÄCH Nicola Signorello

Wandel in Rom

Von Friedrich Meichsner

Die Kapitoline Glocke hat in der vergangenen Woche für Rom eine Wende eingeläutet. Nach fast zehnjähriger Herrschaft sind die Kommunisten und ihre Alliierten im berühmtesten „Rathaus“ der Welt wieder von einem Christdemokraten abgelöst worden. Nicola Signorello ist der neue Bürgermeister der ewigen Stadt. Der 59jährige Senator und Chef der römischen DC wurde von den fünf Koalitionsparteien, die auch die Zentralregierung unter dem sozialistischen Ministerpräsidenten Craxi tragen, schon im ersten Wahlgang zum Nachfolger des Kommunisten Ugo Vetere gewählt.



Nach neun Jahren wieder ein Christdemokrat: Signorello FOTO: CAMERA PRESS

Signorello findet auf seinem Schreibtisch im Senatorenpalast des Kapitols fast alle jene Probleme vor, die der letzte christdemokratische Bürgermeister der Stadt im Mai 1976 hinterlassen und deren Lösung dann von den Kommunisten mit großen Worten versprochen worden war. Die „andere Partei“, als die sich die KP bei ihrer „Machtübernahme“ in den Rathäusern der meisten italienischen Großstädte anprahlte, hat in Rom keine eindrucksvolle Erfolgsbilanz hinterlassen. Der römische Verkehr ist unter ihrer Herrschaft chaotisch geblieben wie eh und je. Die öffentlichen Dienstleistungen sind weit davon entfernt, einer Weltstadt angemessen, geschweige denn perfekt zu sein. Die sozialen Randgruppen sind nicht integriert. Die Arbeitslosigkeit hat ebenso zugenommen wie die Drogen-sucht unter den Jugendlichen.

Der neue Bürgermeister, der aus der Katholischen Aktion hervorgegangen ist, steht also vor Aufgaben, die bisher keiner seiner Amtsvorgänger - weder aus dem christdemokratischen noch aus dem kommunistischen Lager - zu bewältigen vermochte. Er wird die ganze Dynamik brauchen, die man ihm nachsagt, und seine reiche politische Erfahrung voll einsetzen müssen, wenn er - mit Glück - wenigstens einige Schritte

vorankommen will. Seine politische Karriere begann Signorello als Jugenddelegierter der Democrazia Cristiana. In den sechziger Jahren sammelte er als Sekretär des römischen Parteikomitees der DC seine ersten kommunalpolitischen Erfahrungen. Von 1961 bis 1965 war er Präsident der römischen Provinzialverwaltung. Dann ging er in die „große“ Politik. Er wurde Nationalrat der DC und Vorstandsmember der Partei und leitete deren Regionalbüro. 1968 wurde er zum Senator gewählt. In zwei Regierungen war er Tourismusminister, in einer Regierung Minister für die Handelsmarine. 1983 leitete er als Präsident das interministerielle Komitee für das Heilige Jahr.

Signorellos Wahl zum Bürgermeister von Rom hat zweifellos weit über die Ewige Stadt hinaus Symbolwirkung für ganz Italien. Sie signalisiert die tiefgreifende Veränderung in der Kommunalpolitik des Landes nach den Kommunalwahlen des 12. Mai, mit denen in fast allen Großstädten des Landes die Vorherrschaft der Linken gebrochen wurde.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALEN-BLATT

Die Westfälische Zeitung kommentiert:

Nicht alles, was in den letzten Monaten aus dem Munde von Franz Josef Strauß zu vernehmen war, ließ sich als hilfreich für die Sache der Bonner Regierungskoalition einstufen. Seine Einschätzung der Genscher-schen Außenpolitik freilich... trifft zielgenau gleich zwei Punkte. Zum einen sind das von bundesdeutschen Außenamtchef an buchstäblich jeder Ecke neuerdings wie Sauerbrunnen feilgebotenen Wort-bildern rund um die abgewetzte Zauberformel von der „Entspannung“... Zum zweiten: FJS mahnt zu Recht nicht zum ersten Male ein außenpolitisches Machtwort des Genscher-Duzfreundes und Kanzlers Helmut Kohl an.

NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung meldet zur Lage im südlichen Afrika:

Gemessen an dem, was heute unter den sozialistischen Regimen Afrikas an brutaler Ausbeutung gang und gäbe ist, waren die alten, sicherlich überholten kolonialen Organisationsformen vergleichsweise menschenfreundlich.

Die Presse

Zum Moskauer Jugendfestival schreibt das Wiener Blatt:

Nichts war kennzeichnender für das Moskauer Jugendfestival als die „technischen Pannen“ bei den Simultanübersetzungen. Die gab es nämlich immer dann, wenn - selten genug - einer der ausländischen Teilnehmer auch kritische Worte für die Politik der Sowjets fand... Die offene Frage bleibt, wie sehr die 20 000 Gäste das alles durchschauen konnten. Etwa auch, daß Moskau zu den Tagen des Festivals eine hermetisch

WESTFALEN-BLATT

Die Westfälische Zeitung kommentiert:

Nicht alles, was in den letzten Monaten aus dem Munde von Franz Josef Strauß zu vernehmen war, ließ sich als hilfreich für die Sache der Bonner Regierungskoalition einstufen. Seine Einschätzung der Genscher-schen Außenpolitik freilich... trifft zielgenau gleich zwei Punkte. Zum einen sind das von bundesdeutschen Außenamtchef an buchstäblich jeder Ecke neuerdings wie Sauerbrunnen feilgebotenen Wort-bildern rund um die abgewetzte Zauberformel von der „Entspannung“... Zum zweiten: FJS mahnt zu Recht nicht zum ersten Male ein außenpolitisches Machtwort des Genscher-Duzfreundes und Kanzlers Helmut Kohl an.

LES ECHOS

Die Pariser Wirtschaftszeitung zieht die Verbindung von der Atomombe von Hiroshima zu GDI:

Die Welt verdankt es Hiroshima und Nagasaki, daß sie 40 Jahre lang in Frieden leben konnte. Von daher rührt auch die Schwierigkeit, die neuen Verteidigungskonzepte zu beurteilen, welche das amerikanische Projekt des „Kriegs der Sterne“ mit sich bringt.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Zeitung meldet zum Rücktritt von Polizeichef General Mendosa in Chile:

Mit dem Rücktritt General Mendozas verliert Präsident Pinochet einen seiner letzten Komplizen des Staatsstrechs vom 11. September 1973... Das einzige „historische“ Mitglied der Junta ist von jetzt an Admiral Merino, dessen Dummheit sprichwörtlich ist. Er wird Pinochet nicht stören... Pinochet ist augenscheinlich ein großes Risiko eingegangen, indem er sich von einem so wertvollen Verbündeten trennte, der ihm derartig hilfreich war und der so viele Geheimnisse kennt. Denn es scheint gewagt, das Ausscheiden Mendozas als eine mögliche Liberalisierung des Regimes oder eine plötzliche Abneigung des Präsidenten gegen politische Mord zu interpretieren; des Präsidenten, der nicht zögerte, General Prats in Buenos Aires und den ehemaligen Minister Orlando Letelier in Washington ermorden zu lassen.

Jockel Fuchs und seine Anti-Atomwaffen-Schilder

Wenn Gemeinden in Verteidigungspolitik machen / Von Eberhard Nitschke

Zehn Schilder „Der Mainzer Stadtrat fordert: Mainz atomwaffenfrei“, deren Aufstellung an den Zufahrtsstraßen der Mainzer SPD-Überbunnenmeister Jockel Fuchs empfing heute, haben dem Problem, ob Gemeinden sich zu „atomwaffenfreien Zonen“ erklären können, eine neue Dimension gegeben.

Zwar sind die meisten dieser Schilder schon gestohlen worden (den Rest hat Fuchs im Rathaus sicherstellen lassen), aber die Mainzer Aktion wird zu einem Verfahren vor dem Verwaltungsgericht führen. Der zuständige Regierungspräsident in Neustadt, Paul Schäfer (CDU), verlangte die Entfernung der Schilder, weil die Stadt ihre Kompetenzen überschritten habe. Fuchs besteht auf dem „Recht der Selbstverwaltung“.

gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“

Dieser Satz wurde 1958 im sogenannten Volksbefragungs-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes erörtert. Damals wurde darüber entschieden, ob Gemeinden Volksbefragungen abhalten dürfen über „ja“ oder „nein“ zur Atombewaffnung der Bundeswehr. Die eigentliche Interpretation, so informierte der Deutsche Stadtrat seine Mitglieder 1983, breche mit der Bemerkung ab, daß „die Abgrenzung im einzelnen hier offen bleiben könne“ - nämlich die, wo die Grenzfälle zu den „allgemeinen überörtlichen Fragen“, mit denen „für oder gegen eine Politik Stellung genommen werde“, nun eigentlich verläuft.

Nachdem als eines der ersten Städte Kassel am 30. August 1982 in der SPD-beherrschten Stadtverordnetenversammlung den Beschluß faßte, die Gemeinde für „atomwaffenfrei“ zu erklären, setzte sich zunächst die Ansicht durch,

ausgrund des Volksbefragungsurteils seien solche Aktionen rechtswidrig. Dies hat der Deutsche Stadtrat verneint. Im Falle einer konkreten Absicht einer Einrichtung militärischer Anlagen wäre die Gemeinde ohne weiteres zu einer Beschlußfassung befugt, nicht aber, wenn man sich gegen solche Einrichtungen „schlechthin“ wende. Der Zustand, der inzwischen eingetreten ist, wurde in der Zeitschrift „Der Stadtrat“ im Hinblick auf Rathaus-Beschlüsse zur „Atomwaffenfreiheit“ mit dem Satz gekennzeichnet: „Sie sind gerade in jenem vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich offengelassenen Zwischenbereich zwischen den Eckdaten evidenten Rechtswidrigkeit anzusiedeln.“

Nach einem jüngsten Urteil des Oberverwaltungsgerichts Trier, das in zwei Musterprozessen (Aktenzeichen 7 A 42/84; 7 A 99/84) über „atomwaffenfreie Zonen“ (Trier und Montabaur) entschieden, muß sich ein Kommunalparlament zumindest in einer Geschäftsordnungsdebatte mit der Zulässigkeit

eines solchen Antrags befassen dürfen. Es geht also nicht an, daß ihn der Bürgermeister unter Hinweis auf die Grenzen der gemeindlichen Kompetenzen ablehnt. Der konkrete Weg sei dann folgender: Vor Aufbruch der Beschlussvorlage im Gemeinderat muß der Bürgermeister in einer Geschäftsordnungsdebatte klären, ob die Gemeinde zuständig ist. Ist das nicht der Fall, muß er, ohne „Vorprüfungsrecht“, den Beschluß aussetzen und beanstanden.

Die SPD-Innenminister der Flächenstaaten freilich sind als Kommunalaufsichtsbehörden regelmäßig der These von der Statthaftigkeit kommunaler Einmischung in verteidigungspolitische Angelegenheiten entgegengetreten. Der hessische Innenminister erklärte vor dem Landtag: „Für verteidigungspolitisch ist Gott sei Dank die Gemeinde nicht zuständig.“ Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen beanstandete den Ratsbeschuß der Stadt Marl, die sich zur „atomwaffenfreien Zone“ erklärte hatte, und stellte fest, über

Einführung oder Nichteinführung von Waffen zu befinden, sei innerhalb des staatlichen Aufbaus allein Sache des für Verteidigung zuständigen Bundes.

Erfolgreich kann eine Gemeinde immer dann im Bereich Verteidigung opponieren, wenn sie nach dem Gesetz über die Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung vom 23. Februar 1957 nicht nur ein Antragsrecht hat, sondern auch ausdrücklich zur Stellungnahme aufgefordert wird. Der „Bezug zum örtlichen Wirkungskreis“, den die Juristen bei Klagen auf diesem Felder sehen wollen, ist dann ganz sicher gegeben.

Im übrigen aber, so Michael Borchmann in der Zeitschrift „Der Stadtrat“, werde heute „mit allerlei Formulierungstricks“ den Anträgen ein künstlicher Bezug zu kommunalpolitischen Themen gegeben, um den „Formaljuristen“ den Wind aus den Segeln zu nehmen. Man habe heute, nach einem Begriff aus der Computersprache, schon mit „Beschlußvorlagen einer zweiten oder dritten Generation“ zu tun.

كلمة الفصل



# Die eigenen Kompositionen mußte er auf den Müll werfen

In der Sowjetunion gegen den Status zu schwimmen macht das Leben nicht einfacher. Ein denkwürdiger junger Musiker hat es dennoch versucht. Inzwischen lebt er vertrieben mit einer deutschen, in der Bundesrepublik und appelliert an Moskau, seine Angehörigen ausreisen zu lassen.

Von JOACHIM NEANDER

Viktor Flach ist Deutscher, 28 Jahre alt, wohnt in dem prächtigen Dorf Lemberg bei Pirmasens. Die Eltern lebten in der Wolga-Republik. Dann kam der Kriegsausbruch 1941. Verschleppung aller Deutschen. Beide Großväter kamen in der berüchtigten „Arbeitsarmee“ ums Leben. Die Mutter landete in Nowosibirsk.

Der junge Viktor wächst dort in Nowosibirsk mit dem Gefühl heran, ein Vertriebener im eigenen Land zu sein. Er kommt auf eine Schule für besonders Begabte auf dem Feld der Musik. Aber den Kompositionen, dem offiziellen Jugendverband, tritt er nicht bei. Sie drängen ihn. Alle seine Altersgenossen sind dabei. „Nein“, wehrt er sich hinterlistig. „Ihr seid doch eine Elite, dafür bin ich viel zu schlecht.“ Schließlich läßt man ihn in Ruhe. Zum erstenmal merkt er: Mit Trotz, Schläue und starkem Willen erreicht man auch in der Diktatur mehr, als viele glauben.

Er kommt als Musikstudent (Hauptfach Komposition) aufs Konservatorium Nowosibirsk. Da gibt es seit Jahren einen ständigen Wettbewerb im Schreiben politischer Kampflieder. Themen wie Chile oder BRD-Friedensbewegung. Die strammsten werden prämiert. Teilnahme ist Pflicht.

Aber Viktor will nicht. Die Lehrer mahnen, bitten: „Das schaffst du doch mit der linken Hand.“ Er bleibt hart: „Was hab' ich mit Chile zu schaffen?“ Auch zur alljährlichen Demonstration am 1. Mai geht er nicht mit. Zuerst will die ganze Konservatoriumsklasse fernbleiben. Die Hochschulleitung droht mit Strafen. Die anderen geben nach. Viktor nicht. Und wieder passiert ihm nichts, jedenfalls nicht direkt.

Die Mutter, die Schwester, die Freunde warnen: „Was nützt es? Wird dadurch etwas besser? Am Schluß mußt du doch nachgeben, wenn nicht, alles noch schlimmer werden soll.“ Seine jung geschlossene Ehe wird geschieden. Als er feststellt, daß er von der Liste der drei besten für einen dreimonatigen Austausch mit Leningrad vorgeschlagen Studenten klammheimlich wieder gestrichen worden ist, wird er zum erstenmal weich. Nein, er gibt nicht etwa nach, er geht aus eigenem Entschluß von der Hochschule.

Ein Leben als freiberuflicher Musiker in der von oben bis unten durchgeplant schneidenden Sowjetunion, ein unsicheres, mitunter gefährliches, aber eben doch auch schönes, weil freies Leben beginnt für ihn. Er wird von einer Möbelfabrik als „Schlosser“ eingestellt (das hat er nie gelernt), nur, um in der Firmen-Band Musik zu machen. Schätzenswert im Kommunismus. Nebenbei muß er in einem Offiziersklub.

Zweitwöchentlich macht er auch Musik in einem Zirkus in Sotschi am Schwarzen Meer. Dort lernt er Mitte August 1980 eine junge deutsche Auslands-korrespondentin aus Würzburg kennen, die dort Urlaub mit einem

Sprachkurs verbindet. Und nun beginnt eine neue Phase: Ein einzelner versucht, einer Weltmacht sein Menschenrecht abzutrotzen.

Viktor und Amrose stellen fest, daß sie einander lieben und zusammenbleiben wollen. Noch am letzten Tag von Amroses Urlaub wird Viktor von der Miliz festgenommen. Drohungen: Kontakt zu Ausländern sei verboten. Gute Ratschläge: Mensch, Genosse, nimm doch eine russische Frau, es gibt doch genug.

Erste Trennung. Aber Amrose, ein mutiges, selbstbewusstes Mädchen, kommt wieder. Treffen in Sotschi, in Moskau, in Erivan, später auch in Nowosibirsk. Ein zermürbender, demütigender Hindernislauf beginnt. Ein westdeutsches Mädchen beiraten und ausreisen? Die Chefin des Owir (Paßamt) schüttelt fassungslos den Kopf verrückter Wunsch. Viktor fragt: „Warum verrückt?“ Die Fassungslosigkeit wird noch größer. „Daß einer, warum?“ fragt, ist nicht vorgesehen“, erzählt der junge Mann heute. „Die Behörden sind es drüber nur gewohnt, mit eingeschüchterten Menschen umzugehen. Bei der älteren Generation ist dies eingeschüchtert sein sogar verständlich. Die haben Stalin erlebt.“

Die Bürokraten haben das Wort. Richtigte Anträge sind plötzlich falsche Anträge. Endlich der Bescheid: Heirat ja, aber nur in Nowosibirsk.



Viktor Flach FOTO: HARTUNG

Die beiden sind zu allem bereit, sogar Blumen an Lenin-Denkmal niederzulegen. Aber immer neue Fragen: Wollen Sie wirklich in dieser ersten internationalen Spannungslage in die Bundesrepublik? Was ist, wenn Sie im Krieg gegen Ihre Heimat marschieren müssen? Wissen Sie überhaupt, wie schlimm das da ist?

Zum Schluß noch Schikanen. Als der Oberst vom Offiziersklub erfährt, daß „sein“ Musiker einen Ausreisearbeit gestellt hat, kriegt er einen Zornesanfall. So einer ist eine Schande für den ganzen Klub, der Beweis, daß hier die politische Richtung nicht stimmt. Jahrelang war man mit Viktor zufrieden, jetzt soll er nach Paragraph 33 des Arbeitsgesetzes schnell noch gefeuert werden: Unpünktlichkeit bei der Arbeit, Trunkenheit, Faulheit. Nichts davon stimmt.

Endlich, im Januar 1982, ist alles klar. Die Hochzeit, der Abschied von den Angehörigen und Freunden. Am Zoll in Moskau, vor dem Abflug nach Frankfurt, kommt dann noch die Szene, die sich Viktor Flach und seiner jungen Frau bis heute tief eingegraben hat: „Da habe ich gemerkt, daß die Sowjetunion nie meine Heimat gewesen ist.“

Der sowjetische Zöllner entdeckt

in einem der Koffer von Viktor Notizen, teils fremder, teils eigener Kompositionen: „Die dürfen Sie nicht mitnehmen, verbotene Ausfuhr sowjetischen Kulturguts.“ Viktor darauf: „Gut, dann schenke ich sie Ihnen.“ Der Zöllner: „Das ist verboten – das wäre Bestechung.“ Viktor verzweifelt: „Aber was soll ich denn damit tun?“ Der Zöllner: „Sehen Sie den Müllhaufen drüben? Da können Sie es hineinwerfen.“

Da geht also der Musiker hin und wirft seine eigenen Werke in den Müll, auf Befehl des Staates. Eine Erinnerung für den Rest seines Lebens. Viktor Flach lebt jetzt mit seiner Frau bei Pirmasens. Er hat Arbeit als Musiklehrer an zwei Musikschulen, nebenbei studiert er weiter Komposition an der Hochschule in Mannheim. Der Anfang war nicht leicht. Auf Viktors Devisen: „Wenn man wirklich will, schafft man mehr, als man glaubt.“ bewährt sich auch hier. Er hätte auch Straßen gefegt, sagt er. Und die Betreuung der Spätaussiedler in Lagern, ihre Isolation von der Wirklichkeit des Lebens hier, sei ein Fehler. Man verliere da die Fähigkeit zur Freiheit.

Die beiden jungen Eheleute bauen jetzt ein Haus. Viktor Flach hat seinen sowjetischen Paß abgegeben und ist deutscher Staatsbürger. Als solcher hat er auch schon einmal seine Mutter in Nowosibirsk besucht. Aber beim zweitenmal wurde ihm die Einreise verweigert. Und auch die fünf Ausreisearbeiträge der herzranken Mutter und der Schwester sind stur abgelehnt worden. Telefonieren dauert, da die Mutter kein eigenes Telefon hat, Stunden. Die Mutter scheint völlig entmutigt: „Ich hab' dir gesagt, es wird alles nur schlimmer, wenn man sich auflehnt...“

Viktor Flach glaubt auch den Grund zu kennen. Bei seinem Besuch in Nowosibirsk waren zwei Herren im schwarzen Wolga vorgefahren. Sehr freundliche Herren. Wie es ihm denn gehe und ob er nicht ein bißchen Heimweh habe manchmal. Und schließlich sei es nie zu spät, etwas für die Heimat zu tun.

Viktor tat, als verstehe er nicht. Aber er hatte sehr wohl verstanden. Er ging zur deutschen Botschaft und offenbarte sich, wie viele andere in der gleichen Situation.

Nun ist eine Familie zerrissen. Noch gibt Viktor Flach nicht auf. Er wird versuchen, den sechsten und siebten Ausreisearbeit für seine Mutter zu stellen, wenn es nötig ist. In einem offenen Brief an den sowjetischen Parteichef Gorbatschow macht er dies deutlich:

Offener Brief an Parteichef Michail Gorbatschow

Sehr geehrter Herr Gorbatschow, 24 Jahre lang war ich Bürger der Sowjetunion. Seit drei Jahren bin ich, auf legalem Wege ausgereist, Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Fünfmal haben meine bezrankten Mutter und meine Schwester in Nowosibirsk bei den Behörden vergeblich beantragt, zu mir übersiedeln zu dürfen.

Die Sowjetunion hat die Schutzakte von Helsinki unterzeichnet. Aber solange sie dies nicht wirklich einlöst, wird sie auch bei den Abrüstungsverhandlungen im Westen auf Mißtrauen stoßen. Dieses Mißtrauen hat sie sich durch die Verweigerung elementarer Menschenrechte selbst herangezogen. Ich bitte Sie, meinen Angehörigen endlich die Ausreise in die Bundesrepublik zu gewähren.

Hochachtungsvoll Viktor Flach



Fortschrittslaube, in Beton gegossen: Jahrelang äußerte sich der Aufstieg Singapurs gerade in der Bauwirtschaft

FOTO: FERDI HARTUNG

# Flaute im stürmischen Singapur

Seit beinahe zwanzig Jahren steht Singapur für Wirtschaftsboom. In diesem Jahr macht der südostasiatische Staatstanz nun bittere neue Erfahrungen. Doch die deutschen Geschäftsleute, ermuntert von Wirtschaftsminister Bangemann, bleiben gelassen.

Von HANS-J. MAHNKE

In Singapur wird das Hohlloch vom Jahr 2000 gesungen. „Wie die Wirtschaft dann aussehen soll“, meint ein deutscher Geschäftsmann, „das glauben die Offiziellen hier genau zu wissen. Nur: Wie sie mit den Schwierigkeiten der nächsten drei bis vier Jahre fertig werden sollen, das wissen sie nicht.“

Singapur mit seinen 2,5 Millionen Einwohnern hat es erstmals erwischt. Null-Wachstum im zweiten Quartal. Dies ist mehr als eine Rezession, manchen sprechen von einer Krise, die hoffentlich bereinigt werde. Der Schock des schlechtesten Wirtschaftsergebnisses seit zwanzig Jahren, in denen man sich an zweistellige Zuwachsraten gewöhnt hatte, sitzt tief.

Dies hat selbst die Delegation zu spüren bekommen, mit der jetzt Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann die Region besucht. Das Prinzip „Look East“, die Orientierung an dem, was in Japan und in den USA geschieht, steht zwar noch vor hoch im Kurs. Aber die Europäer gelten nicht länger als abgeschafft und abgewirtschaftet. Man sucht wieder Kontakt.

Der Stadt merkt man die Flaute auf den ersten Blick nicht an. Überall werden Bauten aus dem Boden gestampft: Bürogebäude, Hotel-Komplexe, breite Straßen. Die Einkaufszentren, wo früher sich die Besucher häufig günstigere als in Hongkong entdeckten, gibt es zwar auch noch, aber sie sind nicht mehr en vogue. Es gibt einfach neue, modernere, und zwar in einer solchen Fülle wie kaum in einer anderen Stadt.

Unaufhaltsame Prosperität, so scheint es – wären da nicht die Schilder an den Häusern „zu verkaufen“ oder „zu vermieten“. Der Bauboom der letzten Jahre hat seine eigene Krise erzeugt. Die Mieten fallen. Eine Deutsche, die gerade Singapur verlas-

sen will, mußte bisher für ihre Wohnung 8000 Mark im Monat bezahlen, ihr Nachfolger bekommt sie für 5000 Mark. Die Hotels sind nicht ausgelastet. Auch hier kann über die Preise verhandelt werden. Büroflächen sind von heute auf morgen zu haben. Es gibt selbst die ersten großen Bau ruinen, weil die Träger Pleite gemacht haben. Allerdings wird dies noch dadurch überdeckt, daß an anderen Stellen weitergebaut wird: an dem größten Hochhaus außerhalb der USA, an der U-Bahn, an Straßen.

Trotzdem: Chua Soon Tian, der in der Entwicklungsbehörde EIB für Industrieansiedlung zuständig ist, nennt die Flaute in dieser Branche an erster Stelle, wenn er über die Schwierigkeiten Singapurs spricht. Immerhin trägt die Bauwirtschaft fast mit einem Drittel zum Bruttozollprodukt bei. Und die Baugenehmigungen sinken weiter. Verkalkuliert haben sich nicht nur private Firmen, sondern auch der Staat, der über seine Gesellschaften in den letzten Jahren versucht hat, kräftig mitzuverdienen. Um die Folgen der Krise zu mindern, hat er nun die Grundsteuer gesenkt. Zusätzliche Mittel für den Straßenbau werden bereitgestellt. Politisch gemildert wird das Problem dadurch, daß viele Gastarbeiter mit Zeitverträgen beschäftigt waren und jetzt einfach nach Hause geschickt werden.

## Problemereiche: Hafen, Computer und Raffinerien

Gehten hat Singapur auch unter den zyklischen Schwankungen, wie es Chua Soon Tian ausdrückt. Die Raffinerien, für die weltweit die Stadt einmal der drittgrößte Standort war, sind nicht mehr beschäftigt. Die umliegenden Produzentenländer bauen zudem eigene Kapazitäten auf. Der Hafen wurde wegen der Flaute in der Weltsechiffahrt weniger angefahren.

Außerdem: Wenn Silicon Valley die Grippe hat, bekommt Singapur eine Lungenerkrankung. Soll heißen: Wenn das Geschäft mit und um den Computer in den USA nicht läuft, dann nehmen die amerikanischen Gesellschaften dort Entlassungen vor, wo es den wenigsten Ärger gibt. Und das ist nun eben Singapur, erläutert ein Sachkenner. In diesen Tagen

hat General Electric noch einmal 1300 Leute, mehr als zehn Prozent seiner Beschäftigten, entlassen, in diesem Jahr bereits rund 2000.

Allerdings läßt F. W. Aldag, der Nixdorf-Chef in Singapur, das Wort von der Computer-Krise nicht gelten. Zwar gibt es Probleme weltweit bei Personalcomputern, weil die Zeit für das Massengeschäft einfach noch nicht reif sei. Aber 1980 sehe es, meint er, anders aus. Und wer langfristig in diesem südostasiatischen Markt bleiben will, der muß sich engagieren. Nixdorf baut gegenwärtig seine drittgrößte Fertigungsstätte nach Berlin und Paderborn in Singapur auf.

Aldag, der auch der Gruppe der deutschen Geschäftsleute in Singapur vorsitzt und mehreren staatlichen Gremien angehört, relativiert das gegenwärtige Problem. 1960, so sagt er, habe das Bruttozollprodukt zwei Milliarden Singapur-Dollar betragen, 1970 seien es fünf gewesen und 1983 bereits 34,5 Milliarden. Das habe nicht so weitergehen können.

Verrechnet haben sich die Verantwortlichen. Man wollte bewußt weg vom Alten, hin zur High-Tech, wie jetzt das Schlagwort heißt. Der Umschwung setzte 1979 ein. Die Lohnsteigerungen wurden bewußt forciert. „Wenn Sie fünf Jahre lang im Durchschnitt die Löhne um zehn Prozent steigern, die Produktivität aber nur um vier Prozent zunimmt, dann werden Sie einfach zu teuer“, analysiert ein deutscher Autoverkäufer die gegenwärtigen Probleme. Da hilft auch die Rechnung wenig, die Aldag aufmacht, wonach der Stundenlohn in Singapur nur ein Drittel von dem beträgt, was in der Bundesrepublik gezahlt wird, und das bei 215 Stunden, die im Monat gearbeitet werden, verglichen mit 158 Stunden bei uns. Immerhin liegen die Arbeitskosten in Singapur nur bei einem Viertel der deutschen. Aber: Die umliegenden Länder sind noch günstiger, so daß die Betriebe abgewandert sind.

Brigadegeneral Lee Hsien Loong, der Sohn von Premierminister Lee Kuan Yew, der mit seinen 33 Jahren dem Kabinett und einem Ausschuß angehört, der über den weiteren wirtschaftlichen Weg des Staates nachdenken soll, vergleicht Singapur mit einem Trapezkünstler, der die eine Stange, an der er bisher Schwung geholt hatte, losgelassen hat und jetzt auf die neue zufliegt. Für den Sohn

des Premiers, der als Nachfolger aufgebaut wird, gibt es kein Zurück für Singapur.

Aber wohin geht die Reise? Sicher, die Verzahnung zwischen Regierung und Gewerkschaft ist so stark (der zweite stellvertretende Ministerpräsident Ong Teng Cheong ist gleichzeitig Generalsekretär des Nationalen Gewerkschaftsbundes NTUC), daß jetzt selbst die Arbeitnehmer-Organisation für ein Einfrieren der Löhne trommelt. Die Flexibilität und der nationale Konsens sind gewaltig. Kurzfristig hilft dies etwas. Nur Zurückdrehen läßt sich die überstürzte Entwicklung auch nicht.

## Hohes Bildungsniveau der Bevölkerung

In der Entwicklungsbehörde wird auf Qualität, auf neue Produkte, auf Dienstleistung, auf Ausbau des Banken- und Kommunikationsnetzes gesetzt, wobei alle diese Hoffnungen auf dem hohen Ausbildungsstand der Bevölkerung basieren. OR ist auch von der Dreiecksbeziehung für die umliegenden Länder die Rede. Allerdings: Viel kann Singapur von den Asean-Ländern nicht erwarten.

Mit ihrem Konzept muß sich die Stadt am Weltmarkt orientieren. Daher stimmten der Premierminister und Martin Bangemann über die Notwendigkeit einer neuen weltweiten Liberalisierungsrunde so rasch überein.

Aber reicht dazu die Kraft? Nachgeschoben wird bei der Argumentation dann immer wieder die Verlockung des China-Geschäfts. Dabei wird jedoch verschwiegen, daß gegenwärtig Produktionsstätten eher in die Volksrepublik abwandern, als daß vermehrt Güter in Singapur für das riesige Reich der Mitte hergestellt werden. Aber irgendwo im modernen Bereich liegt die Zukunft der Stadt, bei Dienstleistungen, bei Planungsarbeiten, wohl weniger in der Produktion. Die Krise dürfe die Führung nicht bange machen, mahnt der deutsche Wirtschaftsminister. Weirliche Stimmung kommt bisher nicht auf, auch wenn die überzeugenden Perspektiven fehlen. „Es wird schon werden.“ Diese Einschätzung dominiert auch unter den deutschen Geschäftleuten.



VON OFT-FLIEGERN EMPFOHLEN: REGAL IMPERIAL SERVICE IN DER FIRST- UND EXECUTIVE CLASS.

# Luxus: Für Leute, die sich auskennen.

Unter Business Class-Reisenden hat es sich herumgesprochen: Der einzigartige Regal Imperial Service von Northwest Orient Airlines bedeutet zusätzlichen Komfort und Luxus: • Edles „Royal Doulton“-Porzellan. • Eriese Menü (3 Hauptgänge stehen zur Auswahl). • Kalifornische, deutsche und französische Weine. • Interessante Cocktails. • Elektronische Kopfhörer für Bord-Kino und

Stereo-Musik. • Reise-Necessaires. Die Executive Class bietet Ihnen außerdem: • Komfortablen 747 Jumbo Jet-Service. • 16 neue, bequeme Sessel im Oberdeck (eine rechtzeitige Vorausbuchung ist notwendig!). • Freie Sitzplatzwahl im voraus. • Separate Abfertigungsschalter. • Bevorzugte, schnelle Gepäckauslieferung bei der Ankunft.

NORTHWEST ORIENT logo and contact information: Weitere Informationen erhalten Sie von Ihrem Reisebüro oder direkt von Northwest Orient Airlines, 6000 Frankfurt/Main, Kaiserstr. 33, Tel. 069/234344 u. 230831 oder 2000 Hamburg 36, Esplanade 41, Tel. 040/351541.



Schmude: Kirche kann nicht apolitisch sein

Der Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Jürgen Schmude, hat sich dafür ausgesprochen, daß die Kirche politische Verantwortung übernimmt. Die Kirche könne nicht apolitisch und dürfe kein "bequemer Schweiger" sein, sagte Schmude in einem Interview der "Evangelischen Kommentare".

Der SPD-Politiker, der Ende Mai für sechs Jahre zum Vorsitzenden der EKD-Synode gewählt wurde, sieht keine Grenzen des kirchlichen Verkündigungsauftrages. Die Kirche müsse in jedem Einzelfall entscheiden, ob sie helfen könne, eine besondere Not zu überwinden. Kirchliche Amtsträger seien bei politischer Meinungsbildung zu besonderer Abwägung ihrer Worte verpflichtet. Entschieden wies Schmude jegliche Einflußnahme der Politik auf politische Äußerungen der Kirche zurück: Die Politik habe keine Freiheit zu diktieren, was sie hören möge, und sich zu verbiten, was sie nicht hören wolle.

Schmude hält es für konsequent, daß sich die Kirche auch im staatlichen Bereich um Hilfe für Hilfsbedürftige bemühe. Kein Christ sei aber zu politischem Engagement verpflichtet. In der Südafrika- und Lateinamerika-Politik sei es eine kirchliche Aufgabe, "für den Kampf gegen Ungerechtigkeit und für den Beitrag, den wir dazu leisten können, zu werben". Sonst könnte die christliche Botschaft und die religiöse Haltung bei den Unterdrückten unglaubwürdig oder abstoßend wirken.

„Staatsgewerkschaft nicht aufwerten“

Mehrere Berliner Organisationsverbände haben kritisiert, daß der Berliner DGB-Landesverband zu seiner Kundgebung anlässlich des Antikriegstages am 1. September auch einen Gewerkschaftsfunktionär aus der Sowjetunion als Redner eingeladen hat. Er soll zusammen mit DGB-Chef Ernst Breit und dem US-Senator Richard Clark vor dem US-Gesandtschaftsbezirk in Berlin sprechen. Der Landesverband des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands, die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Staatsbürger und der Demokratische Klub Berlin äußerten dazu, wer Funktionäre einer östlichen Staatsgewerkschaft ein solches Forum biete, mache sich "einer Aufwertung dieser Zwangsorganisation" schuldig. Es sei "unerträglich, daß auf einer Kundgebung ein Vertreter einer Macht sprechen soll, die seit über fünf Jahren in Afghanistan einen erbarmslosen Vernichtungskrieg mit allen Kennzeichen des Völkermordes führt", erklärten die drei Verbände in einer gemeinsamen Stellungnahme.

Kernenergie: Weniger Forschungsförderung?

Nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sollte die Bundesregierung die Forschungsförderung im Bereich der Kernenergie nach Fertigstellung der modernen Reaktoren kürzen und die gesamte Energieforschung neu bewerten, erklärte der forschungspolitische Sprecher der Fraktion, Christian Lenz, gestern in Bonn. Staatliche Forschungsmittel sollten nur noch für Bereiche wie den der nuklearen Sicherheit ausgegeben werden. Dies gelte auch für Nachfolgeprojekte des Schnellen Brütens, des Hochtemperaturreaktors und für die Entsorgung. Der Übergang der Verantwortung bedürfe aber "klarer politischer Rahmenbedingungen", die eine Realisierung solcher Hochtechnologie-Projekte erlauben. Lenz unterstrich, daß die "umweltfreundliche und kostengünstigste Kernenergie" in fast allen Bereichen industriell genutzt werden und bald alleinige Aufgabe der Wirtschaft werden müsse. Die Ziele der künftigen Energiepolitik sollten an den wirtschaftlichen Reaktionen und den tatsächlichen Bedürfnissen orientiert sein. Man müsse die Entscheidungen der früheren SPD-Regierung etwa im Fall der Windenergie schonungslos offenlegen.

Die Kabinettstücke von Bangemann

GÜNTHER BADING, Bonn

Profilierungssucht vermuten die Gegner des FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann in seinen zahlreichen Vorschlägen zur Neuordnung der Sozial- und Steuerpolitik. Von einem Vorstößen über die nächste Bundestagswahl 1987 hinaus sprechen dagegen seine Anhänger. Bangemann habe auf ordnungspolitischen Feld zu viele "Schnellschüsse" abgegeben, monieren seine Kritiker. Den Reigen freidemokratischer Vorschläge zur Neuformung der sozial- und ordnungspolitischen Wirklichkeit im Lande allerdings hatte FDP-Generalsekretär Haussmann eröffnet. Er begann Anfang April - dem im Rückblick wohl "produktivsten" Monat liberaler Vorschläge dieser Art - mit der Diskussion um die Senkung der Tariflöhne je nach Gegebenheiten der einzelnen Unternehmen, nach regionalen Unterschieden und der jeweiligen Branche.

Ein wahrer Aufschrei aus Opposition, Gewerkschaften, aber auch beim Koalitionspartner CDU/CSU war die Folge. Die "Differenzierung nach Regionen führe zur "Wiederherstellung der typischen Armbenheiten in unserem Lande", warnte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Mühr. Zwar setzte sich auch der wirtschaftspolitische Unionssprecher Matthias Wissmann dafür für eine

flexiblere Gestaltung der Tarifverträge ein. Allerdings sprach er von Bandbreiten, in denen die Löhne nach unterschiedlichen Gegebenheiten angepasst werden könnten. Haussmanns Vorschlag, Arbeitsverträge ohne Tarifvertrag abzuschließen, nannte der Unionspolitiker ein "Schau-Manöver" mit dem Ziel, mittelständische Wähler für die FDP zu gewinnen. Selbst das Echo innerhalb der FDP war geteilt. Haussmanns Vorgängerin Ingrid Adam-Schwartz sagte, es gehe nur um die "schweren um ihre Existenz ringenden kleineren Betriebe", wogegen kurz darauf Parteichef Bangemann antwortete: "Ich finde es völlig richtig, daß Haussmann diesen Stein ins Wasser geworfen hat."

Danach kamen heinabe täglich neue Vorschläge Bangemanns:

● In der zweiten Aprilwoche sprach er sich für die Erhöhung der Selbstbeteiligung an den Behandlungskosten aus, als "ersten Schritt zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen."

● In einem am 14. April veröffentlichten Interview mit "Welt am Sonntag" kündigte er die nächste Steuerreform für die Zeit nach der Bundestagswahl 1987 an.

● Wenige Tage später weitete Bangemann das "Störpotential" aus

und verlangte eine "Grundrente" für Jedermann.

Jetzt griff Bundeskanzler Helmut Kohl in die Debatte um die Vorschläge aus der FDP ein, da sie geeignet schienen, die gesamte Koalition zur Angriffslinie für die Opposition, aber auch Kritiker aus den eigenen Reihen, zu machen. Vor dem CDU-Präsidenten schrieb der Kanzler seinem Wirtschaftsminister ins Stammbuch, daß die Einführung einer sogenannten Grundrente im Widerspruch

DIE ANALYSE

zu seiner Regierungserklärung vom März 1983 stehe.

Dennoch folgte das FDP-Präsidium - immer noch Mitte April - den Ideen Haussmanns und Bangemanns weitgehend. Die Spitzenliberalen stellten sich hinter alle drei Vorschläge - Flexibilisierung des Tariflohnsystems, stärkere Selbstbeteiligung an den Krankenkosten und Strukturreform des Steuersystems. Erst viel später, kurz vor der Steuerklausur der FDP am 21. Juli, zog Bundesfinanzminister Stoltenberg hier gleichsam eine Notbremse. Er machte klar, daß der Grundgedanke einer Struktur- und Tarifreform bei den Steuern keine Erfindung der Liberalen sei,

beharnte auf den vereinbarten zwei Schritten bei der Steuerenkung 1986 und nannte für die nächste Reform ebenfalls zwei Schritte sowie als Volumen 35 bis 40 Milliarden Mark.

Franz Josef Strauß, der sein Augenmerk zunächst auf die Äußerungen von Bundesaußenminister Genscher über eine "neue Phase der Entspannungspolitik" gerichtet hatte, nahm am 21. April zu der Vorschlagsliste aus der FDP Stellung. Haussmanns Unter-Tarif-Vertragsmodell nannte er "demagogisch", die Bangemannsche Einheitsrente "völlig unverständlich". Es zeige sich, so Strauß, daß bei der FDP der "ordnungspolitische Instinkt noch unterentwickelt" sei.

Die erste Maiwoche stand dann ganz im Zeichen der freidemokratischen Forderungen nach einer einstufigen Steuerreform - trotz der Festlegung der Koalition auf zwei Schritte. Ein Sprecher des Finanzministers hielt denn auch mit Kritik nicht zurück und verwies darauf, daß dieser Profilierungsvorschlag sich einige Tage vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl komme.

Im Juni widmeten sich die Liberalen dem Streit um das Erziehungs- und das DGB- und der christdemokratische Sozialminister auf der einen und der freidemokratische Wirtschaftsminister am anderen Ende des Stranges zogen.

Örtliche Sender keine Konkurrenz zum Kabel

Schwarz-Schilling hält an seinem bisherigen Konzept fest

PETER JENTSCH, Bonn Die Bundespost läßt zur Zeit prüfen, ob lokale Fernsehprogramme in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern nicht nur über Kabel, sondern zusätzlich auch über örtliche Sender mit geringer Reichweite übertragen werden können. Damit werde unter anderem das Ziel verfolgt, so erklärte gestern das Bundespostministerium, lokalen Fernsehprogramm-Anbietern eine höhere Zahl von Kunden zu verschaffen als dies allein über die Verkabelung möglich wäre.

Nachdrücklich wies das Ministerium Berichte zurück, Postminister Christian Schwarz-Schilling ändere mit diesem Schritt sein Vertriebskonzept. Das Ministerium betonte zugleich, daß die Prüfung, ob in den Bereichen der Oberpostdirektionen Frequenzen für diesen Zweck zur Verfügung stehen, auf Wunsch einzelner Bundesländer erfolgt sei, die verstärktes Interesse an Sendestationen für lokale Programme geäußert hätten.

Freilich betrachtet das Postministerium die Wahrscheinlichkeit, zusätzliche Frequenzen für die Übertragung lokaler Fernsehprogramme zu finden, "nach dem derzeitigen Stand der Prüfung als eher gering". Man habe schon vor längerer Zeit versucht, Frequenzen für Stationen mit geringer Sendeleistung (low power stations) zu finden. Das sei aber in der Bundesrepublik sehr schwierig. Nach Darstellung des Ministeriums werde durch mögliche lokale Sendestationen keine Konkurrenz zur laufenden Verkabelung geschaffen. Denn Kabelnetzwerke ermöglichen im Vergleich zu drahtlosen Anlagen Sendern eine Vielfalt von Angeboten, insbesondere von Satellitenprogrammen. Dagegen könne drahtlos jeweils nur ein zusätzliches Programm punktuell und mit einer unter idealen Umständen maximalen Reichweite bis zu 30 Kilometern ausgestrahlt werden. Als Vorteilhaft für lokale TV-Programmbetreiber wertete das Ministerium, daß mittels drahtloser Sendung die Zahl der Empfänger wesentlich erhöht werden kann, was die Akzeptanz lokaler Programme für die Werbewirtschaft erhöhe.

Das „Nein“ von Zöpel fordert Dollinger heraus

Bonn will Autobahn-Bau per Weisungsrecht erreichen

WILMHEERLYN, Düsseldorf Mit Argusaugen beobachtet Bundesverkehrsminister Werner Dollinger die Stimmung, die in Düsseldorf gegen den Weiterbau der Autobahnen A 44 und A 33 angeht. Denn kaum hatte NRW-Staatsminister Christoph Zöpel (SPD) durch Neuordnung der Ämter auch die Kompetenz in Sachen Verkehr übernommen, steuert er gegen zwei wichtige Straßenverbindungen, die bislang umstritten waren. Es sind die Strecken zwischen Bielefeld und Osnabrück, A 33, sowie zwischen dem Ruhrgebiet, Düsseldorf und dem linken Niederrhein, A 44. Das brüske Nein von Zöpel forderte Dollinger zu der Ankündigung heraus, notfalls werde der Bund von seinem Weisungsrecht Gebrauch machen müssen. Die Fronten verlaufen aber selbst in der SPD nicht einheitlich. Zöpels Parteifreund Klaus Bungert, Oberbürgermeister von Düsseldorf, will den Minister ins Rathaus einladen, um ihn umzustimmen. Er argumentiert: "Seit mehr als 50 Jahren plant Düsseldorf die Ost-West-Durchfahrt am Nordrand der Stadt." Dieser Planung - ein sechsspurigem Teilstück, das gerade mit einem Aufwand von 100 Millionen Mark fertiggestellt wurde und jetzt ohne Anbindung lediglich als überdimensionierter Zubringer für die Parkplätze der nahen Messe dient - müßten 90 Häuser weichen und mehrere Kleingärten. Ursprünglicher Sinn der A 44 war es, den innerstädtischen Verkehr in Düsseldorf zu entlasten. Einsatz quälen sich täglich Tausende Autos durch die Innenstadt und über die bestehenden beiden Rheinbrücken. Eine dritte Brücke im Norden würde sofort Abhilfe schaffen. Doch, so argumentiert Zöpel: "Damit wird ein naturbelassenes Ge-

„Sozialpartnerschaft gibt es nicht“

IG-Metall-Chef Steinkühler: Objektiv vorhandene Gegensätze nicht verneineln

G. BADING, Bonn Nur "Wortnebel" sieht der zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, in dem Begriff von der "Sozialpartnerschaft". In einem Fernseh-Interview sagte der Gewerkschaftsleiter, dieser Begriff solle den Arbeitnehmern im Grunde "den Blick verstellen auf objektiv vorhandene Interessengegensätze". Wenn es gelinge, diese Gegensätze zu verneineln, dann fehlten die Voraussetzungen, um die eigenen Interessen der Arbeitnehmer "formulieren und vertreten zu können". Wenn er 30 Jahre zurückschäwe, so müsse er feststellen: "Sozialpartnerschaft gab es nicht; es gab nie Gleiches - und Partnerschaft ist nur unter Gleichen möglich." Steinkühler stellte klar, daß für ihn die Alternative zu Sozialpartnerschaft "nicht Klassenkampf heißen muß", sondern ehrliche und objektive Interessenvertretung. Auch auf mehrere Nachrichten wollte der Gewerkschaftler das Wort vom "dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus "sich nicht zu eigen machen."

Obwohl er verneinte, daß es heute noch Klassen im alten Sinne des "oben und unten" gebe, sprach Steinkühler stets von den "anderen" oder "Gegnern", wenn von der Arbeitgeberseite die Rede war. Die Verteilungskämpfe der Zukunft würden anders aussehen als die der "letzten Jahre" der Wirtschaft. Sie würden sich wohl in einer "viel breiteren Variationsbreite, als man gemeinhin glaubt", an den Regeln der alten Verteilungskämpfe aus der Zeit der Klassengegensätze orientieren. Schließlich werde aus dem Besitz an Produktionsmitteln "noch immer das Recht abgeleitet, sich selbst zu bedienen" und die Arbeitnehmerinteressen hintenzustellen.

Andere Verteilungskämpfe

Franz Steinkühler griff ein Wort des Interviewers Günter Gaus auf und sagte, die Gewerkschaftsführer nach dem Krieg, die an die Sozialpartnerschaft geglaubt hätten, seien "geleimt" worden. Verantwortlich seien, diejenige, die heute wie auch damals im Besitz der ökonomischen und politischen Macht waren, die vorgeben, daß nun alles anders werden sollte, die damit aber nur die Arbeitnehmer "verführt" hätten zu großen

Opfern, ohne anschließend den dafür erforderlichen "Preis" zu bezahlen. Möglicherweise hätten auf Unternehmensseite sogar beste Absichten bestanden, sie seien aber durch die "normative Kraft des Faktischen" unserer Wirtschaftsordnung beiseitegespült worden. Die Ansprüche der Arbeitnehmer hätten in den Jahren des Wiederaufbaus "aus den Zuwächsen" finanziert werden können. Besitzstände seien nicht angegriffen worden, so daß eine echte Bewährungsprobe der sogenannten Sozialpartnerschaft nicht stattgefunden habe. Dies sei erst "seit acht Jahren" der Fall.

Kein Generalstreik Auf die Frage "Unter welchen Umständen können Sie sich einen Generalstreik vorstellen?" antwortete Steinkühler: "Unter Status-quo-Bedingungen überhaupt nicht." Ob auch "weitere Aufrüstung" für ihn einen Generalstreik nicht rechtfertige, fragte Gaus den zweiten Vorsitzenden der größten deutschen Gewerkschaft, Steinkühler. "Einen Generalstreik auszurufen ist für mich nur dann gerechtfertigt, wenn ich sicher wäre, daß die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaft auch folgen würde. Ich sehe mittelfristig solche Voraussetzungen nicht. Auch nicht bei einer weiteren Aufrüstung."

Der Gewerkschafter, der als Nachfolger des 1986 aus Altersgründen voraussichtlich ausscheidenden IG-Metall-Chefs Hans Mayr gilt, wollte von Gaus gebräuchter Begriff der "anderen Republik" so nicht übernehmen. Er wolle diese, "sehr leistungsfähige Wirtschaftsordnung" nicht beseitigen, sondern ihr durch Mitbestimmung "andere Inhalte" und andere "Qualitäten" geben. Der Mensch und nicht die Frage der Rentabilität von Investitionen müsse ins Zentrum wirtschaftlicher Entscheidungen gestellt werden.

SPD will keine C-Waffen im NATO-Arsenal

Der SPD-Bundestagsgruppenleiter Erwin Strauß, Obmann einer Fraktion im Verteidigungsausschuß des Bundestages, erklärte, die USA, welche die meisten C-Waffen in der NATO-Arsenal besitzen, dürften aus drei Gründen abzurufen: aus strategischen, politischen, und humanitären. Nach Gesprächen in Washington sagte Strauß, daß die USA auch nach einer "Schlichtung" gegenüber den Westeuropäern die Waffentypen nicht abzurufen würden. Die USA wollten in der Lage sein, auf jeder Ebene eines militärischen Konflikts auf den entsprechenden Waffen zu reagieren. Dazu gehörten auch die C-Waffen.

Gegen diese Absichten wird sich die SPD nach Strauß Worten am Abzug aller C-Waffen aus der Bundesrepublik. Diese Klarheit verleihe der SPD-Fraktion bei der Bundesregierung. Zwar habe Alfred Dregger als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion sich gegen eine Stationierung neuer "binker" C-Waffen der USA auf deutschem Boden ausgesprochen. Von der Bundesregierung sei das aber noch nicht erklärt worden.

Grenzüberwachung soll besser werden

Hilfswegwe

Für eine Verbesserung der grenzpolizeilichen Überwachung auf dem 1,6 Kilometer langen Autobahnabschnitt zwischen dem hessischen Grenzübergang Herleshausen und der innerdeutschen Grenze vor Wartha (Thüringen) hat sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Dieter Weich in einem Initiativ-Antrag an die Bundesregierung ausgesprochen. Anlaß dafür war ein Zwischenfall auf der Autobahnverbindung zwischen Grenzverlauf und Kontrollpunkt. Dort hatten Ausländer mehrfach zu Fuß die innerdeutsche Grenze in beiden Richtungen passiert und waren nur durch einen Zufall aufgegriffen worden. Bei den Grenzbehörden hieß es, dies sei mit Sicherheit kein Einzelfall gewesen, vielmehr rechne man "mit einer erheblichen Dunkelziffer". Der Abgeordnete empfahl den Einsatz zusätzlicher Videokameras zur Überwachung der Autobahntrasse, weil diese von den Beamten des Grenzschutz-Einzeldienstes am Kontrollpunkt Herleshausen nicht eingesehen werden kann. "Ein Überwachungssystem nach DDR-Muster kann bei uns jedoch niemand wollen", betonte Weich.

Stillegung der RBU aufgehoben

Der hessische Wirtschaftsminister Steger (SPD) hat die von ihm im Mai verfügte Stillegung der Hanauer Nuklearfirma Reaktor-Erneuerungs-Union (RBU) aufgehoben und für den Neubau der Uranfabrik Nukem das Sofortvollzug angeordnet. Wie das Wirtschaftsministerium mitteilte, führte Steger mit den bereits am Freitag getroffenen Maßnahmen eine entsprechende Weisung von Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) vom 18. Juli aus, der erneut in das Nukem-Verfahren eingriff.

IG Metall weitet Streik in NRW aus

AP, Münster/Köln

Die Industriegewerkschaft Metall hat gestern die Streikmaßnahmen zur Durchsetzung der 38,5-Stunden-Woche im nordrhein-westfälischen Metallbereich ausgedehnt. Wie ein Sprecher der Gewerkschaft mitteilte, wurden zwei weitere Handwerksbetriebe in Münster und Hamm in die Arbeitskampfmaßnahmen einbezogen. An Rhein und Ruhr werden damit jetzt fünf Betriebe für sanitäre, Heizungs- und Klima-Anlagen, der Schlosser und Schmiede sowie der Mechaniker und Landmaschinenmechaniker mit insgesamt rund 300 Beschäftigten bestreikt. Der Sprecher kündigte eine weitere Ausdehnung der Streiks noch in dieser Woche an. In Köln und Aachen kam es am Montag nach Angaben der IG Metall-Betriebsleitung zu "Protestaktionen und Streiks in der Heizungsindustrie. In diesem Bereich hatten sich die Tarifpartner schon frühzeitig grundsätzlich über eine Arbeitszeitverkürzung geeinigt. Auch in beim Verhandlungsabstand gelang jedoch nach Angaben eines Gewerkschaftssprechers keine Einigung über die neue Verteilung der Wochenarbeitszeit. Für die neue Gesprächsrunde zwischen der Arbeitgebervertreterin und der IG Metall am Donnerstag habe die Gewerkschaft ihre Kampfbereitschaft demonstrieren wollen, erklärte der Gewerkschaftssprecher.

Flak-Kanoniere und der XI. Parteitag

Von DIETER DOSE

Einer ist überall. Einer kurbelt. Einer hat eine Folge von kleinen Aufgaben. Der vierte besorgt den Rest. All das dauert nur Sekunden. Normalerweise. Damit die Rakete blitzschnell auf der Rampe ist, bereit in weiteren Sekunden, jeden Aggressor vom Himmel zu holen.

So stellt die "Volksarmee" die Kanoniere einer Flak-Raketen-Batterie dar, die nach nur zweimonatiger Dienstzeit bei ihrer ersten Übung die Note "gut" erhielten. "Nun, der Wille macht", auch wenn's manchmal hart ankommt. Die körperliche Belastung muß man eben durchstehen", wird Soldat Hartmut Schröder, "ein sachlicher Typ" zitiert.

Eine Starttruppenbedienung auf dem Weg zum XI. Parteitag, werden die Raketen-Soldaten von der Wochenzettelung geleitet. Was natürlich nur symbolisch gemeint ist, denn alle Bestellungen und Sonderschichten sind nun mal dem SPD-Parteitag 1986 gewidmet. An der Werkbank ebenso wie an der Rakete. ... Dennoch gibt es immer wieder Anlässe, unabhängig von den Selbstverpflichtungen zum SED-Parteitag "Zwischenspurts" einzulegen. In diesen Tagen heißen die Parolen zum Beispiel "Mit Hochleistungsschichten zum Weltfriedenstag" ("Neues Deutschland"). Der steht am 1. September auf dem Parteiprogramm.

Diesem "zu Ehren" haben sich die Brigaden im sächsischen Braunkohlebergbau Schleibahn besonders viel vorgenommen: Die Abfertigung von 60 Kohlezeigern pro Schicht an der Bandanlage, "Gemessen an den jetzigen durchschnittlichen Schnittleistungen von 40 bis 45 Kohlezeigern ist das ein hohes Ziel", berichtet ein "Neues Deutschland" Jugendbrigadier Martina Pfefferkorn. Aber es ist erreichbar. In zahlreichen Initiativschichten haben alle Kollektive schon "ausprobiert", was bei gutem

Aus der Presse von drüben

"Die Märkte würden noch an Anziehungskraft gewinnen, wenn die Anlieferung von Obst und Gemüse durch den Großhandel besser erfolgen würde." Um 6 Uhr früh wird geöffnet, und dann kommen auch die ersten Kunden - "manche Händler erkaufen die Ware aber erst um 10 Uhr".

Der Großhandel hinkt mit seinen Selbstverpflichtungen zum XI. Parteitag offensichtlich weit hinterher. "Für das Bemühen, auf dem Wochenmarkt Besonderheiten zu bieten, gibt es gute Beispiele, aber insgesamt bleibt in dieser Hinsicht noch mancher Wunsch offen", zieht "Der Morgen" sein kritisches Fazit.

In der satirischen Zeitschrift "Eulenspiegel" wird aus Korn genommen, daß man überall in der "DDR" Schlange stehen muß. An der Theaterkasse ebenso wie beim Fleischer oder im Ersatzladen, um neue Zündkerzen für den "Trabi" zu erhalten.

Das Schauspielhaus, unser neuester Mühsenempel in Berlin, hat eine Methode zur Schlangenbändigung er-

funden, die vermutlich auf Traditionen der alten Sächsischen Landeslotterie zurückgreift, heißt es. "Jedermann kann für nur 5,95 Mark eine 'Nacheinlaßkarte' erwerben."

Die Inhaber einer solchen Karte haben kurz vor Vorstellungsbeginn das Recht, einen noch nicht benutzten Platz einzunehmen. Kommt der "legale" Eintrittskarteninhaber jedoch noch, bevor der Dirigent zum Taktstock greift, muß der Nacheinlaßkarten-Inhaber den Saal wieder verlassen. Womit er allerdings rechnen mußte, wenn er das Kleingedruckte auf seinem Billet gelesen hat: "Steht kein weiterer unbesetzter Platz zur Verfügung, ist der Saal zu verlassen. Die Rücknahme dieser Karte erfolgt nicht." "Verladeplatz" überschreibt der "Eulenspiegel" den Bericht von der Eintrittskarten-Lotterie.

In Moskau hat zwar gerade erst der Generalsekretär des sowjetischen Nationalen Olympischen Komitees, Chotschkin, darauf hingewiesen, daß es noch keine Zusage der UdSSR in Sachen Olympiateilnahme in Seoul 1988 gibt, aber in der "DDR" wird weiter so getan, als sei die eigene Teilnahme beschlossene Sache. "Eine Million Mark will die Gesellschaft zur Förderung des olympischen Gedankens in der DDR allein in diesem Jahr für die Ausrüstung und Entsendung der DDR-Mannschaft zu den Olympischen Spielen 1988 zur Verfügung stellen."

Durch den Verkauf von Souvenirs will die Gesellschaft die Million zusammenbringen. Eingespant werden dafür die rund 300 Tankstellen des volkseigenen Kombinat Minol. "So werden ab September auch Auto-Kleiderhaken, Reinigungs- und Aufwärtungsmittel sowie Leinwandtücher mit Emblemen der DDR-Fußballklubs zu kaufen sein", preist die "Junge Welt" die Souvenirs zur Olympia-Finanzierung an.

DIE WELT (ISSN 0020-9154) published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US\$35.00 per annum. Distributed by Gannett Language Publications, Inc. 545 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GANNETT LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 545 W. AVENUE, ENGLEWOOD CLIFFS, NJ 07632.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Grenzen des Datenschutzes

Sehr geehrte Damen und Herren, Eberhard Nitschke hat leider auch die in der Überschrift gestellte wichtige Frage, ob wir ein neues Datenschutzgesetz brauchen, nicht beantwortet...

Datenschutz ist kein den anderen Staatszielen übergeordnetes Recht, ihm stehen gleichrangig andere Rechte gegenüber wie die Informationsfreiheit, die Rechtssicherheit, das Recht auf persönliche und soziale Sicherheit.

Brauchen wir denn ein neues Bundesdatenschutzgesetz? Meine Antwort lautet nein. Das Gesetz aus dem Jahre 1977 ist so schlecht nicht, wie oft behauptet wird. Es hat sich ganz nachhaltig auf Wirtschaft und öffentliche Verwaltung ausgewirkt...

Das Urteil wirkt auch grundsätzliche Fragen auf, die vielleicht sogar eine völlige Neukonzeption des Datenschutzes herausfordern. Die Fragen sind so vielschichtig, daß sie sich einer kurzfristigen Beantwortung auch durch den Gesetzgeber entziehen.

Auch wenn dem Datenschutz durch das Bundesverfassungsgericht Verfassungsrang bestätigt worden ist, so ist zwar Rechtsprechung auf manchen Ebenen geboten, aber wir brauchen kein neues Gesetz. Es gilt auch, die Grenzen des Datenschutzes zu beachten.

Dabei darf eine Übergewichtige Regelung der Datenverarbeitung nicht dazu führen, daß der Datenschutz sich zu einer „Datenverkehrsordnung“ entwickelt, eine leider zu beobachtende Tendenz. Datenschutz ist zunächst Persönlichkeitsschutz, dessen gilt es auszubauen...

Mit freundlichen Grüßen Dr. H.-J. Ordemann, Bonn 2

darauf hingewiesen, daß der Abbau dieser Waffen ein spezifisches Interesse der Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Der Abbau dieser Waffen - abgesehen von bereits geplanten Umstrukturierungen - kann nach Auffassung der Bundestagsfraktion allerdings nicht einseitig erfolgen.

Peter Einlich, Stellvertretender Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Schimpft nur

Sehr geehrte Damen und Herren, meine Tätigkeit als Staatsanwalt und später als Richter liegt nun schon Jahrzehnte zurück. In der Zwischenzeit hat sich vieles, auch zum Besseren, verändert.

Gebühren sind aber gewisse Grundforderungen, zu denen die Bindung des Richters an das Gesetz und das Gebot der Mäßigung gehören. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts haben Gesetzeskraft.

Hierzu hätte man vom Richterbund, wenn er sich schon Ihnen gegenüber äußert, gern etwas gehört. Herr Peter Marqua, der Geschäftsführer des Bundes, sagt aber dazu kein Wort...

Mit freundlichen Grüßen Dr. G. Bachmann, Bonn 1

Recht und Tabu

Sehr geehrte Redaktion, offenbar wohlweislich hat sich der Schreiber nur undeutlich geäußert und nicht ausgesprochen, worum es ihm geht...

Unsere Rechte sind schon geschmälert worden, weil man die Vermögen der Angestelltenversicherung an die Arbeitslosenversicherung abzuführen verlangt hat.

Völlig einig

Die angeblichen Gegensätze zwischen der hessischen FDP und der Bundes-FDP bzw. der Bundestagsfraktion bestehen nicht.

Die hessische FDP hat zu Recht die angeblichen Gegensätze zwischen der hessischen FDP und der Bundes-FDP bzw. der Bundestagsfraktion bestehen nicht.

Mit freundlichen Grüßen Dr. F. Busch, Oberkochen

Wort des Tages

Es ist mehr als je Sache der begrenzten Gruppen und der kleinen Herde, wirksam für den Menschen und für den Geist zu kämpfen und insbesondere ein sichtbares Zeugnis für die Wahrheiten abzulegen, nach denen die Menschen verzweifelt verlangen...

Jacques Maritain; franz. Philosoph (1882-1973)

In Politik und Presse herrscht eine neue, gereizte Stimmung

Von OSKAR WEGGEL

Das Jahr 1997, in dem Hongkong an die Volksrepublik China übergeht, beginnt seine Schatten vorauszuwerfen. Die Stimmung ist gereizt - zumindest in der öffentlichen Politik und Presse.

Da ist zunächst eine ganz neue politische Atmosphäre. Bisher bestand die Regierung von Hongkong aus einem Gouverneur, der von der britischen Königin ernannt wurde...

Das alles soll sich nun ändern. Bereits im September 1985 finden Wahlen statt; denn Hongkong will sich bis 1997 warm anziehen...

Im Vorfeld der Wahl-Premiere entstehen erstmals politische Parteien, erscheinen neue Gesichter, werden kühne Zukunftsszenarien entworfen...

Mit zu den prominentesten Homines novi gehören der 32jährige Fung Kin-kee, Leiter einer sozialen Selbsthilfegruppierung, der schon durch zahlreiche Demonstrationen aufgefallen ist...

ren, stammen aus kinderreichen Familien, mußten sich hocharbeiten und fühlen sich als Vertreter einer unterprivilegierten Schicht...

Das Hongkonger Establishment fühlt sich durch diese autochthonen Elemente offensichtlich mehr genervt...

Dies zeigt sich vor allem in der neuerdings so regen Nachfrage nach Zweitwohnsitzen im Ausland und nach Zweitpässen. Man bleibt zwar vor Ort, bereitet sich aber schon einmal für den Absprung vor.

HONGKONG

der Firma Jardine Matheson Compagnie auf die Bermudas. Jardine ist die Hongkonger Traditionsfirma schlechthin...

Anfang Juni 1985 erregte ein weiterer Fichtfall die Gemüter, als nämlich der Herausgeber des prominenten „Hongkong Standard“ und zweier weiterer Blätter seinen Geschäftssitz nach Australien verlegte.

Bisher war die Hongkonger Pressekolonne eine der lebhaftesten in Asien. 66 Tageszeitungen und nicht weniger als 500 Zeitschriften jeder politischen Couleur...

Ein Streik der Bergleute wäre für Pretoria teuer

rtr, Johannesburg

Ein unbefristeter Streik der schwarzen Bergarbeiter in Südafrika, wie ihn die Nationale Bergleute-Gewerkschaft (NUM) beschlossen hat...

Ein Bergarbeiterstreik würde auch die Kohleverordnung des Landes größtenteils lahmlegen. Die 44 Kohlebergwerke des Landes verschaffen Südafrika eine unbedingte Energiereserve...

NUM-Chef Ramaphosa hatte am Sonntag in Johannesburg mit Generalstreik und Konsumboykott gedroht...

Der polnische Partei- und Regierungschef Wojciech Jaruzelski hat in einer Rede vor dem Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei erklärt...

Polens Kirche zeigt sich kompromißbereit

AP, Warschau

Der polnische Partei- und Regierungschef Wojciech Jaruzelski hat in einer Rede vor dem Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei erklärt...

Die katholische Kirche Polens hat vor der Wallfahrt Tausender von Christen nach Tschestochowa Vorschriften veröffentlicht...

Reagan populär wie nie zuvor

SAD, New York

Auch wenn eine Mehrheit von 75 Prozent der Amerikaner Zweifel an der Fähigkeit Präsident Reagans hat, bestimmte Probleme zu lösen...

Die Zweifler der überwiegenden Mehrheit bezogen sich auf die Frage, ob Präsident Reagan das amerikanische Etatdefizit in den Griff bekommen kann...

Entführte Junta Regimegegnerin?

dpa, Santiago

Die Tochter des prominenten chilenischen Junta-Gegnere Alejandro Bales ist zum zweiten Mal innerhalb von drei Monaten entführt worden.

Moskau kritisiert Vereinigte Staaten

AFP, Moskau

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat den Friedenswillen Moskaus unterstrichen und den Mangel an tatsächlicher Abrüstungsbeurteilung des Westens kritisiert.

Ein Gipfel für Hussein und Arafat

Treffen der Araber in Casablanca ohne die Radikalen / Ziel ist internationale Konferenz

PETER M. RANKE, Kairo

Ein außerordentliches Gipfeltreffen der arabischen Staatschefs, das erste seit 1982 in Fez, findet morgen im marokkanischen Casablanca statt.

auf verzichtet, daß auf einem Gipfeltreffen Einmütigkeit wenigstens nach außen demonstriert wird.

„Delegation“ mit den Amerikanern soll in Casablanca der Plan Husseins und Arafats bestätigt werden, statt direkten Verhandlungen mit Israel eine internationale Nahost-Konferenz anzustreben...

Verzicht auf Einmütigkeit

Ägypten ist wegen des Friedens mit Israel 1979 wieder nicht eingeladen worden und wird von der Mehrheit der 21 Staaten der Arabischen Liga offiziell boykottiert.

Israel isolieren

Der Gipfel wird nach Auffassung westlicher Diplomaten die „Friedensinitiative“ Husseins und Arafats propagandistisch herausstellen...

Marokko greift nach Spaniens Enklaven

Ceuta und Melilla erhalten Sonderstatus / Immer mehr wandern ab / Schmuggel blüht

ROLF GÖRTZ, Madrid

Auf ihrer ersten Versammlung in Casablanca gaben Abgeordnete der libysch-marokkanischen Union den „arabisch-marokkanischen Charakter“ der Städte Ceuta und Melilla zur Kenntnis.

spanische Status der beiden Enklaven hängt auch von der marokkanischen Zustimmung ab.

schaff besitzen. Die übrigen sind bestenfalls im Besitze eines „statistischen Ausweises“ der ihre Beweglichkeit im übrigen Spanien erheblich einschränkt.

Gemeinsam empfehlen sie die „Mobilisierung aller arabischen Kräfte zur Befreiung der besetzten Zonen der arabischen Nation“ vor allem der Städte Ceuta und Melilla sowie der Chafarinas-Inseln.

Praktisch fordern die Algerier, daß sich Spanien gegen Marokko stellt und die Selbstständigkeit des Saharastates RASD anerkennt.

Nur etwa 1000 Marokkaner leben nach der offiziellen Statistik illegal in Ceuta. Ein Dutzend wird täglich ausgewiesen. Aber trotzdem nimmt ihre Zahl ständig zu.

Die beiden spanischen Garnisons- und Handelsstädte liegen als Enklaven auf dem marokkanischen Mittelmeerrufer und gehören seit etwa einem halben Jahrtausend zu Spanien.

In den Festungs- und Garnisonsstädten Ceuta und Melilla stehen je 10 000 Mann.

Haschisch wohlfeil

Vergeblich versuchte König Hassan, den illegalen Warenverkehr zwischen den spanischen Enklaven und dem marokkanischen Hinterland mit einem Zollpaß zu 800 Mark zu unterbrechen.

Schon vor der überraschend vereinbarten Spanzerklärung zwischen König Hassan von Marokko und Oberst Khadhafi von Libyen, sprach der Marokkaner die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla immer dann an, wenn Madrid bei der endgültigen Eingliederung der von ihm besetzten Westsahara stillhalten sollte.

Die Zahl der Moslems nimmt in beiden Städten täglich zu. In Ceuta, wie Gibraltar eine befestigte Felslandschaft, nahm die spanische Bevölkerung in den vergangenen Jahrzehnten fast um die Hälfte ab.

In Ceuta wie auch in Melilla drängen sich in der Morgendämmerung Tausende von Marokkanern an den Grenzposten mit den Früchten ihres Landes und der „Schokolade“, dem Haschisch.

Jedemal, wenn man in Madrid glaubte, den marokkanischen Wunsch vergessen zu dürfen, dreht König Hassan ein wenig stärker an der Ceuta-Melilla-Schraube.

Die Zahl der Moslems stieg dagegen auf fast 13 000, von denen nur 1400 die spanische Staatsbürger-

Personalien

GEBURTSTAGE Hermann von Siemens, Mitglied des Ehrenpräsidiums des Aufsichtsrats der Siemens AG, feiert am Freitag seinen 100. Geburtstag.

ses Zeitraums würden durch Kriegseinwirkungen die Fertigungstätigkeiten in Berlin und Nürnberg zum großen Teil vernichtet und gingen die ost- und mitteldeutschen Betriebe sowie alle Auslandsgesellschaften, insgesamt rund vier Fünftel der materiellen Substanz, verloren.



Mitarbeiter war 1945 auf 37 000 geschrumpft. Elf Jahre später arbeiteten schon wieder 166 000 Menschen bei Siemens. Hermann von Siemens, Enkel auch des berühmten Physikers Hermann von Helmholtz, hat sich stets besonders für die Förderung der Forschung und Entwicklung innerhalb und außerhalb des Unternehmens eingesetzt.

ten München und Berlin. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft und der Senat der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung wählten ihn zum Ehrenmitglied. Er ist Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland sowie des Bayerischen Verdienstordens.

Johannes Müller, von 1961 bis 1980 CDU-Bundestagsabgeordneter aus Berlin, feierte gestern in seiner Wahlheimat Berlin seinen 80. Geburtstag. Den Elektromeister aus dem Saargebiet hatte es bereits frühzeitig in die deutsche Reichshauptstadt verschlagen, wo er sich an der Hochschule für Politik weiterbilden konnte.



Das geschah wirklich: US-Präsident Roosevelt stirbt am 12. April 1945. Er hinterläßt seinem Nachfolger Truman einen fast vollendeten Sieg in Europa, den Krieg gegen Japan - und das Programm zur Entwicklung von Atombomben. In Europa fielen 136 000 US-Soldaten. Berechnungen ergeben, daß der konventionelle Sieg über Japan weit mehr Soldaten kosten würde. Truman läßt am 6. August (trotz der Warnungen von Beratern und Wissenschaftlern) über Hiroshima eine Atombombe abwerfen, drei Tage später auch über Nagasaki. Dabei sterben 320 000 Menschen, 100 000

sind verletzt und verseucht. Im folgenden beschreiben wir, wie die Geschichte nicht verlaufen ist - wie sie aber verlaufen wäre, hätte sich Truman gegen den Einsatz der Bombe und für eine Landung in Japan nach Art der Normandie entschieden. Das Szenario beruht auf Meinungen, die verwerfen, auf Hochrechnungen, die angestellt, und auf internationalen Entwicklungen, die hätten eintreten können. Der Autor ist Direktor des Centers für strategische Konzepte in McLean, Virginia, und war in den siebziger Jahren Assistent des Verteidigungsministers für Fragen der atomaren Strategie.



Dem Vormarsch der Invasion stehen die Natur und Verteidiger in unterirdischen Anlagen entgegen

# Eine Fiktion: Truman bläst Atom-Angriff auf Japan ab

Von DONALD COTTER

25. Mai 1945: Aus zuverlässigen Quellen des Pentagon verläutet, daß die Landung in Japan am 1. November beginnen soll. „Downfall“ wird von General Douglas MacArthur kommandiert.

Zunächst sind drei Lande-Operationen auf Kyushu vorgesehen (Plan „Olympic“). Der zweite Angriff (Plan „Coronet“) sieht im Frühjahr 1946 den Einbruch in die Ebene von Tokio vor. „Olympic“ wird als die größte amphibische Invasion der Geschichte bezeichnet.

Der Plan rechnet mit 767 000 Mann für die erste Angriffswelle (in der Normandie waren es am ersten Tag 152 000 Soldaten). Aus der Umgebung General MacArthur wird berichtet, daß der General mit insgesamt einer Million Gefallenen und Verwundeten bei „Downfall“ rechnet. Präsident Trumans Berater Admiral Leahy: „Bei der Eroberung von Okinawa hatten wir 33 Prozent Verluste, davon ausgehend wird es bei „Olympic“ 268 000 Tote und Verwundete geben.“

27. Mai 1945: In Stabskreisen wird darüber diskutiert, ob eine Invasion zu teuer sei. Einige halten die „strategische Eingrenzung“ und Blockade Japans für die bessere Lösung. Andere glauben, daß eine „intensivere Bombardierung“ Japan zur Kapitulation zwingen werde: Bomber vom Typ B-29 können sieben Tonnen Brandbomben tragen. In Tokio haben 297 B-29 267 000 Häuser zerstört und 185 000 Zivilisten getötet oder verwundet.

Politiker im Kongreß und im Weißen Haus sind jedoch der Ansicht, daß die Japaner erst aufgeben, wenn die Inseln besetzt sind und die Armee besiegt ist. Der amerikanische Geheimdienst geht davon aus, daß die Hauptinseln von zwei Millionen Soldaten und drei Millionen Mann Volkssturm verteidigt werden und daß 8000 Flugzeuge für Kamikaze-Einsätze gegen Schiffe bereitstehen.

## Ein „Munitionslager“ fliegt in die Luft

10. Juli 1945: Es gibt Gerüchte in Washington über eine „Geheimwaffe“. Einige Wissenschaftler sagen, daß die „Super-Bombe“ etwas mit der Veränderung der Struktur des Atoms zu tun hat - die Idee ergebe sich aus Einsteins Relativitätstheorie. Professoren der hiesigen Universität meinen allerdings, Einsteins Theorie sei nicht überall anerkannt.

Der dänische Nobelpreisträger Niels Bohr soll gesagt haben, daß die Bombe machbar und eine Bedrohung der Menschheit ist. Andere Wissenschaftler und Politiker schlagen vor, daß die Kontrolle über diese Bombe den Vereinten Nationen überlassen, zumindestens aber „mit unseren Verbündeten, den Russen“, geteilt werden solle.

17. Juli 1945: In Korrespondentenberichten aus Washington werden vor allem zwei Fragen diskutiert: Kann der unerfahrene Präsident in Potsdam angemessen mit den zwei „Füchsen“ Stalin und Churchill verhandeln? Und hat er eine neue Waffe, mit der er aus eigener Kraft - ohne die Hilfe der Briten und Sowjets - Japan in die Knie zwingen kann? Beamte im State Department zweifeln an Trumans Fähigkeit, die Probleme des Nachkriegs-Europas in den Griff zu bekommen. Aber sie sagen, daß es mit der Super-Bombe möglich ist, den japanischen Krieg ohne die Russen zu beenden.

17. Juli 1945: Ein gewaltiger Feuerball erhob sich gestern über Neu Mexiko. Ein Armee-Sprecher gibt bekannt, daß „ein altes Munitionslager explodierte, keine Verwundeten“. Auf die Frage, ob es sich um einen

Test der Super-Bombe handelte, antwortet das Pentagon nicht.

24. Juli 1945: In Washington ist nahezu jeder überzeugt, daß die USA eine Super-Bombe haben. Sie soll auf Kernspaltung beruhen. Das Prinzip soll 1938 in Deutschland entdeckt worden sein, was im Exil lebende Wissenschaftler aus Deutschland, Ungarn, Italien und Dänemark erschreckt hat. Einstein schrieb daraufhin an Präsident Roosevelt, der schließlich das S-1-Projekt in die Wege leitete: „eine Atombombe zu bauen, bevor Hitler sie hat.“

Allerdings ordnete Roosevelt dies erst im Oktober 1941 an - zwei Jahre, nachdem er zum ersten Mal darauf aufmerksam gemacht worden war. Mit vereinten Kräften brachten Briten und Amerikaner eine solche Bombe hervor, aber zwei Monate zu spät, um sie gegen Deutschland einzusetzen. Nun stellt sich die Frage: Soll sie gegen Japan eingesetzt werden?

Aus Potsdam wird berichtet, daß General Eisenhower nach einer Besprechung über den Test einer Super-Bombe sagte: „Ich hoffe, die USA führen niemals etwas so Schreckliches ins Kriegshandwerk ein.“ Der militärische Berater der Präsidenten Roosevelt und Truman, Admiral Leahy, soll „moralische Bedenken“ haben. Premier Churchill, der Verlierer der britischen Wahlen, befürwortet den Einsatz der Bombe gegen Japan. Sein Nachfolger Atlee äußert sich nicht.

26. Juli 1945: Die Exil-Wissenschaftler haben an den Präsidenten appelliert, „im Namen der Verfassung“ den Gebrauch der Bombe zu verbieten. Professor Franck (Universität von Chicago), der maßgebend an der Entwicklung beteiligt war, meint: „Die Zahl der amerikanischen Menschenleben, die durch den sofortigen Einsatz der Bombe gerettet würden, könnte aufgewogen werden von dem Schrecken und der fortwährenden Ablehnung der übrigen Welt.“

Starker Druck wird auf Kongreß und Präsidenten ausgeübt, die Bombe den Japanern zunächst nur vorzuführen, um sie zur Kapitulation zu bringen. Auf jeden Fall sollte die UdSSR über die Bombe unterrichtet werden, um sie nicht in einen atomaren Rüstungswettlauf zu drängen, fordern viele Wissenschaftler. Überhaupt ist es ein wesentlicher Gesichtspunkt dieser „Met-Lab“-Rebellion der Exilwissenschaftler, daß die Sowjetunion nicht überrascht werden solle.

23. Juli 1945: Aus Neu Mexiko wird berichtet, daß Robert Oppenheimer, der Direktor des S-1-Projekts, sich für den Einsatz der Bombe gegen Japan ausgesprochen hat. Nach dem erfolgreichen Test am 16. Juli soll er gesagt haben, daß er sie gern rechtzeitig entwickelt hätte, um sie gegen Deutschland zu nutzen. Er sagt allerdings, Wissenschaftler hätten nicht das Recht, ihr Prestige für politische Verlautbarungen einzusetzen.

30. Juli 1945: Die japanische Regierung geht nicht auf die Aufforderung der Alliierten zur bedingungslosen Kapitulation ein. Präsident Truman soll gesagt haben: „Jetzt gibt es keine Alternative.“

6. August 1945: In Washington wird bekannt, daß eine Demonstration der Super-Bombe auf dem offenen Meer vor dem japanischen Festland geplant ist. Die Japaner sollen über den Zeitpunkt unterrichtet werden. Wissenschaftler sagen, daß die Kraft der Bombe die Japaner zur sofortigen Einstellung aller Feindseligkeiten bringen werde.

Truman ging damit auf entsprechende Gesuche der Wissenschaftler ein, die die Bombe entwickelt haben. Der Kongreß trägt den Appellen Rechnung, die Kontrolle der Bombe zu internationalisieren, und fordert vom Weißen Haus, die Produktion

hinauszuschieben. Ein Senator verlangt von Truman: „Nimm diese Sache den Militärs aus den Händen!“

Anfang August 1945: Russische Truppen dringen in die Mandschurei ein, ohne auf großen Widerstand der japanischen Truppen zu stoßen. Der Vormarsch richtet sich auf Shenyang und andere Städte und versucht offenbar, Zusammenstöße mit dem Feind zu vermeiden.

## Abfangjäger irritieren die „Elona Gay“

15. August 1945: Der Krenel gibt einen Freundschaftsvertrag zwischen Mao Zedong (für die Kommunistische Chinesische Regierung) und der Sowjetunion bekannt. Diplomatische Beobachter sagen, daß sich die russischen Truppen in der Mandschurei sofort in die industriellen Zentren und der Schwerindustrie zugewandt haben, die die Japaner von 1931 an aufgebaut haben. Tausende von Chinesen sollen im Einsatz sein, um Fabriken „Stein für Stein“ in Richtung Sowjetunion zu verladen.

3. September 1945: Ein Sprecher der US-Luftwaffe gibt bekannt, daß der B-29-Bomber „Elona Gay“ eine Atombombe sechs Meilen entfernt vom Festland in die Bucht von Tokio geworfen hat. Die Japaner sind eine Stunde zuvor auf die „brillante Explosion“ hingewiesen worden. Die Bombe ist nicht in der beabsichtigten Höhe detoniert; wahrscheinlich wegen der Angriffe von Abfangjägern, die den B-29-Piloten irritierten.

US-Beobachter äußerten sich enttäuscht. Diese Bombe namens „Little Boy“ war offenbar eine nichtprobte Variante des Sprengkörpers, der im Juli getestet wurde. Ein Experte: „Sie hat wahrscheinlich nicht die volle Explosionskraft erreicht, nur etwa 50 bis 60 Prozent - oder sie verpuffte, wie einige vorhersagten.“ Die japanische Regierung ist auf das Ereignis mit keinem Wort eingegangen. Russische Beobachter in US-Flugzeugen zeigen sich „amüsiert“.

7. Oktober 1945: Das State Department spricht von einer Verletzung der Abmachungen von Jalta, weil die Sowjetunion eroberte japanische Waffen an Mao Zedongs Truppen übergibt. Sie infiltrieren die großen Städte und suchen die Entscheidungsschlacht mit dem Nationalchinesen Tschiang Kai Tschek.

1. November 1945: General MacArthur erklärt, daß die amerikanischen Invasionstruppen auf Kyushu (Unternehmen „Olympic“) auf erbitterten Widerstand stoßen und schwere Verluste erleiden. „Die Kamikaze-Piloten greifen nicht die gut verteidigten Flugzeugträger und Schlachtschiffe an, sondern die Truppentransporter“, berichtet ein Marine-Offizier.

30. November 1945: Das Pentagon gibt bekannt, daß „Olympic“ im ersten Monat 11 000 Gefallene und 40 000 Verwundete US-Sol-

daten verzeichnet. Die Japaner haben Festungen, gegen die die Luftwaffe relativ machtlos ist. „Sie haben die Lektion von Okinawa gelernt“, meint General Marshall.

7. Dezember 1945: US-Truppen versuchen noch immer, japanische Verteidigungskräfte auszuschüttern, die in den vorbereiteten Festungen auf Kyushu kämpfen. Die Sowjets haben es abgelehnt, sich an den Angriffen auf die Insel zu beteiligen, weil „Landungstruppen nicht verfügbar“ sind. Die Briten belagern in Indochina und Malaysia die japanischen Stützpunkte, um sie auszuhungern, erklärt ein General.

25. Dezember 1945: Der amerikanische Soldat in Japan fragt sich an diesem Weihnachtsfest, wie lang er noch kämpfen muß - und ob er eine Hoffnung zu Überleben hat, schreibt unser Korrespondent. Admiral Nimitz warnt: „Wir müssen mit schweren Verlusten rechnen.“ Die bisherigen Erfolge gegen einen schwach-versorgten Gegner, der von unseren See- und Luftstreitkräften überwältigt wurde, können nicht mit dem Angriff auf die japanischen Hauptinseln verglichen werden, wo die Verbindungs- und Versorgungsstränge des Gegners kurz sind.“

Einige US-Soldaten murren über die Politik, die sie im Pazifik hält. Andere, aus Europa herbeigeführt, rebellieren offen gegen ihren zweiten Einsatz. „Ich bin ausgetrocknet nach all dieser Zeit“, schreibt ein Soldat. „Solange wir gehen können und keine Wracks sind und nicht mit drei, vier anderen in irgendeinem Loch verscharrt werden, müssen wir hier bleiben und werden nach vorn geschickt.“ Eine Umfrage zeigt, daß zwei Drittel der Ansicht sind, nach 18 Monaten im Pazifik ihren Teil getan zu haben. Sie wollen nach Hause.

General Marshall warnt vor Kriegsmüdigkeit in den USA. Kongreß-Abgeordnete fordern Anhörungen zur Strategie im Pazifik. Einer fragt: „Und was ist mit der Bombe? Es war ein Verbrechen, sie für eine dumme Demonstration zu verschwenken.“

29. Dezember 1945: Die Veteranen-Vereinigung fordert die Amtsenthebung des Präsidenten. Der Führer der Bergarbeiter-Gewerkschaft, Lewis, sagt: „Roosevelt und Truman

haben uns an Stalin verkauft. Truman hat uns jetzt in eine unmögliche Situation gebracht. Wann werden wir ihn los?“ In einer gemeinsamen Erklärung unterstützen Gewerkschaften und Veteranen-Verbände die Forderung nach Kongreß-Anhörungen über die Fortführung des Krieges. Das Weiße Haus, über die Feiertage nach Key West verlagert, nimmt dazu nicht Stellung.

## Angriff auf Tokio wird vorverlegt

1. Januar 1946: Eine britische Zeitung bestätigt Befürchtungen des State Department, daß Großbritannien sich aus dem Pazifik und Südostasien zurückzieht. „Wir müssen zu Hause unsere Wirtschaft wiederaufbauen“, sagt Atlee.

15. Januar 1946: Das Pentagon gibt bekannt, daß „Coronet“, der Angriffsbegleitflug auf die Insel Honshu mit dem Ziel der Ebene von Tokio, von März auf jetzt vorgezogen wurde. Man will Bewegung ins Spiel bringen und der Kritik der Bevölkerung und des Kongresses ausweichen. Einige Offiziere sagen, daß die hohen Verluste an Schiffen bei der Landung auf Kyushu die Operation beeinträchtigen. „Die Moral der Truppe ist schlecht, manche sind nach dreiwöchiger Reise von Europa sofort hier eingesetzt worden“, antwortet ein Pentagon-Sprecher auf eine dementsprechende Frage.

30. Januar 1946: Nach einhalb Jahren strategischer Bombardierung Japans durch B-29-Bomber zieht General LeMay Bilanz. „Es sind keine größeren Städte übriggeblieben.“ Er rechnet mit zwei Millionen toten und verwundeten Zivilisten. Das Bomber-Commando überlegt, wie die Flugzeuge nun gegen die weitverteilte japanische Armee eingesetzt werden können.

31. Januar 1946: Schwedische Diplomaten berichten aus Tokio, daß rebellierende Truppen Kriegsminister Anami und andere führende Politiker getötet haben, weil sie kapitulieren wollten. Kaiser Hirohito soll aus seinem Bunker bei Tokio weggeführt worden sein.

1. August 1946: Der Presse wurde ein Geheimdienstbericht über Japan vom Juni 1945 zugespielt. Darin heißt es: Auch nach dem Verlust einiger strategisch wichtiger Inseln im Pazifik (so rechneten die japanischen Generale damals) ist das Spiel noch nicht verloren. Die meisten eroberten Gebiete, einschließlich der in China, sind weiter in ihrer Hand. Der größte Teil der Truppen ist ungeschlagen.

Die Generale glaubten kaum an einen Angriff auf Japan selbst, denn die Alliierten erwarteten dort „den stärksten Widerstand der Geschichte“. 10 000 Kamikaze-Flieger stehen bereit, schrieb der Geheimdienst im Juni 1945, die unterirdischen Verteidigungsanlagen sind voller Verpflegung und Munition, zur Verteidigung sind mehr Kämpfer bereit, als die USA und Großbritannien zusammen besitzen. Als Waffen dienen unter anderem Bambusspeere, Pfeil und Bogen. Jedes Kind hat gelernt, sich Sprengstoff um den Leib zu wickeln, unter einen Panzer zu rollen und sich in die Luft zu jagen. Die USA haben gegen Fanatiker zu kämpfen, die willens sind, so viele Gegner wie möglich mit ins Grab zu nehmen.

7. Dezember 1946: 19 Monate nach der deutschen Niederlage haben die meisten US-Truppen Europa in Richtung Pazifik verlassen. Die Truman-Administration zieht einen Vorschlag des Generals Marshall zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zurück, weil sie bei den Haushaltsberatungen im Kongreß mit einer Niederlage rechnet.

15. März 1947: Der Fehlschlag des Versuchs, die Japaner mit einer Super-Bombe zur Kapitulation zu zwingen, hat zur Auflösung des Forschungsstabes geführt. Die meisten Wissenschaftler, ob nun für oder gegen den Einsatz dieser Waffe, haben das Projekt verlassen. Es ist nicht klar, ob noch die Möglichkeit besteht, eine Bombe zu bauen. Eine Quelle sagt, daß Material für eine oder zwei Bomben vorhanden ist.

1. Mai 1947: Sowjetische Truppen besetzen Westdeutschland. „Das ist die europäische Revolution“, sagt Stalin bei den Mai-Feierlichkeiten in Moskau; die Zementierung der Situation von 1945 hätte unausweichlich zu einem neuen Krieg in Europa geführt. Großbritannien bietet der Sowjetunion einen Friedensvertrag an. Die Benelux-Länder und Frankreich erklären sich bereit, ihm beizutreten.

16. Juli 1947: Der Vorsitzende des Senats-Ausschusses zur Untersuchung der Super-Bombe gibt bekannt, daß es ein Fehler war, die Bombe nicht zu benutzen, um die Japaner zur Aufgabe zu zwingen. „Wir haben zwei Jahre lang unsere Soldaten geschunden, zwei Milliarden Dollar verschwendet - und stecken immer noch in Asien fest!“ Der Ausschuß beschließt die Produktion weiterer Atombomben unter ziviler Führung und schlägt vor, das Programm einer Waffenkontroll-Stelle der UNO zu unterstellen.

6. August 1947: Der neue Direktor des Atombomben-Projektes, Edward Teller, rechnet damit, daß russische Agenten kontinuierlich in den vergangenen Jahren über die Entwicklungen in Los Alamos, Neu Mexiko, auf dem laufenden gehalten wurden. Er geht davon aus, daß der deutsche Physiker Klaus Fuchs Forschungs-Ergebnisse der Universität Birmingham (England) und aus Los Alamos an den „Rosenberg-Ring“ weitergegeben hat. Auch der Laborarbeiter Greenglass hat wichtige Einzelheiten der Bombe verraten.

14. August 1947: Stalin gibt bekannt, daß die Sowjetunion eine eigene Atombombe erfolgreich getestet hat. Sie soll „den sozialistischen Frieden sichern“. In Washington heißt es, Moskau habe vor fünf Jahren ein Atom-Programm ins Leben gerufen

unter der Führung von Igor Kurchatow am Moskauer Institut für atomare Chemie. Das blieb dem Westen bisher verborgen.

15. August 1947: Der übergläubige Klaus Fuchs sagt vor der Presse in Berlin, daß er als Jugendlicher der Kommunistischen Partei in Kiel beigetreten und vor Hitler nach England geflohen sei. Er vertritt die Ansicht, daß die westlichen Alliierten es gesehen, wenn sich Russen und Deutsche gegenseitig töten. Ohne große Sicherheitsüberprüfung wurde Fuchs in einem frühen Stadium in der Forschungsarbeiten an der Universität Birmingham hinzugezogen. Ein Sprecher der US-Atomenergie-Kommission zieht Bilanz. Als er aus England nach Neu Mexiko kam, haben wir uns auf die britische Überprüfung verlassen. Das war ein Fehler.“

16. August 1947: Diplomatische Beobachter berichten, daß die Sowjets ihre Atombombe unter „realistischen Bedingungen“ getestet haben. Ziel waren Ansammlungen von japanischen Panzern, Artillerie, Flugzeugen, Lokomotiven und vermutlich auch Soldaten um die nordostchinesische Stadt Shenyang. „Der Test war realistisch“, meint ein Militärbeobachter. „Die Russen haben bewiesen, daß die Bombe funktioniert, und haben eine Menge Informationen darüber sammeln können, wie sie auf Material und Infrastruktur wirkt.“

## Der Friede von Wladiwostok

18. August 1947: Stalin widerruft alle Vereinbarungen von Jalta und Potsdam und fordert sofortigen Waffenstillstand im Fernen Osten.

19. August 1947: Das japanische Oberkommando kapituliert bedingungslos vor der UdSSR. In Port Arthur, wo die russische Marine 1906 eine Niederlage erlitt, ergibt sich die japanische Armee dem Kommandeur der sowjetischen fernöstlichen Verbände. Hirohito befiehlt die Kapitulation und beruft Togo Shigenori zum Führer der Japanischen Sozialistischen Republik.

20. August 1947: Der Kongreß enthebt Präsident Truman wegen Unfähigkeit des Amtes. Der neue Präsident James Byrnes fordert den Generalsekretär der UNO, Trygve Lie, auf, einen Waffenstillstand zu vermitteln. Truman wird vorgeschlagen, durch falsche Führung mehr als eine Million US-Tote und Verwundete und den Verlust der pazifischen Basen verursacht zu haben. Außerdem habe er versäumt, die Atombombe gegen Japan einzusetzen.

21. August 1947: Die US-Truppen werden von heute an aus Japan zurückgezogen, befiehlt MacArthur; einige Verbände bleiben allerdings und sollen dabei helfen, eine Regierung unter Hirohito einzusetzen. Stalin und Mao bieten sich als Garanten des Waffenstillstandes an und erklären: „Der Kommunismus ist die Zukunft Asiens!“ Aus Moskau wird gemeldet, daß Stalin den Wunsch der USA zurückweist, an der militärischen Kontrolle Japans teilzuhaben.

3. September 1947: In Wladiwostok unterzeichnen Byrnes für die USA und Molotow für die UdSSR, Großbritannien, Frankreich und China den Friedensvertrag, der den Zweiten Weltkrieg beendet. Alle US-Basen im Fernen Osten werden an die Japanische Sozialistische Republik übergeben. Molotow fordert die USA auf, in Waffenkontroll-Verhandlungen einzutreten, in eine nukleare, offene Welt zu schaffen. Bedingung dafür ist die Aufgabe aller weiteren Entwicklungen solcher Waffen in den Vereinigten Staaten.

Übersetzt von Dev Ahlers



Die Amerikaner haben sich im Sommer 1945 bis an die japanischen Hauptinseln herangekämpft. Weiße Teile Asiens sind in der Hand der Japaner. In China herrscht Bürgerkrieg.







# Berührungängste der „DDR“: Menschenrechte ignoriert

**BERNT CONRAD, Bonn**  
 Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und sein Oththiner Amtskollege Oskar Fischer haben in der vergangenen Woche am Bande der KSZE-Jubiläumstagung in Helsinki unbefangenen und sachlichen miteinander gesprochen, als dies in früheren Jahren möglich gewesen war. Insofern spiegelt das Verhalten des 83jährigen SED-Funktionsärs etwas von jenem verbindlichen Umgangsstil wider, den der neu-sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse bei seinem ersten internationalen Auftritt zur Schau gestellt hat.

Was sich allerdings an konkreter „DDR“-Politik dahinter verbirgt, ist in der westlichen Öffentlichkeit weitgehend unbekannt geblieben, weil sich zwar jeder für Schewardnadses KSZE-Rede, niemand aber für Fischers Ansprache im Plenum der Helsinki-Halle interessiert hat. Tatsächlich hat Honeckers Außenminister dort eine Sicht der KSZE-Grundsätze an den Tag gelegt, die beweist, daß die SED-Führung auch zehn Jahre nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki immer noch jede Berührung mit den Bestimmungen über Menschenrechte, Ausreise, Familienzusammenführung und Informationsaustausch scheut.

Denn Fischer hat in seiner Ansprache den sogenannten Korv III (Zusammenarbeit im humanitären Bereich) überhaupt nicht erwähnt. Auch sein Lob für die zehn dem Text der Schlussakte vorangestellten Prinzipien erweckte den Eindruck, als sei in Helsinki 1975 niemals von Menschenrechten die Rede gewesen.

Indem Fischer diesen gesamten Bereich ignorierte, ging er noch hinter Schewardnadse zurück, der im

merhin die Stirn hatte, sich ungeachtet aller Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion als „Champion der internationalen Zusammenarbeit bei der Lösung humanitärer Fragen“ aufzuspielen.

Eine derartige Umkehrung der Verhältnisse wäre auch Fischer nicht schwer gefallen. Doch er verweigert sie, weil er den Antragstellern für Ausreisen, den von Kontaktverbänden Betroffenen und den Kritikern der Desinformationspolitik in

## DIE ANALYSE

der „DDR“ nicht die Möglichkeit einer Berufung auf seinen Redetext bieten wollte.

Angesichts dieser panischen Berührungängste klingt es etwas weltfremd, als Genscher in seiner KSZE-Rede fragte: „Was hindert uns daran, als Beweis unseres guten Willens uns zur erneuten Veröffentlichung der Schlussakte von Helsinki zu verpflichten und diese Veröffentlichung mit der Versicherung jedes Teilnehmerstaates zu verbinden, daß die Berufung auf diese Schlussakte niemandem zum Nachteil gereichen wird? Was hindert uns, die beiden französischen Vorschläge zu unterstützen: Eine Konferenz über die Familienzusammenführung vorzuziehen und zu beschließen, das in der Schlussakte enthaltene, noch immer in vielen Staaten eingeschränkte Recht jedes Menschen, sein eigenes Land zu verlassen, überall strikt anzuwenden?“

Was die SED daran hindert, hätte der Bundesaußenminister leicht von Fischer erfahren können. Doch dann wäre ihr Gespräch weniger „positiv“ verlaufen.

Keine Überraschung war es, daß

der „DDR“-Außenminister die „multilaterale Anerkennung des territorialen Status quo“ als die „tragende Säule“ des KSZE-Gebäudes rühmte. Wie schon mehrmals zuvor unterstrich er die „Unverletzlichkeit der Grenzen“ und ihre Respektierung „jetzt und in Zukunft“ als „verbindliche Verhaltensnorm“, erwähnte auch nur mit einem Wort zu erwähnen, daß die Grenzen – laut Prinzip I der Schlussakte – „in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können“.

Neu war, daß sich Fischer diesmal bei seinem Plädoyer für den Status quo auch auf die gemeinsame Erklärung berufen konnte, die Bundeskanzler Helmut Kohl und SED-Chef Erich Honecker am 12.3.1985 in Moskau beschlossen hatten.

Auf Vorschlag Honeckers war nämlich in die gemeinsame Moskauer Erklärung die vom Kanzler am 27.2.1985 im Bundestag als Zitat aus dem Warschauer Vertrag benutzte Formel von der „Unverletzlichkeit der Grenzen“ und der „Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa“ aufgenommen worden. Die als unentbehrliche Ergänzung dazu von Kohl in der gleichen Rede unterstrichen Grundlagen der Deutschlandpolitik, wie Grundgesetz, Deutschlandvertrag, Briefe zur deutschen Einheit, Entscheidung des Bundestages vom 17.5.1972 und 1975 hingegen wurden im Moskauer Text nicht erwähnt.

Die Besorgnis, daß der SED damit eine höchst unerwünschte internationale Argumentationsgrundlage an die Hand gegeben worden sei, hat sich nun mit Fischers Helsinki-Rede bestätigt.

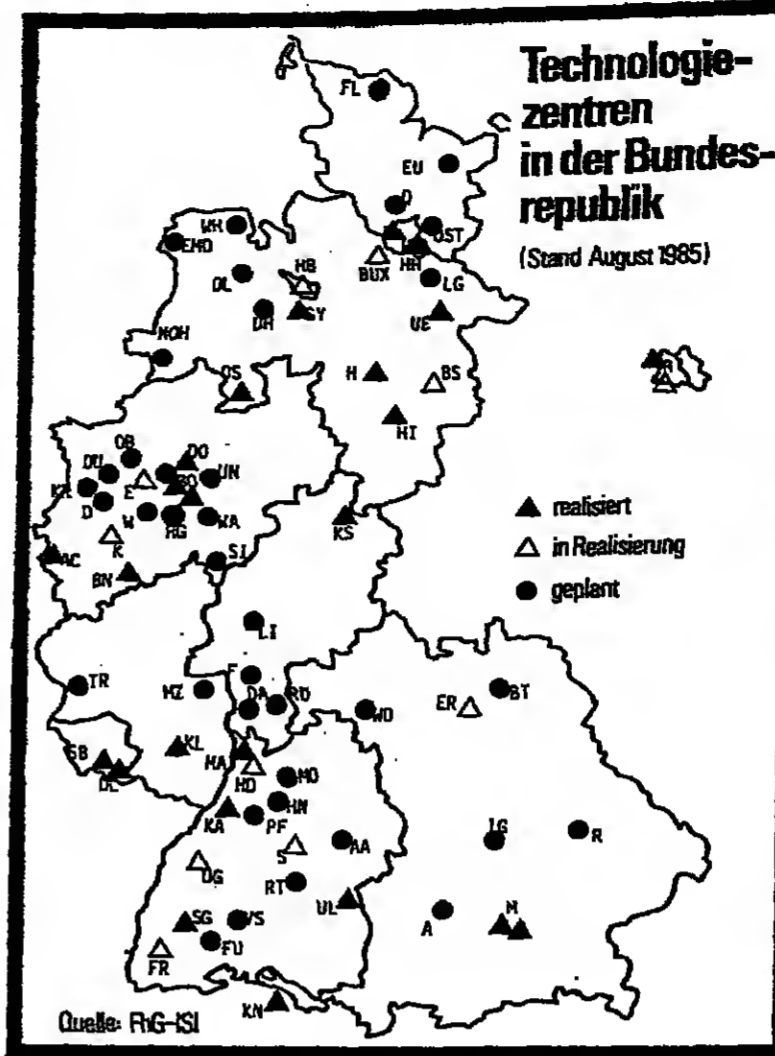
# Silicon Valley auch in der Bundesrepublik

Technologiezentren sollen innovativen Unternehmen den Start erleichtern / Förderung durch staatliche Mittel

Von HARALD WATERMANN

Während über Silicon Valley, dem legendären Vorbild aller Technologieparks, dunkle Wolken am Wachstumshimmel aufgezogen sind, ist das Gründungsgebet in der Bundesrepublik ungebrochen. Waren im Dezember 1984 erst acht Technologieparks gegründet, drei im Bau und 30 in der Planung, so weist der Stand von August 1985 eine erstaunliche Steigerung auf: 23 Gründer- und Technologiezentren sind eröffnet, 38 sind in der Planung, und weitere zehn sehen ihrer Fertigstellung entgegen.

Die Zentren sollen es dem technologieorientierten Unternehmensgründer erleichtern, sich auf die Entwicklung seines Produkts und auf die Markterschließung zu konzentrieren. Im Technologiepark werden Einrichtungen und Leistungen angeboten, die ansonsten nicht, nur zu höheren Preisen oder in geringerer Qualität vorzufinden sind. Hierzu gehört ein flexibles Baumanagement, das es ermöglicht, nur jeweils die tatsächlich benötigte Fläche anzumieten. Daneben sind die Mietverträge so gestaltet, daß für die Mieter relativ günstige Kündigungsbedingungen eingeräumt werden. Zugleich wird versucht, Reservierungen bereitzustellen, um expandierenden oder schrumpfenden Unternehmen den Umzug innerhalb des Zentrums zu ermöglichen.



den Bundesländern finanziert. Die Länder tragen teilweise auch einen erheblichen Anteil der zu erwartenden Anlaufkosten. In der Mehrzahl der Fälle sollen jedoch die Investitionskosten von den Unternehmen getragen werden, was letztendlich vielfach dazu führen wird, daß die anfänglichen Betriebsverluste doch überwiegend von den selbständigen oder kommunalen Trägern übernommen werden müssen.

**Zuschüsse der Länder**

Für die Finanzierung der Unternehmensgründungen stellen die Bundesländer, wenn bestimmte Kriterien erfüllt werden, Zuschüsse aus Förderprogrammen zur Verfügung. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie plant, fünfzehn Technologieparks in seinem Modellversuchsprogramm „Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen“ einzusetzen. Dabei werden allerdings nicht die Kosten der Technologieparks subventioniert, sondern die in diesen Parks niedergelassenen Unternehmensträger sollen an der Förderung partizipieren.

Ein vom Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung im Dezember 1984 veranstaltetes Seminar über Innovationsfinanzierung zeigte, daß für die Finanzierung der jungen Unternehmen genügend Mittel in Form von Wagniskapital und Innovationskreditlinien bereitstehen: den zögerlichen Einsatz beim Abschluß von Risikobeteiligungen sehen Experten in dem Mangel an Erfahrungen der Finanziers bei der Prüfung und Bewertung innovativer Vorhaben und Gründungen.

Die in letzter Zeit aufgekommene Kritik an den Technologiezentren hat zu Recht auf eine gewisse Heftigkeit und eine mangelhafte Planung in verschiedenen Städten hingewiesen. Ebenfalls ist nicht zu übersehen, daß die Gefahr eines Subventionswettbewerbs besteht. Aufgabe der Bundesländer wird es sein, der Zersplitterung und Ausuferung der Gründungsinitiativen entgegenzuwirken. Darüber hinaus wird es wichtig sein, daß die öffentliche Hand sich ihrer nur initiierten Funktion bewußt bleibt, sich nach und nach aus diesem Aufgabenfeld zurückzieht und dafür sorgt, daß die Unternehmensgründer zunehmend über Mietsteigerungen mit realistischen Kosten konfrontiert werden.

## Verstärkte Kooperation

Allen Mietern werden die zentralen Gemeinschaftseinrichtungen wie Empfang, Telefonzentrale, Schreibbüro, Kopierer, Konferenzräume, Kantine und Telex angeboten. Die Möglichkeiten zu intensiven Kontakten und zur Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen im Park (entscheidend ist dabei ein qualitätsbezogener Auswahlprozeß bei der Vermietung), mit angeschlossenen Forschungsanstalten oder mit bereits erfolgreichen externen Unternehmen können einen weiteren Innovationsimpuls auslösen. Erstrebenswert ist für die Parks auch die Bestellung eines gemeinsamen hauptberuflichen Managers, der die Unternehmensgründer in Finanzierungs- und Marketingfragen berät oder geeignete Berater vermittelt.

An der Gründung von Technologieparks sind unterschiedliche Institutionen interessiert. Die Kommunen versuchen, ihre Wirtschaftsstruktur

zu verbessern, neue Arbeitsplätze zu gewinnen und leerstehende Betriebsgebäude wieder zu nutzen. Kreditinstitute spekulieren auf den Imagewinn, der mit der Förderung technologieorientierter Jungunternehmen verbunden ist. Sie hoffen langfristig auf neue Kunden und wollen in gut kontrollierbarem Rahmen lernen, wie innovative Gründer und Projekte banktechnisch zu beurteilen sind. Bei Industrieunternehmen, die Technologiezentren initiieren oder auch betreiben, kann die Auslastung bestehender Kapazitäten ein wichtiges Argument sein, mitunter können etablierte Unternehmen hier auch neue Technologiefelder erschließen lassen und die Entstehung qualifizierter Zulieferer und Abnehmer fördern. Bei den bisher aufgetretenen Immobiliengesellschaften steht die profitable Ver-

marktung von schwer vermietbaren oder verfallenden Industriebauwerken im Vordergrund.

Träger der Technologieparks sind in erster Linie die Städte. In den meisten Fällen wird die Grundfinanzierung durch eine Trägerorganisation – in der Rechtsform einer GmbH oder eines eingetragenen Vereins – wahrgenommen. Die Investitionskosten für die geplanten oder bereits realisierten Technologiezentren reichen bei 20 Millionen Mark. In der Mehrzahl greifen die Träger der Parks auf vorhandene Altbauflächen zurück, vor allem auf ehemalige Fabrikgebäude. Die Nettobetriebsfläche beträgt in der Mehrzahl der Fälle zwischen 1500 und 3500 qm. Die einmaligen Investitionen für Neubau und Umbau und Renovierung werden bei den meisten Objekten ganz oder überwiegend von

# FDP sucht nach Profilierung

Gegensätze zwischen Genscher und Strauß sollen nicht „übertüncht“ werden

**PETER PHILIPPS, Bonn**  
 In der Auseinandersetzung mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß über den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung sieht die FDP bereits heute einen Ansatz für ihren Wahlkampf 1987; sie will den Dissens in der Koalition zur eigenen Profilierung nutzen. Daran können auch kompromissfähige Äußerungen des Berliner Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen nichts ändern.

FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann machte deutlich, daß der FDP an einer Überwindung der Gegensätze zwischen Genscher und Strauß, zwischen CSU und FDP in wichtigen außenpolitischen Fragen gar nicht gelegen ist. Hier gebe es ein Feld, das „ganz wichtig in der Wahlargumentation“ seiner Partei für 1987 werde. Die Bürger sollten gefragt werden, ob sie die „Fortsetzung einer verlässlichen, berechenbaren, kontinuierlichen Außenpolitik“ wünschen. Wenn die FDP hierfür das „Votum“ erhalte, dann werde Genscher über 1987 hinaus seine Arbeit als Außenminister „fortsetzen“, schlug Haussmann einen personellen und sachlichen Pflöck ein. Strauß hatte hingegen dieses wie auch das Amt des Wirtschaftsministers für die Zeit nach einem Wahlsieg 1987 kaum verhillt für die Union reklamiert.

Es gebe Genscher und seiner Partei ja nicht „um eine große, qualitativ neue Entwicklung der FDP-Ostpolitik“, sagte Haussmann gestern nach der Sitzung des Parteipräsidiums. Der Außenminister habe bereits vor zwei Jahren gesagt, daß „nach der Nachrüstung formal eine neue Phase der Entspannungspolitik nötig“ sei. Haussmann berief sich an dieser Stelle (wie am Wochenende auch Strauß und Genscher mit unterschiedlichen Zitierten) auf Bundeskanzler Helmut Kohl als Kronzeugen, der diesen Gedanken Genschers „aufgenommen“ habe. Es folgte eine Retourkutsche Richtung München: „Wir unterstützen ja auch der CSU oder Strauß nicht, daß sie von dieser Form der Fortsetzung und Intensivierung der Entspannungspolitik ab-

rickeln wollen.“ Und was das kritische Verhältnis zu SDI sowie das Setzen auf Durekta angehe, spreche Genscher schließlich nicht seine „Privatmeinung“ aus, sondern folge den einstimmigen Entscheidungen des „kleinen FDP-Parteitags“ und liege auch „auf der Linie des Bundessicherheitsrates und des Kanzlers“.

Nachdem sich der bayerische Ministerpräsident und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Interviews über „Kontinuität“ und „neue Phase der Entspannungspolitik“ voneinander abgrenzt hatten, sagte Diepgen gestern im Deutschlandfunk: Kontinuität bedeute „so wohl Stetigkeit als auch Bewegung“. Für die Grundsätze einer so verstandenen „kontinuierlichen Außen-, Deutschland- und Ostpolitik“ gebe es „zwei Zielvorstellungen: die unmittelbare Einbindung in das westliche Verteidigungsbindnis und unser Interesse am Dialog, an konkreten Fortschritten für die Menschen im geteilten Europa, dabei insbesondere im geteilten Deutschland und Berlin“.

Die zehn Jahre seit dem KSZE-Abkommen hätten, sagte Diepgen, zwar „auch Fortschritte“ gebracht, doch beispielsweise für den Bereich der menschlichen Erleichterungen „gab es einfach zu wenig“. Es komme weiterhin auf „langfristige angelegte Zusammenarbeit“ an, die zum Beispiel in der Sicherheitspolitik „unterfüttert werden muß“ mit vertrauensbildenden Maßnahmen „etwa in der Kultur, der Umweltpolitik und im Sport.“

Bedarf“ bestehe. Sie wollen vor allem die Binnennachfrage ankurbeln, und dafür „gibt es nur ein schnell wirkendes Mittel, nämlich Steuerentlastungen“ (Haussmann). Anhand der Konjunktur- und Arbeitsmarkt-Daten will die FDP im Herbst entscheiden, ob sie ihre alte Forderung wieder hervorholt, das inzwischen für zwei Tranchen verabschiedete Steuerentlastungs-Paket doch bereits vom 1. Januar 1986 an in einem Schritt wirksam werden zu lassen.

Obwohl es an dieser Stelle Berührungspunkte mit der CSU gibt, ging Haussmann verbal auf Distanz, indem er über den „Mut von Ministerpräsidenten“ sprach: Wenn im Strauß und Späth „bereits vor der Sommerpause“ gehakt hätten, hätte sich ja damals schon eine Bundesratsmehrheit für die Steuerentlastung in einem Zuge „abgezeichnet“. Die FDP sei „gespannt“, ob die Ministerpräsidenten der Union nun im Herbst ihre Ankündigungen „wahr machen“.

Die FDP-Repräsentanten erneuerten ihre Forderung, diese wie auch die von ihnen für die Zeit nach 1987 angepeilte Steuerentlastung über einen drastischen Subventionsabbau zu finanzieren. Man habe alle „wichtigen Wirtschaftsverbindungen“ geschrieben und um Abbau-Vorschläge gebeten. Das Ergebnis könne natürlich „sehr enttäuschend“ sein. Parallel dazu sei Wirtschaftsminister Martin Bangemann mit gutem Beispiel voranzugehen und habe für seinen Etat '86 „20 Prozent Subventionsabbau“ vorgeschlagen.

Während der CDU Unterstützung für die Gesetzesnovelle signalisiert wurde, mit der „klar gestellt“ wird, daß die Bundesanstalt für Arbeit nicht die Streitklasse der Gewerkschaften sei, gibt es keine Zustimmung für eine Vorruhestandsregelung im öffentlichen Dienst. Frau Adam-Schwitzer: „Das ist sehr teuer. Dann lautet unsere Priorität – als „Steuerentlastungspartei“ um Wählerstimmen werben.“

Die FDP will 1987 nicht nur als Garant der „verlässlichen Außenpolitik“, sondern auch – so die Schatzmeisterin – als „Steuerentlastungspartei“ um Wählerstimmen werben.

# Wird RIAS Fernsehanstalt?

**dpa, Berlin**

Neue Fernsehprogramme werden auch in Berlin in naher Zukunft nicht allein auf die Verbreitung über Kabel angewiesen sein. Ein Sprecher des Bundespostministeriums bestätigte, daß im Stadtgebiet zwei Fernsehkanäle für Antennenempfang geplant seien. Der eine sei für ein Fernsehprogramm des Senders RIAS vorgesehen, der andere „eventuell für private Veranstalter“. Damit wurden Pressemitteilungen bestätigt, wonach die Post im Ortsteil Wannsee die Errichtung von zwei regionalen Fernsehsehdern plane. Ein Sprecher des Berliner Kabelrats erklärte, das Gremium sei mit diesen Plänen noch nicht befaßt worden. RIAS-Intendant Schwy meinte, er stehe solchen Vorstellungen „durchaus positiv“ gegenüber.

# Stiefkind Eliteförderung

**Fortsetzung von Seite 1**

Professor Wilhelm Wierczkowski, Vorsitzender im Organisationskomitee für den Kongreß, bedauerte gestern die „unsachlichen Angriffe“.

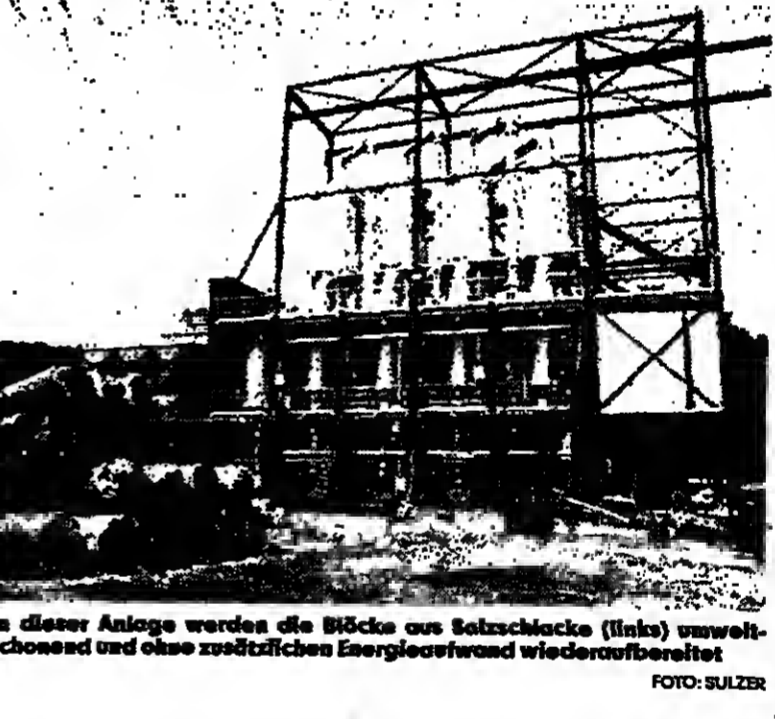
Dabei wird es auf der Tagung unter anderem auch um die biologischen Grundlagen der Intelligenz gehen (Referent: Hans Eysenck aus London) sowie um die „intellektuellen Fähigkeiten und kognitiven Prozesse“ mit den jüngsten neurophysiologischen Erkenntnissen über die unterschiedlichen Abläufe im Hirn bei talentierten oder durchschnittlich begabten Kindern.

Die Kritiker weisen unterdessen die „genetische Begabungstheorie“ zurück und fordern die bessere För-

## NOTIZEN

**Umwelt-Institut**  
 Hannover (DW) – In Anwesenheit des niedersächsischen Wissenschaftsministers Johann-Tünjes Cassens ist am letzten Donnerstag in Hannover der Neubau des Fraunhofer-Institutes für Toxikologie und Aerosolforschung nach fünfjähriger Bauzeit seiner Bestimmung übergeben worden. Das Institut, das sich umfassend mit der Umweltforschung beschäftigt, bietet etwa 200 Wissenschaftlern einen Arbeitsplatz. Die Baukosten von rund 75 Millionen Mark haben je zur Hälfte der Bund und das Land Niedersachsen getragen.

**Schadstoffe in Vögeln**  
 Hamburg (dpa) – Die Schadstoffbelastung der Nordseeküste hat in vielen Gebieten solche Ausmaße angenommen, daß nach einigen



In dieser Anlage werden die Blöcke aus Schmelzschlacke (links) umweltschonend und ohne zusätzlichen Energieverbrauch wiederaufbereitet. FOTO: SULZER

# Zu schade für den Müll

Ein neues Verfahren macht Salz-Rückstände nutzbar

**Von ARNO NÖLDECHEN**

Die Aufarbeitung von Aluminiumschrott wird immer häufiger praktiziert, weil sich dieses wichtige Metall in großen Mengen wiedergewinnen läßt, ohne daß dafür große Mengen elektrischer Energie eingesetzt werden müssen. Die gepressten Aluminium-Blöcke werden dazu in einem Drehofen geschmolzen, von Rückständen befreit und wieder in Metallbarren gegossen. Zum „Läutern“ der Aluminium-Schmelze verwendet die Industrie Natrium- und Kaliumchlorid. Diese Salze verbleiben am Ende des Prozesses in der Schlacke, die in dem Ofen von dem reinen Metall getrennt wird.

Je nach der Größe solcher Aufschmelz-Anlagen fallen beträchtliche Salzschlackemengen an. Wegen ihres hohen Gehaltes an leicht flüchtigen Salzen dürfen diese Abfälle nicht mehr in Deponien abgelagert werden. Sie könnten hier ausgewaschen werden und das Grundwasser verunreinigen. Eine Reihe von kleineren Aluminium-Schrotthütten steht daher vor der Alternative, die Rückgewinnung des Aluminiums entweder aufzugeben oder aber neue Verfahren zur Aufarbeitung der Salzschlacke einzusetzen. Ein dieser Aluminium-Umschmelzwerke wird von der Metallwarenfabrik Stockach betrieben. Hier fallen pro Stunde 3 Tonnen an Salzschlacken an, die nicht mehr auf einer Deponie abgelagert werden können.

In Zusammenarbeit mit der Schweizer Firma Sulzer-Escher Wyss konnte jetzt ein Verfahren entwickelt und erprobt werden, das dieses Pro-

# Ingenieure erforschen alte Gebäude

**URSULA DEGEN, Karlsruhe**  
 Die Universität Karlsruhe hat einen neuen Sonderforschungsbereich (SFB) eingerichtet, zu dessen Präsentation der baden-württembergische Minister für Wissenschaft und Kunst, Professor Helmut Engler, eigens in die badische Landeshauptstadt kam. Erforscht werden sollen Methoden zur „Erhaltung historisch bedeutsamer Bauwerke“. Das in der ersten Phase auf drei Jahre angelegte Projekt wird mit 4,7 Millionen DM von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert.

Sprecher des SFB ist Professor Fritz Wenzel vom Institut für Tragkonstruktionen. Insgesamt sind sieben Universitätsinstitute aus drei Fakultäten und das Landesdenkmalamt an dem Projekt beteiligt. Einmalig dabei ist die Zusammenarbeit zwischen Ingenieuren und Bauhistorikern. Es geht nämlich nicht nur um die wissenschaftliche Begründung für einen nostalgischen Denkmalschutz. Die Wissenschaftler wollen vielmehr die alten Konstruktionsprinzipien erforschen und daraus Methoden zur Stabilisierung der Gebäude entwickeln. Ein Verfahren, das sozusagen aus dem Innern heraus wirkt, soll für den Erhalt des Außenbaus, wie Steinfassaden, Putz und Mauerwerk, stützen sich die Karlsruher auf die Ergebnisse von Kollegen, die auf diesem Gebiet bereits Erfolge vorzuweisen haben.

Bei Konstruktionsuntersuchungen klaffen die Ergebnisse zwischen theoretischen Modellen (bzw. Laborbedingungen) und den Versuchen am realen Objekt meist stark auseinander. Daher ist es nötig, auch konkrete Bauwerke in die Untersuchungen mit einzubeziehen. Eines davon wird die Ludwigsburger Schloß sein. Doch bleiben auch „gewöhnliche“ Häuser und Industriehäuser keineswegs ausgespart, wenn auch ein selbstgesetzter Qualitätsanspruch für „Mittelwertes“ besteht.

Wichtig ist, daß die Ergebnisse auch auf allgemeine Fälle in der Alltagspraxis übertragen sind. Die für diesen Zweck eingesetzte Dokumentationsstelle nimmt im Oktober ihre Arbeit auf. Alle Ergebnisse des SFB werden in Berichten veröffentlicht, doch kann das Wissenschaftlerteam bei gewissen Projekten auch Empfehlungen aussprechen. Als Nebeneffekt d. Untersuchung erhofft man sich, daß mit erhaltenen Baubauwerken in Zukunft bewerteter und verantwortlicher Umgang wird.

هكزان النجوى



## Flexibilität gefragt

J. P. (Paris) - Auch in Frankreich wird Produktivität größer geschätzt. Selbst bei den verstaatlichten Unternehmen sind die Beschäftigten zu mehr Flexibilität bereit. So hat inzwischen der Thomson-Konzern für rund 10 000 Mitarbeiter die Arbeitszeit von gesetzlich 39 auf 35 Wochenstunden reduziert. Er gewährt dafür aber nur insoweit Lohnausgleich als zusätzlich Leistungen erbracht werden, insbesondere in Form von Nacht- und Wochenendarbeit.

Vergessen scheint dabei die soziale Formel, wonach Arbeitszeitverkürzungen äquivalente Neueinstellungen zur Folge haben müssen. Andererseits honorieren die Unternehmen inzwischen wieder stärker individuelle Leistungen. Vor allem die Kader, deren Grundgehälter in den letzten Jahren rechtlich stark geschrumpft waren, werden durch Prämien entschädigt und motiviert. Wer sich dagegen nicht besonders anstrengt, bekommt den Wegfall der Lohn-Freizulassung zu spüren - ausgenommen allerdings die Mindestlöhne.

Jetzt will die Regierung auch die Beamten zu höheren Leistungen anspornen. Das wird aber nicht einfach sein, denn ihre Gehälter sollen im nächsten Jahr nur um durchschnittlich 3,4 Prozent steigen, inflationsbereinigt also wahrscheinlich zurückgehen. Damit hofft die Regierung ein gutes Beispiel für die gesamte Wirtschaft zu geben. Sie riskiert dabei aber statt Flexibilität eher eine Verhärtung der sozialen Fronten.

## Feste Strukturen

Wb. - Das Ergebnis einer Auswertung der Lehrlings-Statistik der Handwerkskammer Rhein-Main lässt sich kurz fassen: Der vielberufene Verdrängungswettbewerb zwischen den Abgängen unterschiedlicher Schulstufen findet praktisch nicht statt. Zwar gebe es kaum einen Beruf, zu dem die Abiturienten bisher keinen Zugang gefunden hätten. Doch ihr Anteil bleibe insgesamt begrenzt, konzentriere sich zudem auf „Modernerne“ wie Optiker, Zahnmediziner oder Fotograf. Der Anteil der Abiturienten an den neuen Lehrverträgen im Handwerk ist zwar 1984 auf 7,9 (8,2) Prozent gestiegen. Aber auch die Hauptschüler legten mit 26,4 (24,8) Prozent deutlich zu, ein Umstand, der die These von der Verdrängung der Hauptschüler widerlegt. Im Gegenteil: Fast jede Berufsgruppe weise ein relativ fest gefügtes Vorbildungsspektrum auf, in dem es nur zu geringen Schwankungen komme. Es scheint, daß im Handwerk der gesunde Menschenverstand immer noch die Oberhand behalten hat.

## AUSSENWIRTSCHAFT / Bangemann auf seiner Asienreise jetzt in Thailand

### Bonn will seine Beziehungen zu den Asean-Ländern deutlich verbessern

Die Bundesregierung beabsichtigt, ihre Beziehungen zu den Asean-Staaten zu intensivieren. Dies hat Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann vor Vertretern der deutschen Wirtschaft in Bangkok erklärt. Es gelte, so sagte Bangemann, den „Rückstand aufzuholen“. Seit Jahren schon weisen in Südostasien ansässige Repräsentanten der deutschen Wirtschaft darauf hin, daß die Regierungen anderer Industrieländer sehr viel mehr zur Unterstützung ihrer im Ausland tätigen Wirtschaft täten.

Bangemann deutete an, daß unter anderem daran gedacht sei, das Netz der deutschen Auslandsbüros in Südostasien auszubauen. Innerhalb der sechs Asean-Länder haben nur Thailand und Indonesien eine Auslandskammer. Gleichzeitig bekräftigt Bangemann sein Festhalten an der Tradition der deutschen Wirtschaftspolitik. Die Bundesregierung werde sich wie bisher auf die Gestaltung von Rahmenbedingungen beschränken. Eine klare Absage erteilte Bangemann auch den Wünschen deutscher Auslandsfirmen, daß Bonn sich an Soft-Loan-Finanzierungen beteilige. Das wäre nichts anderes als Subventionierung.

Bangemann, der sich vom 4. bis 6. August zu Gesprächen in Thailand aufhält, hat vorher die Asean-Mitglieder Singapur und Malaysia besucht. Wie sehr die Thais diesen ersten Besuch eines deutschen Wirtschaftsministers in ihrem Lande schätzen, zeigt sich daran, daß Bangemann am Montag nachmittag zu einer Audienz von König Bhumibol empfangen wurde. Dies ist eine Ehre, die nur solchen Gästen zuteil wird, die als besondere Freunde erachtet werden.

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Mehr als an Handel aber sind die Thais an deutschen Investitionen interessiert. Nach Untersuchungen der Kammer befaßt sich die gesamte Investitionssumme deutscher Firmen auf nur 240 Mill. Mark 86 Mill. Mark sind Direktinvestitionen, der Rest verteilt sich auf Re-Investitionen oder Investitionen, die in Thailand selbst oder über Drittländer finanziert wurden.

In Singapur, Kuala Lumpur und Bangkok hat Bangemann seine Gesprächspartner darauf hingewiesen, daß die einzelnen Asean-Länder für deutsche Investoren um so interessanter würden, je mehr sie untereinander ihre Zölle senkten. In diesem Zusammenhang betonte Bangemann die Entschlossenheit der Bundesregierung, ihren Kampf gegen den Protektionismus fortzusetzen. Dabei hoffe er in der nächsten Gatt-Runde auf die Unterstützung der Asean-Länder. Diese Themen werden auch erörtert werden, wenn am 17. und 18. Oktober die Wirtschaftsminister der EG und der Asean zur Verlängerung des 1980 geschlossenen Asean-EG-Kooperationsabkommens in Bangkok zusammentreffen.

## WELTHANDEL

### Europa setzt weiterhin auf multinationalen Lösungen

HEINZ HECK, Bonn

Als „sehr hilfreich“ wertet das Bonner Wirtschaftsministerium das am 30. Juli verkündete Dreijahresprogramm der japanischen Regierung zur Importreduzierung. Allerdings wird in Bonn und Brüssel nach den Erfahrungen der Vergangenheit mit Vorbehalt nicht gespart. Zum einen handele es sich um Absichtserklärungen, die der Umsetzung bedürften. Zum anderen sei jetzt schon sicher, daß die Regierung in Tokio auch mit der Ausfüllung dieses Angebots noch nicht aus der handelspolitischen Pflicht entlassen sei. Eine abschließende Wertung aus Brüssel ist nicht vor September oder Oktober zu erwarten.

Auch nach der japanischen Ankündigung verlieren die internationalen handelspolitischen Gespräche mit dem Ziel einer neuen Gatt-Runde nichts von ihrer Brisanz. „Die Gefahr, daß in den USA die Sicherungen durchbrechen“, besche angesichts eines Handelsbilanzdefizits von 140 bis 150 Milliarden Dollar im Jahr unvermindert fort, heißt es in Bonn. Gerade Washington dränge daher auf möglichst rasche Lösungen.

Zudem sei eine aggressive Haltung bei der Durchsetzung der nationalen Ziele zu beobachten. In Bonn sieht man ganz klar die Gefahr, daß die USA als Riesenmarkt die eigenen Interessen auch bilateral durchsetzen können und daher nicht in dem Maße wie praktisch jeder andere Handelspartner - auf das multilaterale System des Gatt angewiesen sind. Dies gelte um so mehr, wenn es in Gatt keine Fortschritte für Washington gebe. Dieses „Alibi“ dürfe man den Befürwortern nationaler Lösungen in den USA nicht geben. Wer der amerikanischen Administration den Rücken stärken wolle, müsse auf rasche Entscheidungen im Gatt drängen.

In der EG gibt man sich überzeugt, daß die Vorbereitungskonferenz der hohen Beamten doch noch im September, allenfalls Oktober zustandekommen kann. Die größten Schwierigkeiten kommen aus Lateinamerika unter Führung Brasiliens. Entschieden sei, die Entwicklungsländer, auch die großen Schuldner, davon zu überzeugen, daß die Gatt-Runde auch für sie von Vorteil sei. In der Sache bedeutet das, daß sensible Märkte wie Textilien oder Agrarprodukte nicht ausgenommen werden.

Kommt es zur Vorbereitungsrunde im Herbst, so könnten schon zu Beginn 1986 die Ministerkonferenz und substantielle Verhandlungen folgen. Der internationale Dienstleistungsverkehr ist das neue große Thema für die Gatt-Runde. Das Gatt werde obsolet, wenn es nicht gelinge, auch diesen rasch wachsenden Bereich seines Spielraums zu unterwerfen. Zudem werde damit die Basis für Handelsverhandlungen breiter, und den Vereinfachern des Freihandels in den USA werde der Rücken gestärkt. Zugleich liegen hier allerdings auch die Hauptstreitpunkte mit zahlreichen Entwicklungsländern.

## Entzweite Verbündete

Von WILHELM FURLER, London

Der britische Industrieverband CBI geht mit der konservativen Regierung Thatcher in letzter Zeit nicht eben zimperlich um. Die atmosphärischen Störungen zwischen den beiden Alliierten, die sich noch während der ersten Thatcher-Ära von 1979 bis 1983 bestanden, sind nicht mehr zu übersehen.

Dabei hat der CBI seine heftige Geschlossenheit, seinen Einfluß und sein Selbstbewußtsein eben dieser Thatcher-Administration zu verdanken. Doch zunehmend verbündet sich der Unternehmensverband, so paradox dies auch erscheinen mag, in entscheidenden Fragen mit dem Gewerkschaftsdachverband TUC. Es sind vor allem drei Gebiete, auf denen die beiden Interessengruppen gemeinsame Front gegen Frau Thatcher und ihre Minister machen - auch wenn die Motive nicht unbedingt übereinstimmen: Die Forderung nach mehr staatlichen Investitionen in die Infrastruktur des Landes, die Kritik an der Zins- und Währungspolitik, und seit der vergangenen Woche nun auch die völlige Ablehnung der Regierungsvorschläge für eine Rentenreform.

Schon seit geraumer Zeit fordern die CBI-Verantwortlichen ein Umdenken im Bereich staatlicher Investitionen. Zwar begrüßt der Industrieverband im Gegensatz zum TUC grundsätzlich das Sparprogramm der Thatcher-Administration, doch die konkrete Finanzplanung, wonach die Staatsausgaben bis zum Ende des Finanzjahres 1987/88 real eingefroren werden sollen, hält der CBI für viel zu ehrgeizig.

Mit einem solchen Sparprogramm werde die Infrastruktur des Landes sträflich vernachlässigt. Fortgesetzte Kürzungen der Kapitalinvestitionen hätten nicht nur dazu geführt, daß Großbritannien im Ausbau seiner Infrastruktur dem kontinental-europäischen Standard weit hinterherhinkt, was der Wirtschaft des Landes erhebliche Wettbewerbsnachteile aufbringe; sie hätten sich zu einer rapiden Qualitätsverschlechterung in der bestehenden Infrastruktur geführt.

Die CBI-Führung argumentiert nicht umsonst, wenn sie die Regierung fragt, was wohl Aktionäre von einem Vorstand halten würden, der in ähnlicher Weise tatenlos zusehen würde, wie die Anlagen herunter-

gewirtschaftet werden und verfallen. Ähnlich unverblümt beschuldigt der Industrieverband die Regierungschefin und Schatzkanzler Lawson, aus „Image-Gründen“ die britische Währung auf künstlich hohem Niveau zu halten; die hierzu erforderlichen hohen Zinsen schädigten der britischen Wirtschaft auf der Kostenseite ebenso wie ihr das starke Pfund erhebliche Wettbewerbsnachteile beim Export schaffe.

Und auch beim dritten Streitpunkt schließlich, den Regierungsvorschlägen für weitreichende Veränderungen im Rentensystem, wehrt sich der Unternehmensverband, will nicht anders zu erwarten, gegen Nachteile, die ihm angeblich daraus entstehen würden. Er behauptet, daß mit der beabsichtigten Abschaffung Systeme staatlicher Zusatzrenten nicht nur erhebliche höhere Kosten auf die Unternehmen zukämen, sondern daß auch die Renten selbst inadäquat und unsicher würden.

Der Regierungschefin mögen die schärferen Töne aus dem Verbündeten-Lager befremdlich vorkommen, verunsichern wird sie sich durch sie jedoch nicht lassen. Für sie ist der CBI ein Interessenverband wie jeder andere. Doch andererseits weiß sie sehr wohl, daß eine unfeindliche Koalition zwischen Unternehmerverband und Gewerkschaftsorganisation über kurz oder lang zu einem entscheidenden Störfaktor werden könnte. Und so weit ist es bis zu den nächsten Unterhauswahlen auch wieder nicht.

Schon jetzt ist ein gewisses Einlenken der Regierung in der Zinspolitik nicht zu übersehen. Die Entschlossenheit, mit der inzwischen an die Sanierung verfallener Innenstädte gegangen und mit der etwa das Kanalinsel-Projekt angefaßt wird, läßt auch auf Kompromisse bei der Investitionsbereitschaft schließen. Mit der Rentenreform schließlich wurde noch nicht begonnen. Zwar liegen die Vorschläge auf dem Tisch. Aber über sie läßt sich noch lange und viel diskutieren.

Dies ist kein Abweichen der „Eisernen Lady“ von Regierungskurs. Vielmehr handelt es sich um gewisse Zugeständnisse, die wohl oder übel gemacht werden müssen, sollen die atmosphärischen Störungen verschwinden.

## AUF EIN WORT



Die alte Erfahrung der klassischen Nationalökonomie, daß die Bäume der Kartelle nicht in den Himmel wachsen, hat sich wieder einmal bestätigt. Der Opec-Anteil an der Weltförderung ist auf ein Drittel gesunken. Eigenartigerweise hat dies keiner der zahlreichen Prophezen von 1979/80 vorausgesehen.

Dr. Klaus Marquardt, Vorsitzender des Vorstandes der AFA AG, Bochum.  
FOTO: JUPP DARC-INGER

## ERP-Programm wird aufgestockt

HH, Bonn

Im ERP-Wirtschaftsplan 1986, den das Kabinett morgen verabschiedet, wird der Regierungsbeschluß vom 1. Juli konkretisiert, zusätzliche zinsgünstige ERP-Darlehen zur Behebung der Baufälligkeit und der Beschäftigungsbereitschaft. Die ERP-Förderung wird gegenüber 1985 um rund eine Milliarde auf 4,4 Milliarden Mark erhöht. Eine weitere Aufstockung soll 1987 folgen. Die Ansätze für die Umweltschutz (Abwasserreinigung, Luftreinhaltung, Abfallbeseitigung) werden 1986 mit 1,18 Milliarden (1985: 490 Millionen) Mark dotiert. Für die Berliner Wirtschaft steigen 665 (625) Millionen Mark bereit. Hinzu kommen 600 (560) Millionen Mark für die Finanzierung von Investitionen in Berlin.

## AUFTRAGSEINGANG

### Die Auslandsnachfrage ist im Juni zurückgegangen

HEINZ HECK, Bonn

Der lang anhaltende Exportboom der deutschen Industrie hat im Juni eine Pause eingelegt. Wie das Bundeswirtschaftsministerium gestern mitteilte, gingen die Auftragsgänge im verarbeitenden Gewerbe nach noch vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes von Mai auf Juni preis- und saisonbereinigt um zwei Prozent zurück. Dabei nahmen die Inlandsbestellungen um ein Prozent zu, während die Auslandsnachfrage um 5,5 Prozent zurückging.

Im Zweimonatsvergleich (Mai/Juni) gegenüber März/April, der kurzfristige Schwankungen glättet, ergibt sich ein Auftragsplus von einem Prozent. Dahinter stehen ein Anstieg der Inlandsaufträge um 1,5 Prozent und ein Rückgang der Auslandsbestellungen um gleichen Ausmaß.

Gegenüber dem Vorjahr hat der Auftragsgang in den Monaten Mai/Juni dem Volumen nach um 7,5 und dem Wert nach um 10,5 Prozent zugenommen.

Dabei wird auch der gewaltige Exportanstieg deutlich: Die Auslandsordnungen nahmen binnen Jahresfrist um 11,5 (Volumen) und 15,5 Prozent (Wert) zu, die Inlandsbestellungen um fünf und acht Prozent.

Die höchsten Steigerungsraten verzeichnete das Investitionsgütergewerbe mit 14 und 17 Prozent. Das Wirtschaftsministerium erinnert daran, daß gerade hier die Nachfrage aus dem In- und Ausland vor einem Jahr unter dem Einfluß der Arbeitskämpfe in der Metallindustrie vorübergehend stark zurückgefallen sei. Die schwächste Entwicklung ist im Verbrauchsgütergewerbe mit null (Volumen) und drei Prozent (Wert) zu beobachten.

## LASTENAUSGLEICHSBANK

### Im ersten Halbjahr weniger Gründungshilfen bewilligt

HEINZ STÜWE, Bonn

Die Nachfrage nach öffentlichen Existenzgründungshilfen hat sich vermindert. Im ersten Halbjahr 1985 wurden 6300 zinsgünstige ERP-Kredite für Neugründungen und Betriebsübernahmen bewilligt. Das waren 2350 weniger als im Vorjahreszeitraum. Das Volumen der Neuzugänge verminderte sich von 451 auf 309 Mill. Mark, teilte die Lastenausgleichsbank (LAB) in Bonn auf Anfrage mit. Auch bei der Eigenkapitalhilfe (Darlehen bis 20 Jahre) Laufzeit, davon zehn tilgungsfrei) reduzierte das bundeseigene Kreditinstitut einen Rückgang von knapp 5000 auf 4300 Bewilligungen über 208 (237) Mill. Mark.

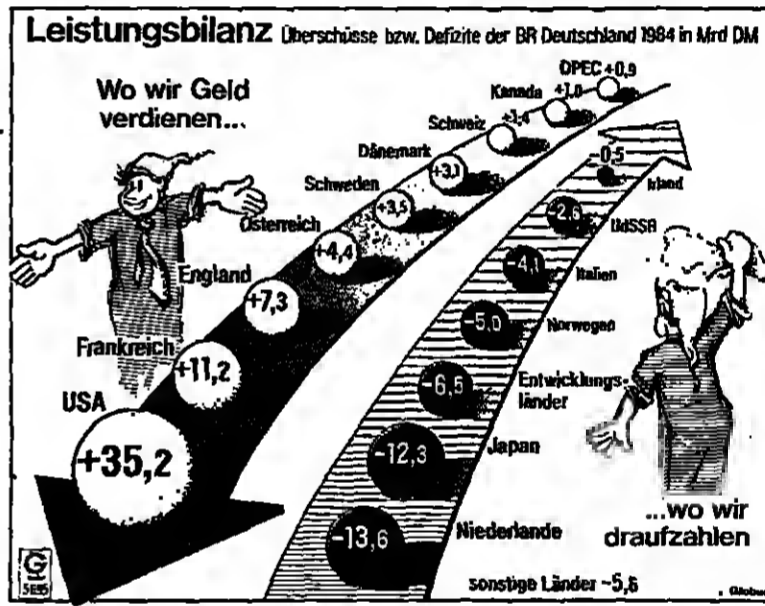
Diese Zahlen wertete ein Sprecher der Bank als „Normalisierung“ gegenüber der sprunghaftem Steigerung in den beiden Vorjahren. Insgesamt bewilligte die LAB in den ersten

sechs Monaten des Jahres 12 100 (14 950) Kredite und Bürgschaften für Existenzgründer. Darin sind jedoch Doppelzählungen enthalten. So nehmen etwa zwei Drittel der ERP-Darlehen auch Eigenkapitalhilfe in Anspruch.

Eine derart weitgehende öffentliche Hilfe erfordert eine sorgfältige Prüfung der Qualifikation des Gründers, heißt es im Geschäftsbericht des Instituts. Es seien auch häufiger Förderanträge abgelehnt worden, wenn Angebotsstruktur und Konkurrenzsituation, die Bestandfestigkeit der Gründung nur sehr bedingt erwarten ließen.

Der pauschalen Kritik an den Gründungsinterventions stellt die LAB Zahlen über die geringe Ausfallquote der Geförderten gegenüber. So seien von den 1979 mit Eigenkapitalhilfe unterstützten Neugründungen erst 5,4 Prozent gescheitert.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Bundesrepublik hat 1984 im Ausland 17,8 Milliarden Mark verdient. Dieser Betrag - der Überschub der Leistungsbilanz - bleibt übrig, wenn man von den 64,5 Milliarden Mark Exportüberschub Zahlungen im Dienstleistungsverkehr und Übertragungen abzieht. Zu den Abzugsbeträgen gehören beispielsweise die Reiseausgaben im Ausland, die Überweisungen der Gastarbeiter in ihre Heimatländer und die Entwicklungshilfe.

## Geringer Überschub

Frankfurt (VWD) - Saisonbereinigt betrachtet schloß die Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland im Juni 1985 mit einem Überschub, teilt die Deutsche Bundesbank mit. Ohne diese Bereinigung hätte sich für den Berichtsmonat eine geringes Defizit von 0,6 Mrd. DM ergeben nach einem Überschub von 6,1 Mrd. DM im Vormonat. Die leichte Passivierung der Leistungsbilanz im Juni verursachte die Dienstleistungsbilanz. Hier wurde aus einem Überschub von 1,9 Mrd. DM im Mai ein gleich hohes Defizit im ersten Halbjahr 1985 schloß die deutsche Leistungsbilanz mit einem Überschub von 14,945 (4,404) Mrd. DM, nach Saisonbereinigung der Bundesbank mit einem Aktivsaldo von rund 16 Mrd. DM. Die Zahlungsbilanz weist für Juni 1985 einen Überschub von 1,364 Mrd. DM auf. Bereits der Vormonat hatte einen positiven Saldo von 2,582 Mrd. DM. Die Nettoauslandsaktiva der Bundesbank stiegen im Juni um 745 Mill. DM nach einer Erhöhung um 1,425 Mill. DM im Mai 1985.

gebilligt werden. Bei einer für heute erwarteten Sonder Sitzung des EG-Ministerrates zeichnet sich innerhalb der Gemeinschaft ein ererbtes Tauziehen um deutsche Röhrenlieferungen ab, die indirekt mit der bevorstehenden EG-US-Einigung verbunden sind. Die zwischen EG-Kommissar Willy de Clercq und dem US-Handelsbeauftragten Clayton Yeutter erzielte Einigung betrifft 16 sogenannte Konsultationsprodukte, beispielsweise Drähte und Bleche. Demnach sollen die Jahresausfuhr 475 000 Tonnen nicht übersteigen. Für den Rest des Jahres werden der EG fünf Zwölfel der Jahresquote (also 191 000 Tonnen) zugestanden. Nicht mitgezählt werden die bisherigen Lieferungen. Sie betragen bis Mai 366 551 Tonnen. Insgesamt dürfte die EG damit voraussichtlich mehr liefern als im letzten Jahr (632 000 Tonnen).

## Iri demittiert

Mailand (dpa/VWD) - Die italienische Staatsholding Iri hat Pressemitteilungen demittiert, wonach derzeit Verhandlungen mit der italienischen Finanzgesellschaft Techint über den Verkauf eines Minoritätsanteils des Automobilunternehmens Alfa Romeo SpA (Mailand) im Gange seien. Alfa Romeo-Präsident Ettore Massacesi hingegen bestätigte, daß die Aktionäre der Gesellschaft, der Staatsholding Iri und deren Bereichsholding Finmeccanica demnächst seien, die schwierigen Probleme des Automobilunternehmens zu lösen. In diesem Zusammenhang betonte Massacesi, daß Gespräche bereits mit „zahlreichen potentiellen Partnern“ stattgefunden hätten. Unter anderem sei Alfa Romeo gegenwärtig dabei, dem US-Konzern General Motors die Daten des Unternehmens zu unterbreiten.

## Anleihe der Commerzbank

Frankfurt (DW) - Die Commerzbank befragt am Euromarkt eine fünfjährige Anleihe in australischer Währung durch die Commerzbank Overseas Finance N. V., Curaçao. Die Emission über 30 Mill. Austral-Dollar hat einen Zinssatz von 12 1/2 Prozent und wird zu 100 Prozent begeben. Garantiert wird sie durch die Luxemburger Commerzbank-Tochter Commerzbank International S. A.

## EG-Verfahren gegen Paris

Brüssel (VWD) - Die EG-Kommission hat nach eigenen Angaben gegen Frankreich ein Untersuchungsverfahren im Zusammenhang mit einem Beihilfeprogramm für die französische Wertindustrie eingeleitet. Nach dem in Brüssel im Juni dieses Jahres angekündeten Plan will Paris unter anderem Zuschüsse gewähren, die je nach Umfang des Schiffbauprojekts zwischen zehn und 30 Prozent der Auftragssumme decken sollen. Die EG-Behörde hat gleichzeitig ein aus dem Jahr 1984 stammendes Wertprogramm Frankreichs genehmigt, das insbesondere Umstrukturierungsprämien enthält. Diese Interventionen stünden mit den Subventionsregeln des Sektors im Einklang.

## Einigung im Stahlstreit?

Brüssel (dpa/VWD) - Die EG-Kommission und die US-Regierung haben sich gestern grundsätzlich über Beschränkungen für die Lieferung von 16 Stahlzeugnissen aus der Europäischen Gemeinschaft in die USA geeinigt. Der Kompromiß muß noch von den Regierungen der EG-Länder

## ZAHLUNGSMORAL

### Die vereinbarten Termine werden häufig überschritten

os, Bonn

Die Zahlungsmoral der deutschen Wirtschaft sinkt wieder. Nur noch 60,3 Prozent der Unternehmen beglichen im zweiten Quartal dieses Jahres pünktlich ihre Verpflichtungen. Trotz deutlicher Wachstumsimpulse erhöhte sich somit der Anteil säumiger geliebener Unternehmen um einen Prozentpunkt gegenüber dem ersten Quartal. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Umfrage der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers in Frankfurt.

Die mangelnde Zahlungsmoral ist laut Schmelzberg erstaunlich, da das Geld derzeit flüssig sei. Seit 1979 seien Kontokorrentkredite - häufige Finanzierungsmittel im Warenverkehr - nicht mehr unter zehn Prozent Zins gewährt worden.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erklärt sich das Phänomen mit dem hohen Realzins, der aufgrund niedriger Inflationsraten gestiegen sei. Mehr als ein Fünftel aller Unternehmen überschritten die vereinbarten Termine bis zu zwei Monaten. 6,9 Prozent verzögerten ihre Zahlungen um mehr als 60 Tage. Den restlichen 3,1 Prozent der Firmen standen gar Mahnbescheide, Wechselproteste und Insolvenzverfahren ins Haus.

Eine positive Entwicklung zeichnete sich lediglich bei der Industrie und dem Handwerk ab. Während die Zahlungsbereitschaft in diesen Wirtschaftszweigen leicht anstieg, verzeichneten Dienstleistungsbetriebe und Großhandelsfirmen drastische Rückgänge. Die schlechte Lage im Baugewerbe wird auch in schleppenden Zahlungsverhalten sichtbar. Weniger als die Hälfte aller Baunternehmen regulierten ihre Schulden wie vereinbart.

## EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Neue Vorschläge zur Handelspolitik

### Brüssel will Marktzugang erleichtern

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG will den Marktzugang für Erzeugnisse aus der Dritten Welt weiter nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Entwicklungsländer differenzieren. In ihren Vorschlägen für die Allgemeinen Zollpräferenzen der Gemeinschaft im kommenden Jahr regt die Brüsseler Kommission daher neben deutlichen Verbesserungen für die besonders bedürftigen Ländereisen auch die Rücknahme von Handelszöllen zwischen einigen Staaten an, die inzwischen wettbewerbsfähig geworden sind.

Vorgesehen ist zunächst eine wert- bzw. mengenmäßige Anpassung der gegenwärtigen zollfreien Kontingente und Einfuhrplafonds für Industriezeugnisse (ohne Textilien) unter Berücksichtigung der tatsächlichen Handelsströme. Dies wird nach Darstellung der Kommission außer bei Stahlzeugnissen beträchtliche Auf-

stockungen ermöglichen. Dem Beitritt Spaniens und Portugals soll durch eine zehnprozentige Erhöhung des Präferenzangebots Rechnung getragen werden. Es wird sich 1986 rechnerisch von 18 auf 19 Milliarden Ecu (42,6 Mrd. DM) vergrößern.

Eine generelle Verbesserung des Marktzugangs der ärmsten Entwicklungsländer (vor allem in Asien und Lateinamerika) wird durch die geplante Rücknahme von 19 Erzeugnissen aus der Liste der sogenannten empfindlichen Erzeugnisse und eine erhebliche Verminderung der Länder-einzelkontingente angestrebt. Bei 28 Produkten aus den „Schwellenländern“ Hongkong, Südkorea, Brasilien und Singapur will die Kommission Zollzugeständnisse zurücknehmen. Diese Länder haben für die betroffenen Erzeugnisse eine Marktdurchdringungsquote von 20 Prozent der Gemeinschaftseinfuhren erreicht.

Bei Textilien, einem besonders

„neutralen“ Bereich, schlägt die EG-Exekutive nur eine lineare Anhebung aller Plafonds um 1,42 Prozent vor, um der Vergrößerung des Marktes durch die Siderweiterung und der Einbeziehung von Costa Rica und Argentinien in das Präferenzsystem Rechnung zu tragen. Für nicht unter das Multifaserabkommen fallende Erzeugnisse beläuft sich der Vorschlag auf eine lineare Anhebung um 3,19 Prozent.

Nur bei fünf kontingentierten landwirtschaftlichen Produkten sieht Brüssel eine Anpassung der bisherigen Höchstquoten vor. Auf besonderen Wunsch Südamerikas sollen ferner fünf neue Erzeugnisse (unter anderem Spargel, Mandarinen und Forellen) in die Präferenzregelung eingeschlossen werden. Insgesamt gewährt die EG damit im Agrarbereich immerhin eine Ermäßigung der Eingangszölle für nahezu 400 Produkte.



DEBENHAMS / Burton kontrolliert die Kaufhaus-Kette

Übernahme-Kampf beendet

WILHELM FURLER, London
Eines der härtesten Übernahmegefechte, das London erlebt hat, ist geschlagen. Debenhams, eine der bekanntesten britischen Kaufhausketten, wird seit dem Wochenende von der noch jungen Ladenkette Burton kontrolliert.

GROSSBRITANNIEN / Die vier Großbanken legen gute Halbjahres-Ergebnisse vor

Wieder Freude selbst beim Sorgenkind

WILHELM FURLER, London
Die vier großen britischen Geschäftsbanken haben allesamt sehr zufriedenstellende Halbjahresergebnisse vorlegen können. Etwas enttäuscht regierte die Londoner City eigentlich nur über die Ergebnisvorlage der zweitgrößten Clearing Bank unter den "top four".

FRANKREICH / Neue Freiheit am Kapitalmarkt

Weniger Hilfestellung

JOACHIMSCHAUFUSS, Paris
Die behördliche Reglementierung der Anleiheemissionen ist in Frankreich gelockert worden. Ihrem Betrag und dem Zeitpunkt nach bedürfen sie zwar weiterhin der Genehmigung des Wirtschafts- und Finanzministeriums.

APOLLO / Vorsprung mit neuem europäischen Projekt

Archive via Satellit angezapft

W. HADLER, Brüssel
Eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit am Apollo-Projekt haben die EG-Kommission und die Europäische Weltraumorganisation ESA unterzeichnet. Ziel des Projekts ist die Entwicklung und Erprobung eines Systems für die elektronische Zustellung von Schriftstücken (Faksimile) über digitale Satellitenverbindungen.

In Niedersachsen wird mehr investiert

Fehlbetrag durch Beitragssenkung

W. K. Hammover
Die Vereinigung der sieben niedersächsischen Industrie- und Handelskammern sieht die Wirtschaft zwischen Nordsee und Harz weiterhin im Aufwind. Nach einem Bericht über das zweite Quartal 1985 haben 78 Prozent der rund 2700 befragten Betriebe aus Industrie und Handel die augenblickliche Geschäftslage als befriedigend oder gut bezeichnet.

Italien: Falck baut Arbeitsplätze ab

Arbeitsplätze ab

Das größte private Stahlunternehmen Italiens, die Firma Falck S. p. A. in Mailand, will bis Ende 1986 2100 seiner jetzt 6700 Arbeitsplätze aufgeben, davon 1300 noch im Laufe der kommenden Herbstmonate.

Polen / Der private Sektor ist erheblich gewachsen

Nur Randerscheinung

JOACHIM G. GÖRLICH, Köln
Polens Privatsektor - die Privatbauern nicht mit eingerechnet - ist in den letzten beiden Jahren um jeweils zehn bis zwölf Prozent gewachsen, berichtet die polnische Untergrundzeitung "Tygodnik Mazowski".

ÄGYPTEN / Schuldenverhandlungen mit Moskau

Handel macht Probleme

PETER M. RANKE, Kairo
Ägyptische und sowjetische Fachleute haben sich noch immer nicht über die Rückzahlung alter ägyptischer Schulden in Höhe von rund vier Milliarden Dollar einigen können, die aus sowjetischen Lieferungen von Waffen und Industriematerial in den sechziger und frühen sebziger Jahren aufgelaufen sind.

ARGENTINIEN / Gewerkschaften und Arbeitgeber klagen über Restriktionskurs

Bewährungsprobe für die Regierung

WERNER THOMAS, Buenos Aires
Fast zwei Monate nach der Behandlung der argentinischen Wirtschaftsmalaise durch eine radikale Schocktherapie ("el shock") naht für die Alfonsín-Regierung die Stunde der Wahrheit. Sie muß entscheiden, ob sie den Patienten die bitteren Pillen noch lange verabreichen oder schon bald absetzen soll.

NAMEN

Michael von Bartenwerffer wurde zum Vorsitzenden der Wirtschaftsunionen Essen, der Arbeitsgemeinschaft Junger Unternehmer bei der Industrie- und Handelskammer Essen, Mülheim a. d. Ruhr, Oberhausen, gewählt.

FINANZANZEIGE

LASTENAUSGLEICHSBANK
ANSTALT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS BONN-BAD GODESBERG
Finanzierungshilfen an kleine und mittlere Unternehmen
- für gewerbliche Existenzgründungen
- für besseren Eigenkapitalausstattung

Versteigerung
von ausgesuchten landesweiten Kraftfahrzeugen
32 VW Polo, Golf, Scirocco, Passat, Kombi, 191
34 Ford Granada
17 Opel (Kadett, Ascona, Rekord, Senator)

Kfz-Betriebe oder Tankstellen
zu Ihren Kunden gehören, sollten Sie sich über eine überdurchschnittlich lukrative Vertretung informieren.
Cash Card GmbH
Hans-Urmiller-Str. 8, 5150 Wülfrathhausen

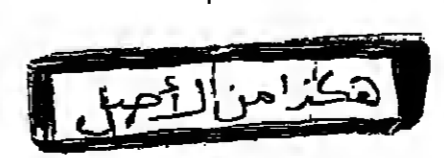
LASTENAUSGLEICHSBANK
BILANZZAHLEN 1984 Mio DM
Bilanzsumme 12 392,8
Forderungen an Banken 6 437,1

Wir suchen freie Kapazitäten
Arbeitsgebiet: Maschinenbau
Maschinenkapazitäten für den Zeitraum: Dez. 85 - April 86
- Drehen ca. 5000 h
- Bohren ca. 8500 h

Achtung, Kapitalanleger!
Hohes Risiko bei der Auszahlung von Video-Gewinnanteilen, Sponsoring & Lotterien
Geschäftsidee gesucht!
Wir kaufen oder beteiligen uns, wenn Sie eine einfache neue Idee oder eine fundamentale Innovation gleich welcher Art haben, die erfolgreich vertrieben werden kann.

Neuwertige Tragfluthalle
von Barzbar zu kaufen gesucht.
Tel. 61 85 / 20 71

Auktionshaus in Berlin frei
Auktionshaus Wille
Händlerystr. 1, 1000 Berlin 41
Tel. 030 / 7 73 31 94









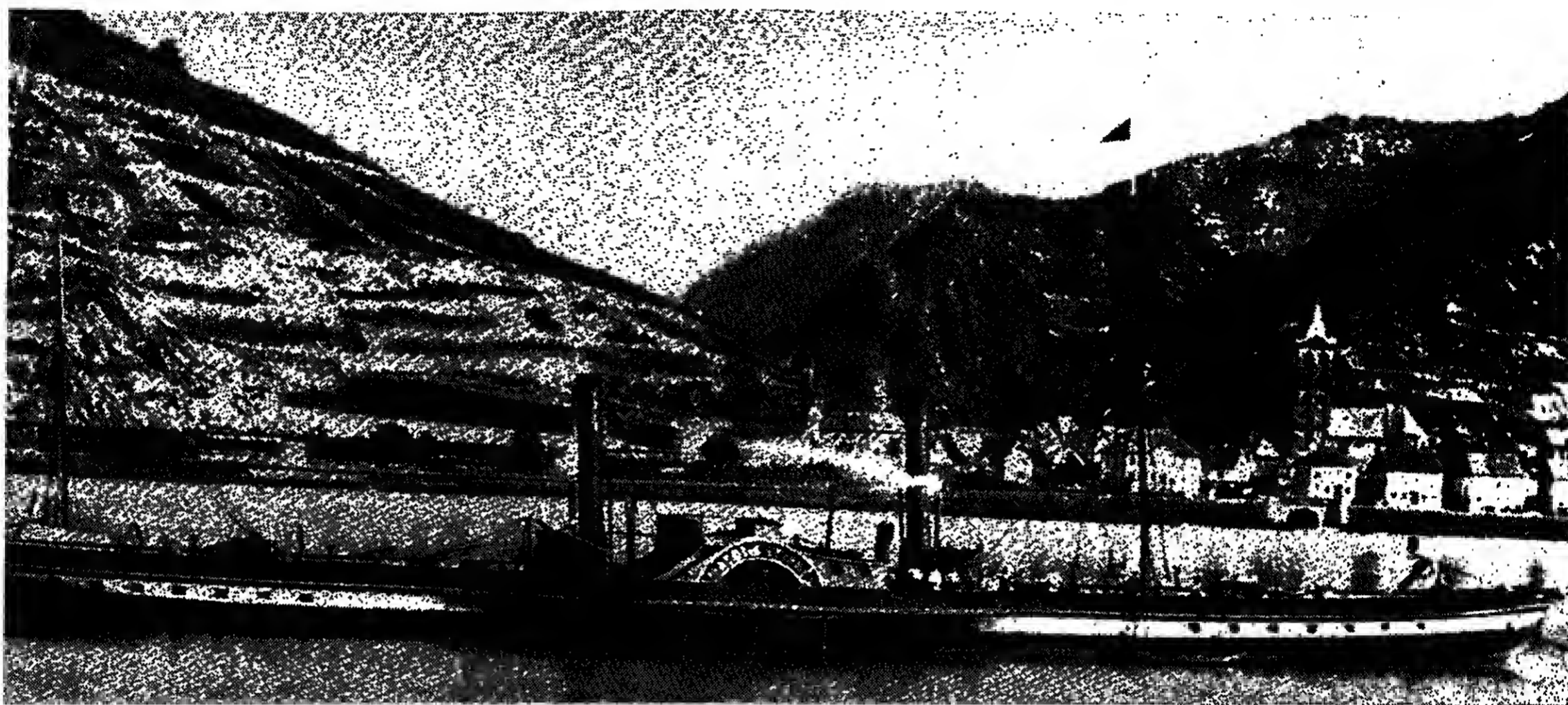




VEBA. Faszinierende Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte.

# Schiffe mit Rädern.

Über Stinnes.



**P**ioniertaten verändern die Welt – für die klassische Innovationstheorie ist die Einführung der Dampf-Schleppschiffahrt auf dem Rhein ein hervorragender Beweis.

Der Pionier: Mathias Stinnes; ein Mülheimer Kaufmann, der Mitte des vergangenen Jahrhunderts als erster die bis dahin üblichen Zugpferde durch dampfgetriebene Schlepper ersetzte. Und der als einer der ersten die Vorteile erkannte, die im Verbund von Handel und Verkehr in einem Unternehmen lagen.

Unter den Nachfolgern von Mathias Stinnes war es Hugo Stinnes, der Enkel, der den Gedanken der Verbundwirtschaft zur Perfektion entwickelte. Er baute zu Beginn dieses Jahrhunderts das größte Wirtschaftsimperium seiner Zeit auf. Sein Engagement in der Politik und sein frühzeitiger Einsatz für einen sozialen Frieden zwischen Unternehmern, Arbeitern und Gewerkschaften gilt noch heute als beispielhaft.

Nach einer wechselvollen Geschichte – Überführung des Konzernvermögens nach USA, Beschlagnahme durch die US-Regierung während des zweiten Weltkrieges, Rückführung des Konzerns nach Deutschland Ende der 50er Jahre, Übernahme durch VEBA 1965 – entwickelte sich das Unternehmen schließlich unter dem Dach der VEBA zu einem der

größten Handels- und Verkehrsunternehmen Europas.

Damit hat sich die Idee von Mathias und Hugo Stinnes – die Entwicklung eines umfassenden und starken Dienstleistungsunternehmens – bis zum heutigen Tag als erfolgreich erwiesen. Der Handel mit Brennstoffen, Baustoffen, Chemierzeugnissen, Erzen und Mineralien sowie Spedition und Lagerei, Schifffahrt und Häfen und verschiedene Dienstleistungen – all dies ist heute unter dem STINNES-Dach vereinigt.

Durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Bereiche sind durchgehende, leistungsfähige Verbindungen entstanden, die vom Produktionsort bis zur Haustür des Kunden in In- und Ausland reichen.

Wenn Sie mehr über Handel, Verkehr und andere Aktivitäten der VEBA wissen möchten, schreiben Sie uns: VEBA AG, Karl-Arnold-Platz 3, 4000 Düsseldorf 30.

VEBA Heute.

ELEKTRIZITÄT	CHEMIE	HANDEL&VERKEHR	MINERALÖL
Vebs Kraftwerke Ruhr AG Gelsenkirchen	Hils AG Marl	Stinnes AG Mülheim/Ruhr	Vebs Öl AG Gelsenkirchen
	Baumwerke Hils GmbH Marl	Brenntag AG & Co. Mülheim/Ruhr	Ruhr Öl GmbH Gelsenkirchen
Preussische Elektrizitäts-AG Hannover	Deutsche Hefewerke GmbH Hamburg	Rhenus AG Dortmund	Raab Karber AG Essen
Northwestdeutsche Kraftwerke AG Hamburg	Röhm GmbH Chemische Fabrik Durststadt	Mildgard Dt. Seeverkehrs-AG Nordenham	Aral AG Bochum
Hann.-Breitenschw. Stromversorgungs-AG Hannover	Phenolchemie GmbH Gladbeck	Stinnes-Treff AG & Co. Stuttgart	Deminox-Dt. Erdölverarbeitungs-AG, mbH Essen
Schlesweg Aktiengesellschaft Rendsburg	Nuodex New Jersey		Mark Producing
Thüringer Gas Aktiengesellschaft München		SONSTIGE	
Braunschweigische Kohlen-Bergwerke Helmstedt	Vebs Wohnungswirtschaft	Vebs-Glas AG Essen	Ruhrkohle AG Essen

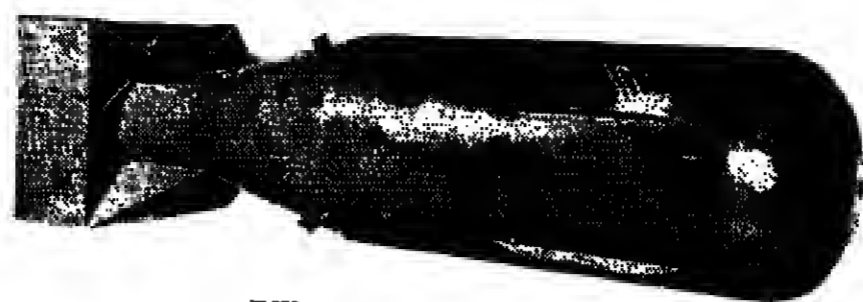
Die VEBA hat mit ihren 76.800 Mitarbeitern im Jahre 1984 einen Konzernumsatz von 49,6 Mrd. DM erzielt. Neben der Bundesrepublik Deutschland (30%) sind rund 600.000 Aktionäre am Kapital der Gesellschaft beteiligt. Durch ihre Größe und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung ihrer Aktivitäten ist die VEBA ein Kernstück deutscher Volkswirtschaft.

# VEBA









Hiroshima, 6. 8. 1945:

**Heute  
um 8.16 h  
wurden  
120.000  
Menschen  
umgebracht.**

Vielleicht möchten Sie 10 Sekunden über das nachdenken, was heute vor 40 Jahren in Hiroshima geschah. Und in der neuen Stern-Serie nachlesen, wie es dazu kam. Und warum wir heute die erste A-Bombe millionenfach haben.





# Boris Becker (und sein Team), Ralf Lübke, Paul Schockemöhle - die große Freude über große Erfolge

In einem Interview mit der WELT feiert Dr. Claus Stauder, der Präsident des Deutschen Tennis-Bundes (DTB), den 3:2-Sieg der deutschen Mannschaft über die USA als „einen der größten Tage für Deutschlands Tennis“. Am Sonntag verlor Hansjörg Schwäuer mit 4:6, 6:2, 7:5, 4:6, 2:6 gegen Eliot Teltscher. Dann holte Boris Becker mit 6:2, 6:2, 6:1 über Aaron Krickstein den entscheidenden Punkt zum 3:2. An diesem Tage wurde Becker dennoch knapp besiegt - im Fernsehen von „Tageschau“ (18,94 Millionen Zuschauer) und der ZDF-Serie „Hotel“ (15,64), 12,46 Millionen sahen in der Zeit von 17.55 bis 20.01 Uhr zu, als Becker spielte. Eine gewaltige Zahl für eine Sportübertragung, in der es nicht um Fußball geht. Inzwischen hat der Kampf deutscher Städte um die Ausrichtung des Halbfinals begonnen. Ab 4. Oktober spielt das deutsche Team gegen die CSSR mit Ivan Lendl. Gestern bestellten 500 Anrufer bei der Geschäftsstelle des DTB in Hannover bereits 3000 Karten, ohne überhaupt zu wissen, wo dieses Spiel stattfinden wird.

Der deutsche Sieg über die USA findet international große Beachtung. Im Mittelpunkt steht immer wieder Boris Becker. „Franca Soli“ schreibt: „Angeführt von ihrem mörderischen Champion Boris Becker entdecken die Deutschen noch einer langen Letztgalerie wieder das Tennis.“ Und die französische Sport-Zeitung „L'Equipe“: „Danke eines Super-Bum-Bum-Becker hat die Bundesrepublik die USA ausgeschaltet. Deutschland lud den Lichterhock. Die Becker-Manie hat das Land in kurzer Zeit ergriffen.“ Die Londoner „Times“: „Becker spielt ein erleuchtetes Tennis. Alles, was er versucht, gelang ihm. Er produzierte jeden Schlag, den man in den Tennis-Büchern finden kann, und einige, die es dort überhaupt nicht gibt. Es war eine Leistung, die die ekstatische Menge in Bonn hielt.“ Und der „Corriere dello Sport“ aus Rom: „Der Tennissport begann langsam zu werden. Becker, der Mann am Netz, der fliegende Mann, hat das Schauspiel wieder schmuckhaft gemacht. Der Drache McEnroe wartet an der Straßenecke.“

## Noch besser als beim Wimbledon-Sieg

Ein berauschendes Tennis-Fest ist am späten Sonntagabend am Hamburger Rothenbaum zu Ende gegangen. Deutschlands Daviscup-Spieler besiegten zum ersten Mal die USA. Was nach wichtiger erscheint: das deutsche Sport-Publikum hat sich mit den Stars identifiziert, eine Einheit gebildet. Der Respekt gilt dabei dem gesamten Team, das sich um den deutschen Tennissport verdient gemacht hat. Also auch Hansjörg Schwäuer, der vorher kaum zur Kenntnis genommen wurde. Also auch Andreas Maurer, der an der Seite von Boris Becker das weitbeste Doppel an den Rand einer Niederlage brachte.

Es erübrigt sich dabei, über dieses letzte Match gegen Krickstein einen Spielbericht zu erstellen. Zu überlegen agierte der 17-Jährige auf dem

der besten Sandplatzspieler der Welt“ (Ashe), kostenlosen Unterricht erteilte. Und das alles nach einer erneuten Nervennarbe vor seinem alles entscheidenden Spiel. Sechsmal mußte sich Becker wegen der Regenspaußen in der Garderobe neu aufwärmen. Am Ende spielte er vor lauter „Kribbeligkeit“ (Trainer Bosch) Volleys gegen die Garderobewand. Doch Druck macht den Wimbledon-Sieger offensichtlich nur stärker. Der Präsident der International Tennis-Federation, Philipp Chatrier, der an allen drei Tagen in Hamburg war, setzte noch eins drauf. „Boris ist schon heute ein Champion. Ich glaube sogar, daß er in diesem Jahr bei den US-Open in Flushing Meadow gewinnen kann.“

### STANDPUNKT

Centre Court, er spielte genau im richtigen Zeitpunkt den richtigen Ball zum Punktgewinn. Im Boxsport wäre es nach der ersten Runde, also hier nach dem ersten Satz, angerechnet gewesen, daß US-Kapitän Arthur Ashe das Handtuch zum Zeichen der Aufgabe wirft. Hier stand ein Balken zwischen dem weißen Linien, der Krickstein, „einem

Und dennoch ragt einer heraus, Boris Becker. Was er in seinem abschließenden, entscheidenden Einzel gegen Aaron Krickstein bot, stampelt ihn schon heute zu einer Ausnahmeerscheinung. Innerhalb

## Das so erfolgreiche Spiel mit der Kraft

**KLAUS BLUME, Stuttgart**

Da war ja auch die Frage: Wie verkräftet das einer mit 207 Sechsis Starts in drei Tagen, vier davon am Sonntag zwischen zwölf Uhr mittags und halb sechs am späten Nachmittag. Härteprüfung nennen die Leichtathleten das. Ralf Lübke bestand sie bei den deutschen Meisterschaften im Stuttgarter Neckarstadion gewissermaßen mit Auszeichnung.

„Er ist ja ganz gut trainiert“, unterteilt sein Heimtrainer Bernd Knut bei der Erklärung dessen, was sich zugefallen hat. Und: „Da war ich mir sicher, daß Ralf das von der Physik her schaffen würde.“ Manfred Kinder, der Bundestrainer der 400-m-Läufer, sagt: „Solche Sachen wie Harald Schmid kann Lübke heutzutage auch schon durchhalten.“ Zur Erklärung: 1979, beim Europacup-Finale in Turin, absolvierte Schmid innerhalb von 59 Minuten die überaus kräftezehrenden Rennen über 400-m-Hürden und über 400 Meter.

Lübke, der Superstar jubeilte gestern der Kölner „Express“, nachdem der Leverkusener bei seinem ersten großen 400-m-Rennen hinter Erwin Skamrahil in ausgezeichneten 45,06 Sekunden Zweiter geworden war, nachdem er den Meistertitel über 200 m in der europäischen Jahresbestleistung von 20,38 Sekunden gewonnen hatte und oben drein als Schlußläufer der Leverkusener 4 x 400-m-Staffel siegte.

Wie verkräftet man so etwas? „Knappt und zufriedent“, sagt die Weitspringerin Anke Weigt, Lübkens Freundin. „Indem man zwischen durch einfach einmal abschaltet, sich entspannt, und - wie beim Essen am Samstagabend - mal nicht über Leichtathletik spricht.“ sagt seine Mutter. Und der Trainer? „Am schwierigsten war am Samstag die Zeit von sieben Uhr morgens bis zum 400-m-Finale am Nachmittag. Denn da waren die großen Namen der anderen Konkurrenz. Wie damit fertig werden? Er hat oft darüber gesprochen, denn er war nervös. Doch damit mußte er allein fertig werden.“

Lübke wurde es, aber dann kam die Serie der 200-m-Läufe am Sonntag. „Er wollte unbedingt 200 Meter laufen, und er wollte nicht nur mitlaufen, er wollte gewinnen“, sagt Knut. Lübke gewann - in 20,38 Sekunden, eine Hundstertel sekunde zum deutschen Rekord des Kornwestheimers

Jürgen Evers. Knut: „Das war nicht sein letztes Wort, er kann noch mehr.“ Wobei anzumerken ist, daß Knut, der ehemalige Zehnkilosler, alles andere als ein Freund leichtfertiger Andeutungen ist. Knut, als ruhiger, besonnener und sorgfältiger Trainer hochgeschätzt, hat Lübke nach dem 200-m-Finale nur deshalb den Start in der Leverkusener 4 x 400-m-Staffel erlaubt, weil er zuvor gewonnen hätte. Knut: „Ich habe schließlich damit meine Erfahrungen, zum Beispiel mit Bernd Herrmann, Franz Peter Hofmeister und Manfred Ommers. Da kommt nach dem Sieg das Hochgefühl - und dann geht es etwas.“

Wie geht es weiter? Zwei Tage hat Lübke nun Trainingsruhe, dann beginnen die Vorbereitungen für das Europacup-Finale in Moskau, bei dem er die Hauptbelastung in der deutschen Mannschaft tragen wird. Lübke startet in der 4 x 100-m-Staffel, über 200 m und in der 4 x 400-m-Staffel, wobei es zwischen den beiden letzten Wettbewerben nur 80 Minuten Zeit für Erholung und erneute Vorbereitung gibt. Wird da nicht doch Raubbau betrieben? „Ein gut trainierter Mann wie Ralf Lübke übersteht das“, sagt Bundestrainer Kinder.

Wobei an der Richtigkeit des Trainingsprogramms von Bernd Knut gerade in diesem Jahr gehörige Zweifel gehegt werden. Knut: „Als Ralf über 200 Meter langsamer als 21 Sekunden lief, wurden wir immer mal gefragt: Na, habt ihr im Winter auch alles richtig gemacht?“ Knut hat dann stets höflich mit den Achseln gezuckt. Heute sagt er: „Also ganz so falsch kann unsere Winterarbeit doch nicht gewesen sein.“

Und das nicht nur im Hinblick auf das Europacup-Finale in Moskau, sondern auch bereits auf die Europameisterschaften im nächsten Jahr in Stuttgart. „1986 wird auch sehr interessant“, sagt Knut. Er will zwar keine Möglichkeiten nennen, aber daß Lübke dann über 400 m Zeiten von 44,50 Sekunden stabilisieren kann, um notfalls noch viel schneller zu sein, schließt er nicht mehr aus. Knut und Lübke reden zwar nicht darüber - doch irgendwo im Hinterkopf der beiden hat sich wohl endgültig der Gedanke eingenistet, dreimal Furopameister werden zu können: über 200 m, 400 m und mit der 4 x 400-m-Staffel.

## Ballzauber - „Deutschland lichterloh begeistert“

Eine Feier gab es nicht, der Beruf geht vor. Gestern morgen saßen die glücklichen Drei - Boris Becker, Hansjörg Schwäuer, Andreas Maurer - bereits wieder im Flugzeug nach München. Ab heute spielen sie beim Grand-Prix-Turnier in Kitzbühel. Boris Becker (er trifft auf Diego Perez aus Uruguay) ist zum ersten Mal als Nummer eins gesetzt. Die Tenniswelt hat sich in Deutschland nach seinem Wimbledon-Sieg und dem 3:2-Erfolg über die USA im Davispokal verändert. Für Becker selbst auch - in Kitzbühel wohnt er mit Manager Ion Tiriac und Trainer Günter Bosch in einer Zehn-Zimmer-Suite im feudalen Schlößchen Lebenberg. Ein Mitglied der Turnierleitung: „Wahrscheinlich brauchen sie die Zimmerluft zum Wärmespielen.“

Und „Deutschland ist lichterloh begeistert“ („L'Equipe“). Die Städte München, Frankfurt, Dortmund, Berlin und Stuttgart streiten darum, wer in seiner Halle das Halbfinale gegen die CSSR austragen darf. Denn jetzt winkt sogar das Finale, so sieht es auch Boris Becker: „Auf einem schnellen Boden haben wir eine Chance gegen die Sandplatzspezialisten Ivan Lendl und Miroslav Mecir.“

WELT-Mitarbeiter Hans-Jürgen Pohmann sprach mit Verbands-Präsident Dr. Claus Stauder über die veränderte Welt des Deutschen Tennis-Bundes. WELT: Wie fühlt sich der Verbands-Präsident dabei, es plötzlich mit Siegtypen zu tun zu haben? Stauder: Das ist wohl das Wertvollste, was dem DTB passieren konnte. Denn die Herren stehen halt im Welttennis im Vordergrund. WELT: Sie schätzt der DTB den 3:2-Erfolg gegen die USA ein. Stauder: Dies ist einer der größten Tage für Deutschlands Tennissport. Wir können uns nur wünschen, daß die Erfolgsträume weitergehen.

WELT: Führen Sie diese positive Entwicklung ausschließlich auf Boris Becker zurück? Stauder: Sicherlich hat Boris neben seinem persönlichen Erfolg die Initiative gegeben, und damit das Selbstbewußtsein aller deutschen Spieler entscheidend verstärkt. Im Grunde genommen hat er zwei Entwicklungen ausgelöst. Einmal bei der jetzigen Generation, vor allem aber mit seiner Vorbildfunktion für die Acht- bis Zehnjährigen, die nun auch versuchen werden, ihn mit seiner attraktiven Spielweise zu kopieren. WELT: Bei allen Erfolgen fällt auf, daß Becker in den letzten zwölf Monaten einen für deutsche Spieler untypischen Weg gegangen ist. Er hat sich vom DTB gelöst. Ist dies das Patentrezept der Zukunft? Stauder: Das kann man mit Sicherheit nicht sagen. Sein Betreuer Team Tiriac/Bosch war ja die entscheidende Voraussetzung. In anderen Fällen wird es vielleicht ganz andere Wege und Konzepte geben müssen. Entscheidend ist aber, daß endlich ein deutscher Spieler das getan hat, was notwendig ist, um überhaupt in die Weltspitze vorzudringen. WELT: Muß man sich also doch vom DTB trennen, um ganz nach vorne zu kommen? Stauder: Trennung ist sicherlich nicht der richtige Ausdruck. Man muß sich als Spieler, und damit also als freier Unternehmer, von einem bestimmten Zeitpunkt an selbständig machen und eigene Wege gehen. WELT: Kann man daraus schließen, daß der DTB seine Spieler zu lange betreut hat? Stauder: Die spielerische Entwicklung eines Jugendlichen ist heute im Gegensatz zu vergangenen Zeiten so weit fortgeschritten, daß somit schon viel früher die Voraussetzungen vorhanden sind, sich durch den Einstieg in die internationalen Turniere nach oben zu spielen. Das setzt aber voraus, daß man nicht nach den bequemeren Vertriebswegen in Deutschland spielt, sondern den harten und langen Weg geht, die Turniere in aller Welt spielt und damit ständig die Auseinandersetzung mit der Weltspitze sucht.



Gemeinsamer Jubel und Dank an die Zuschauer: Hansjörg Schwäuer, Boris Becker, Andreas Maurer (von links).

Einvernehmen mit dem DTB, daß die Eltern und natürlich Boris selbst, sich zu dem gemeinsamen Weg mit Tiriac und Bosch entschieden haben. Um es klar zu sagen: Der DTB steht jedem Weg positiv gegenüber, der bei anderen Spielern ähnlich gute Voraussetzungen für den Start in eine Tenniskarriere bietet. WELT: Kann der DTB nicht zumindest für eine befristete Zeit, zum Beispiel für große Grand-Prix-Turniere, Betreuung gewährleisten? Stauder: Für die laufende Arbeit, insbesondere für die Jugendlichen, stehen wir zwei Bundestrainer zur Verfügung. Außerdem haben wir für die Betreuung bei großen Turnieren und als Coach der Herren den ehemaligen Weltklassenspieler Niki Pilic unter Vertrag. Darüber hinaus bemühen wir uns, Mittel bei der Industrie zu beschaffen, die es uns ermöglichen, sogenannte Junior-Teams zu bilden,

die wir mit erfahrenen Betreuern ins Ausland schicken können. WELT: Als Mitinhaber einer Privatbrauerei gehen Sie als ein Mann mit einem erfolgreichen Marketingkonzept. Glauben Sie, daß Sie Ihre Erfahrungen in einen Verband übertragen können, der sich den veränderten Strukturen und der Kommerzialisierung des Tennissports anpassen muß? Stauder: Man darf natürlich nicht vergessen, daß grundsätzlich der Sport im Mittelpunkt der Überlegungen stehen muß. Die Kommerzialisierung ist aber ein Faktum und der Tennissport ist aus seiner Sicht durchaus Markenartikel, für den vielerlei ähnliche Gesetzmäßigkeiten gelten, wie für ein Produkt in der Wirtschaft. Übrigens haben innerhalb des DTB kommerzielle Tochtergesellschaften, wie zum Beispiel der DTB-Pool, die wirtschaftlichen Möglich-

keiten, die Sportart Tennis zu vermarkten. Hier ist noch ein weites Feld, und wir fühlen uns verpflichtet, dem Tennissport auf diesem Wege möglichst viele Mittel zuzuführen um damit zum Beispiel auch anspruchsvolle Förderkonzepte finanzieren zu können. WELT: Wie kann der DTB die euphorische Stimmung, die zur Zeit herrscht, nutzen? Stauder: Es wird uns sicherlich gelingen, über die Vereine die Zahl der Mitglieder im deutschen Tennis zu steigern. Außerdem müssen wir es schaffen, daß möglichst viele Jungen und Mädchen, die jetzt zum Tennis drängen, über besondere Sichtungungen und vielleicht in der Zusammenarbeit mit den Schulen zum Tennis zu bringen. Wir werden auf jeden Fall alles unternehmen, um die Popularität des Tennissports in Deutschland in entsprechende Erfolge umzusetzen.

### Das deutsche Team für den Europapokal

- Männer: 100: Haas, 200: Lübke, 4 x 100: Haas, Lübke, Sewald, Herz, Zscke, Westhagemann, 400: Skamrahil, 4 x 400: Skamrahil, Lübke, Schmid, Just, Vahlinger, Weber, 800: Assmann, 1500: Becker, 5000: Wessinghaage, 10 000: Herle, 110 Hürden: Kadey, 400 Hürden: Schmidt, 3000 Hürden: Ig, Hoch; Mögenburg, Stab: Winkler, Weit, Kessler, Drei: Jaros, Kugel; Kneissler, Diskus: Wagner, Hammer: Sahnner, Speer: Tafelmeyer.
- Frauen: 100: Gangel, 200: Gangel, 4 x 100: Gangel, Maerz, Bensch, Sarvari, Thimm, 400: Kinzel, 4 x 400: Kinzel, Thimm, Sommer, Everts, Schulte, 800: Klinger, 1500: Kraus, 3000: Schmidt, 10 000: Teske, 100 Hürden: Denk, 400 Hürden: Everts, Hoch; Redetzky, Weit: Braun, Kugel: Schmidt, Diskus: Galler, Speer: Peters.

### NACHRICHTEN

**Manager beurlaubt**  
Bielefeld (sid) - Zwei Tage nach der 1:4-Niederlage bei Darmstadt 98 hat der Fußball-Zweitligist FC Arminia Bielefeld seinen Manager Norbert Müller mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Müllers Vertrag läuft am 31. Dezember aus, sein Gehalt bezieht er weiter. Seine Aufgaben übernimmt Geschäftsführer Niemann.

**Überlegener Diamond Way**  
Berlin (dpa) - Diamond Way, gesteuert von Heinz Wewering (Recklinghausen) und im Besitz von Armin Schockemöhle (Mühlheim), gewann in Berlin mit fünf Litzen Vorsprung das 90. Deutsche Traber-Derby. Die Gewinnsomme von Diamond Way belief sich in diesem Jahr auf über 500 000 Mark.

## Michael Groß: Wie ein Star über den anderen denkt...

Boris Becker beherrscht die Schlagzeilen. Ab heute wird ihm Schwimm-Star Michael Groß wieder etwas verdrängen. Bei der Europameisterschaft in Sofia hat er sich heute vorgenommen, über 200-m-Freistil seine eigene Bestmarke von 1:47,44 Minuten zu unterbieten. Morgen sollen dann Gold und Bronze über 100-m-Schnelstart und mit der 4x200-m-Freistilstaffel folgen.

Becker und Groß - die beiden deutschen Ausnahme-Sportler werden in letzter Zeit sehr oft miteinander verglichen. Kein Wunder, daß sich auch der Schwimmer mit dem Tennisspieler beschäftigen muß. So also denkt Weltrekordler Groß über Wimbledon-Sieger Becker: Findet in Sofia so etwas wie ein Fernkampf in Sachen Sympathie gegen Becker statt? „Nein, überhaupt nicht. Weder Boris noch ich haben Ambitionen, gegeneinander zu kämpfen. Warum auch, er ist Profi, und ich bin Amateur. Er verdient durch meine Erfolge keinen Pfennig weniger.“ Michael Groß über die Tatsache, daß Becker nun die Sportseiten der Zeitungen beherrscht: „Das ärgert mich nicht. Das liegt an den Sportarten. Während ich im Jahr höchstens vier sportliche Höhepunkte habe, und dann auch nur meist zwei Tage, reißt Becker von Turnier zu Turnier. Bei mir hat man sich schon daran gewöhnt, daß ich Weltrekorde schwimme. Es

## Winkelhock: „Formel 1 ist für mich nur ein Nebenjob“

A. WEINZIERL, Nürnberg  
Deutschland und die Formel 1 - das ist derzeit kein Thema für Schlagzeilen. Auch dann nicht, wenn der Grand-Prix-Zirkus am Nürnbergring gastiert. Selbst da schauen die Deutschen nur zu, auch wenn sie es aus verschiedenen Blickwinkeln tun. Bellof, Winkelhock, Zakowski - auf dem Nürnbergring spielen sie keine Rolle. Die Erfolgsglocke bleibt ihre einzige Gemeinsamkeit. Die Deutschen schauen zu. Bei Winkelhock ist das nicht wörtlich zu nehmen. Winkelhock, der sich allmählich vom Pechvogel zur tragischen Figur entwickelt, hat das Rennen nicht mehr mit ansehen wollen. Nach zehn Runden (zweölf Minuten und zwei Sekunden) stieg Rauch aus dem Heck seines Wagens. In diesem Augenblick hatte sein Team, der englische Rennstall RAM, den 35. Turbo-Motor, Typ Hart, verloren. Winkelhock: „Das hat mich nicht besonders gewundert.“ Sprachs - und verschwand noch während des Rennens vom Ring. Genugtuung war es für ihn nicht, daß der ebenfalls mit einem Hart-Motor bestückte Italiener Theo Fabi mit seinem Toleman in der 31. Runde ausfiel. Fabi war aus der Pole-Position gestartet. Was die Formel 1 betrifft, ist Winkelhock jenseits von Gut und Böse. Er sagt: „Für mich ist das nur noch ein Nebenjob. Ich konzentriere mich auf die Langstrecken-WM mit dem Porsche-Kremer.“ Als er zum Saisonbeginn von ATS zu RAM wechselte, klang alles noch anders: „Sportlich gibt es für die Formel 1 keinen Ersatz.

Das ist eben die Top-Liga.“ So schnell ändern sich die Zeiten, nun hat er offenbar resigniert. Auch Erich Zakowski, der auf dem Nürnbergring praktisch zu Hause ist, wandte sich vom Rennverlauf ab. Sein Zakspeed-Turbo hielt nur sieben Runden. Die Mechaniker bemühten sich, das deutsche Auto wieder in Gang zu bekommen. Vergeblich. Die Defekte an der mechanischen Penzinspumpung hätte nur durch eine Motormontage behoben werden können. In den letzten Runden des Rennens zog es Zakowski deshalb vor, im Vorzelt des Zakspeed Wohnmobils am Fernsehschirm das spannende Daviscupspiel von Hansjörg Schwäuer gegen Eliot Teltscher zu verfolgen. Er gab ein Glas Kaffee und blieb locker, gelast und gelassen: „Das ist unser Testjahr, da darf kaputtgehen was will.“ Wohl dem, der das sagen kann. Zakowski kann auch dies von sich geben: Jeder fragt nach Erwartungen. Die Antwort ist ganz einfach. Ich habe in diesem Jahr keine.“ Der einzige, der bis zum Ende live dabei war und der auch die Zielflagge sah, war Stefan Bellof, Tyrrell-Fahrer und der dritte Deutsche in der Formel 1. Er wurde Achter mit einer Runde Rückstand. Mit dem neuen Renault-Turbo-Motor hatten Optimisten eine Sensation gewittert, doch Bellof war zufrieden: „Mit dem Turbo geht es schon ganz anders ab.“ Nur Bellof, dessen fahrerisches Talent außer Zweifel steht, weckt in sich und bei den deutschen Automobilfans die Hoffnung.

## Paul Schockemöhle: Nach dem Sieg harte Forderungen

dpa, Dinslaken  
Wenn andere vor Nervosität schlöten, ängstigt Paul Schockemöhle die Zuschauer fast durch seine Kaltschnauzigkeit, die für Gefühle kaum Platz läßt. „Als ich vor dem letzten Ritt in Dinslaken saß“, sagt er, „dachte ich schon ein bisschen an den Erfolg. Als der Brit John Whitaker als Führer die erste Stange im Finale mitnahm, da wußte ich fast sicher: Jetzt hast du gewonnen.“ Schockemöhle gewann tatsächlich - zum dritten Mal hintereinander wurde er Europameister der Springerei. Zwei Stunden nach der Siegerehrung hatte er sich wieder in den Kaufmann und Pferdehändler verwandelt, er räumte mit der Vorstellung auf, das Springreiten sei noch immer ein „edler Grandseigneurs-Sport“.

Von der deutschen Reiter-Obriegkeit verlangt er nicht mehr und nicht weniger als den totalen offiziellen Professionalismus im Turniersport: „Mein Stall kostet mich im Jahr über eine Million Mark. Da muß ich Pferde verkaufen und Sponsoren finden. Meinen Deister ist es doch egal, wie er heißt, der frißt im Stall genauso gut, wenn man ihn „Jägermeister“ nennt. Und von Mast bekommen ich sofort 600 000 Mark, wenn ich mein Pferd umtaufen darf. Alle guten englischen Pferde haben heute schon Werbenamen.“ Als der 40-jährige zur Pressekonferenz gebeten wurde, Schockemöhle die Funktionen der Internationalen Reiterlichen Vereinigung (FIEI) und des Weltcup-Komitees: „Wir, die guten

## Cram: Wieder Weltrekord

Budapest (sid) - Der Engländer Steve Cram erzielte in Budapest mit 4:51,39 Minuten Weltrekord über 2000 m. Er verbesserte die alte Marke des Neuseeländers Walker um elf Hundertstelsekunden.

## Stute Otilie siegte

Hannover (Kgo) - Die achtjährige Stute Otilie gewann mit Jockey Simon Stokes auf der Galopprennbahn in Hannover das 101.000 Mark-Jagdrennen um den Spielbank-Preis. Favorit Arripo stürzte in Front liegend am letzten Hindernis. Mitavorist Stragor wurde Letzter. Der Derby-Dritte Lüring siegte im Bayerischen Zuchtrennen von München. Alagos dominierte im Kölner Oppenheim-Rennen, die Favoritin Bolivia erreichte nur Platz fünf.

### ZAHLEN

**FUSSBALL**  
Endstand der Qualifikation für die WM '90 in China, Vorrunde, 1. Spieltag:  
Gruppe A: China - USA 2:1, Guinea - Bolivien 3:0 - Gruppe B: Deutschland - Australien 0:1, Argentinien - Kongo 4:2 - Gruppe C: Saudi-Arabien - Italien 3:1, Nigeria - Costa Rica 3:0 - Gruppe D: Ungarn - Kamerun 3:3, Brasilien - Mexiko 2:0 - Im Viertelfinale kommt es zu folgenden Paarungen: China - Deutschland, Australien - Guinea, Saudi-Arabien - Brasilien, Ungarn - Nigeria.

**WASSERBALL**  
Europameisterschaft in Sofia, Gruppe A, erster Spieltag: Deutschland - UdSSR 7:7, Italien - Griechenland 14:9, Spanien - Holland 9:7, Ungarn - Jugoslawien 7:4.

**GEWICHTSAUFWEG**  
Ausschreibung zum 45.7.11.20.31.38.41. Zueztzähl: 43. - Resozialisier: Rennen A: 6, 8, 2, 3, Rennen B: 28, 32, 31. (Ohne Gewähr).







Sie sorgen im Rundfunk für den flotten Ton: Werner Müller und seine Unterhaltungsorchester

### Mit Schellack-Schätzchen rund um die Welt

Mit Werner im Rücken wird alles glücklicher, so tuschelte man in Sängerkreisen anno 1950, wenn es darum ging, für Schellackaufnahmen mit Werner Müller und dem RIAS-Tanzorchester eine ideale Background-Besetzung zu bringen. Bully Buhlan, Rita Paul und viele andere Interpreten der damaligen Zeit vertrauten und bauten auf Werner Müller, den unscheinbaren Spree-Athener mit der unteretzten Figur und dem Blondschopf.



Sein Name steht für Swing: Werner Müller, der jetzt 65 wurde, mit dem WDR-Tanzorchester. FOTO: WDR

Dem jüngst 65 Jahre alt gewordenen Werner Müller war an der Wiege nichts von Aktivitäten in Saftigen „Leichte Muse“ gesungen worden. Im Gegenteil: Vaters Sorge für seinen seit dem achten Lebensjahr auf der Geige kratzenden Sprößling galt einem „anständigen“ Beruf. „Auf archaische Dinge wollte ich mich nicht einlassen“, doch dann die übliche pubertäre Periode der anhaltenden „Fauleit“, so daß ich in der Obersekunda die Oberschule in Berlin verließ. 1936 schlossen mein Vater und ich einen Vergleich: Ich ging nach Bückeburg auf die Militärmusikschule, wo ich als zweites Instrument die Posaune erlernte. Doch der militärische Drill mißfiel mir sehr, so daß ich dann auf das Konservatorium wechselte, das der Militärmusikschule angeschlossen war. Die Kapellmeisterlaufbahn war mein Studienziel, das ich erreichte.“

Händchen für die Besetzung hatte. Namen wie Macky Kasper (Trompete), Rolf Kühn (Klarinette und Saxophon) oder Bob Henders (Hotposone) lassen heute noch Swingmusikern eigenartig glänzen. 20 Jahre lang machte Werner Müller mit seinem Orchester Tournées in alle Erdteile. Allein zehnmal war er in Asien und wurde international betrachtet so etwas wie ein „deutscher Botschafter in Sachen Musik“. In diese Epoche fällt auch sein wohl international größter Erfolg: die Bearbeitung von „Malaguena“ und „The Breeze and I“ für Catharina Valente. Die beiden Titel wurden Bestseller in den USA, insgesamt wurden von diesen Schellack-Platten mehr als fünf Millionen verkauft.

Catharina Valente, Bert Kaempfert und Werner Müller, das war internationale Musik „made in Germany“. Mehr als tausend Platten sind es inzwischen geworden, die den Namen Werner Müller oder für kurze Zeit auch das Pseudonym Ricardo Santos tragen. Und alle haben eines bis heute gemeinsam: den typischen Blechstreicher-Sound. „Diese Stilart entwickelte sich durch die beiden Valente-Nummern. Wir hatten damals in den Studios weder elektronischen noch natürlichen Hall. Die Aufnahmen klangen alle recht trocken. Alle Swingbands, europäische wie amerikanische, suchten nach der Glenn-Müller-Ars einen Klang, der etwas sakral wirkte. Als ehemaliger Geiger

glaubte ich, daß die Streicher die einzigen wären, die einen solchen Raumeindruck bewerkstelligen könnten. Als ich mit meinen Leuten eines Tages in der alten berlinischen Siemens-Villa Aufnahmen machte, bemerkte ich, wie gut die „Raumakustik“ auf den dortigen Toiletten war. Wir setzten die Streicher aufs Häuschen vor die Mikrophone – und der Müller-Sound war geboren!“

Als der Krieg ausbrach, zog man seine Klasse zum Wehrdienst ein. Von seinen 42 Mitschülern überlebten sieben! Müller hatte Glück im Unglück: er kam zu einem Musikkorps, in dem auch der junge Helmut Zacharias den Geigenbogen schwang, und blieb bis 1944 durch Truppenbetreuungseinsätze von den häßlichen Kriegsdingen verschont. Dann kam er doch noch in Gefangenschaft, tauchte dann aber 1946 in Berlin mit dem Posunenkasten unterem Arm wieder auf und landete schließlich bei Kurt „Kutte“ Widmann, dem deutschen Lionel Hampton und Leiter der heißesten Nachkriegsband. Die verließ Müller dann am 1. November 1948, weil ihm, dem 23jährigen, vom damaligen Leiter der Abteilung Tanzmusik des RIAS-Berlin, Ernst Verch, die Leitung des hausgemachten Orchesters übertragen wurde.

Der Stern des RIAS-Tanzorchesters ging strahlend am Äther-Himmel auf. Vor allem, weil Müller ein

Das Jahr 1967 brachte für Werner Müller die Wende. Er wechselte auf den verwaisten Adalbert-Luczakowski-Platz des WDR-Tanzorchesters, der heutigen WDR-Bigband. „Den Wechsel von Berlin nach Köln habe ich mir nicht leicht gemacht. Drei Jahre habe ich gehofft, eine Orchesterkombination aus finanziellen Gründen zwischen SFB und RIAS bewerkstelligen zu können. Das scheiterte aber an den provinziellen Erwägungen beider Anstalten. Jeder wollte über das gemeinsame Orchester die Priorität haben. Nach drei Jahren hatte ich die Nase gestrichen voll und ging nach Köln. Zwar konnte man mit dem dortigen Tanzorchester keinen Jazz machen, aber dafür gab es ja auch 1967 Kurt Edelhagen.“

Der phantasielosen Musik sagt der 65jährige heute den Kampf an. Zukünftig will er sich stärker um das deutsche Nachwuchs kümmern, und zur Zeit schreibt er an seinem vierten Polit-Thriller. Die drei bisher erschienenen Romane dieses Genres ließen sich gut verkaufen. Das Romanschreiben ist sein Hobby, hier kann man Dampf ablassen und zu Hause im Grünen arbeiten. Es dürfen nur die fünf Enkelkinder nicht stören! Den Dirigentenstab legt er aber zum Glück vieler Müller-Fans nicht aus der Hand. Als Gastdirigent wird er weiterhin dem WDR zur Verfügung stehen. Die Hörer werden es dem deutschen „Glenn Miller“ danken. ROLF PETERS

### STUDIO

Zuerst klang die amerikanische Nationalhymne „Stars and Stripes“ über den Äther, dann folgte George Gershwins „Rhapsody in Blue“. Vor vierzig Jahren, nur einen Monat nach dem Einrücken der US-Truppen in Berlin, begann American Forces Network mit der Ausstrahlung seines Programms.

Seitdem hat der amerikanische Soldatensender sich kontinuierlich einen festen Platz in der Berliner Medienlandschaft erobert. Für die dort stationierten 18 000 US-Soldaten schlägt er tagtäglich eine Brücke zur Heimat, indem er die nationalen Nachrichtensendungen übernimmt. Doch die Devisen der Programm-Macher lautet „viel Musik und wenig Worte“, und sie haben Erfolg, nicht nur bei ihren Landsleuten. Die locker gemachten Radioprogramme sind vor allem bei jungen Berlinern äußerst beliebt. Seit 1987 strahlt AFN auch ein Fernsehprogramm aus, das jedoch wegen seiner schwachen Sendestärke nur in einigen Bezirken von auch deutschen Haushalten empfangen werden kann. AP

Einige Bühnenerfahrung müssen sie schon mitbringen, die jungen Interpreten, die sich von einem Auftritt beim Talentessen Berlin eine Chance erhoffen. Auf der internationalen Funkausstellung erhalten sie eine Chance. Täglich werden Sabrina Lallinger und Karl Dall eine fast anderthalbstündige Sendung starten, die aufgezeichnet und später in den dritten ARD-Programmen ausgestrahlt wird. Diejenigen, die besonders erfolgreich sind, können darüber hinaus in der täglichen Livestreamung dem Publikum des ersten deutschen Fernsehens vorgestellt werden. Interessenten sollten sich bis zum 9. August beim WDR in Köln melden. DW

Mit der Einrichtung von zwei neuen Fernsehkanälen kommen die Franzosen ab Januar 1986 in den Genuss von sechs Fernsehprogrammen. Die Regierung gab jetzt grünes Licht für die Gründung von zwei neuen privaten Fernsehsendern, die vom Staat subventioniert werden. Von den neuen Sendern soll einer vor allem Musikprogramme ohne Nachrichten, der zweite, mit allgemeinem Programm, soll über Satellit ausstrahlen. SAD

### KRITIK

#### Strapazierte „Kunst-Welpen“

Ernst Fuchs, der Großmeister der Wiener Schule des Phantastischen Realismus, der seit Jahr und Tag mit selbstentworfenen Käppis in freier Variation zu Joseph Beuys den kreativen Kopf bedeckt, verdankt seine künstlerische Karriere, so will man nach Gemalte Poesie (ZDF) von Slavi Dojtschew glauben, der Möblierung des Kurparks von Baden bei Wien mit Monumenten. Eine besondere Rolle dabei spielte der Beethoven-Tempel mit seiner Ausmalung, in den Vater Fuchs den Kunst-Welpen hineinerrte, der, o Wunder, dort der „Wirklichkeit der Kunst“ begegnete.

#### Ein Plädoyer für den Bollenhut

Man muß einmal eine Zeitung weggeganzen sein, um das Zuhause schätzen zu können. Um das Tag mit selbstentworfenen Käppis in freier Variation zu Joseph Beuys den kreativen Kopf bedeckt, verdankt seine künstlerische Karriere, so will man nach Gemalte Poesie (ZDF) von Slavi Dojtschew glauben, der Möblierung des Kurparks von Baden bei Wien mit Monumenten. Eine besondere Rolle dabei spielte der Beethoven-Tempel mit seiner Ausmalung, in den Vater Fuchs den Kunst-Welpen hineinerrte, der, o Wunder, dort der „Wirklichkeit der Kunst“ begegnete.

Nur: Viel ist dagegen zu sagen, daß auch nur der Ansatz einer Begründung fehlte, warum und wieso, aufgrund welcher Kriterien das Werk des Meisters bedeutsam ist. Der Erfolg allein, der Fuchs immerhin einen prachtvollen Rolls-Royce und Otto Wagners nicht minder prächtige Wiener Villa eingebracht hat, kann es allein ja nicht sein – Simmel verleiht ja auch ernsthaft niemand mit Goethe.

Parallelen in Heidelberg – ein pflücker Elffähriger stellt sein von Bächen, Winkeln und Reuberlagern geprägtes Heimatbild vor. Oben am schloß, da, wo die Natur dem Tatarang keine Grenzen setzt, da fühlt er sich wohl, nicht „da unten in der Stadt“, wo aufgebrauchte Kaufleute die Fußballspielenden Jungen von den Plätzen vor den mit Souvenirs überladenen Läden verschrecken. Heimat – auf Postkarten.

Und die Beschreibung, daß da Mythosches aus allen Epochen durch Fuchses Kunst webert, ist auch keine Erklärung. Viel ist auch dagegen zu sagen, daß der Autor uns die Feinheiten zugemutet hat, die in den Gesprächen mit den Frauen sich aufhäufen. Die Frauen wurden degradiert zu Kristallisationskernen der unerträglichen Eitelkeit des Herrn Kunstprofessors. Schlimmer noch: Der Autor hatte das wohl gar nicht bemerkt.

Die Kamera beglückte einen Heimatphotographen. Doch er hielt in seinen Bildern kein verführerisches Idyll fest, sondern stellte den barsten, aber offenbar ausgeglichene Alltag eines alten Bauernpaares dar. Das Projekt blieb für den jungen Mann nicht ohne Konsequenzen. Er machte sich den Lebensstil der beiden Alten zu eigen. Heimat – erlernt.

Irgendwann war die Rede davon, daß bei Fuchs es sich um „die Auseinandersetzung mit Un-Wahrheiten“ handle. Nach diesem Film ist man geneigt zu glauben, es handle sich aber um Un-Wahrhaftigkeit. GERHARD CHARLES RUMP

Somit zeigte Beckes viele persönliche Interpretationen von „Heimat“, ohne ein Phänomen zu vergessen, das die Gegenwart prägt. Er stellte eine junge Türkin vor, die sich ihren deutschen Freundinnen verbunden fühlt, aber dabei täglich in den Traditionen eines anderen Kulturkreises konfrontiert wird. Heimat – gespaltene. MARTINA SCHLINGMANN

## „Unsere letzten ‚Urwälder‘ müssen endlich unter Naturschutz gestellt werden.“



Helmut Stelmann, Filmautor und Mitglied des WWF.



Es gibt noch urwaldartige Gebiete in Deutschland. Mit einer üppigen Pflanzen- und Tierwelt: die Auwälder. Früher einige tausend Quadratkilometer groß, heute nicht einmal mehr hundert. Ähnlich wie die tropischen Mangrovenwälder von Ebbe und Flut, sind die europäischen Auwälder gefährdet.

#### Rodung und Staustufen gefährden die Auwälder.

paßsich Auen von einem unregelmäßig wechselnden Hoch- und Niedrigwasser gekennzeichnet. Auf dem außerordentlich nährstoffhaltigen Boden gedeiht eine nahezu paradiesische Wildnis voller Pflanzen- und Tiere. So blühen in den Auwäldern im Mai und Juni sogar noch seltene Orchideenarten. Und hier sind unzählige Tiere zu Hause, die von der Ausrottung bedroht sind: Biber, Fischotter, Storch, Schwarzmilan, Laubfrosch und zahlreiche Libellenarten.

#### Auwälder gibt es heute in ganz Westeuropa nur noch am mittleren Oberrhein, an der Donau und March sowie

Unzählige Tier- und Pflanzenarten bedroht.

Solche Auwälder sind Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten.

Form for WWF membership, including fields for name, address, phone, and a small WWF logo.

werden viele Baum für Baum abgeholzt, um schnellwachsende Pappeln in Reih und Glied zu pflanzen. Oder um Mais- und Getreidefelder anzulegen. Außerdem fallen dem Kiesabbau unaufhörlich wertvolle Auenflächen zum Opfer.

#### Der WWF klart auf und handelt.

Noch gefährlicher für die Auen Mitteleuropas sind die Bauvorhaben von weiteren Staustufen. Denn dort, wo eine Staustufe gebaut wird, ist die Au für immer zerstört. Nicht nur weil die Altarme abgeschnitten, die Auwälder abgeholzt, neue Straßen gebaut und schnurgerade Kanäle gezogen werden, sondern vor allem weil ohne die natürliche Überflutung viele typische Tier- und Pflanzenarten ihre Lebensmöglichkeit verlieren.

Das muß verhindert werden. Schon seit Jahren engagiert sich die Umweltschutzorganisation WWF-Deutschland (World Wildlife Fund, die größte private Naturschutzorganisation der Welt) für die Erhaltung der Auen und anderer Feuchtgebiete. Durch Pflege und Betreuung

#### Retten Sie mit dem WWF unsere letzten Auen.

gefährdeter Gebiete, durch Gutachten, Verhandlungen und sogar Landkäufe. Denn oft ist dies die einzige Möglichkeit, langfristig wirksame Schutzmaßnahmen umzusetzen zu können. Dafür ist Ihre finanzielle Unterstützung dringend erforderlich. Ich bitte Sie deshalb: Helfen Sie dem WWF bei seiner Arbeit. Ich versichere Ihnen, daß der WWF jede Spende vollständig und ausschließlich für konkrete Naturschutzarbeit einsetzt.

### ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

- 10.00 Toggeschau und Toggeschwenne
10.25 Giuseppe Verdi
11.05 Usaschens
11.15 Die liberale Konfession von Lyon
12.10 Platon Goldmedaille
12.15 Presseschau
13.00 Toggeschau
14.20 Fury
14.45 Fama: Iberica
15.10 Toggeschau
15.20 Frauengeschichten
16.05 Die Spieltheater
17.00 Schwarze EM in Sofia
17.05 Entscheidung: 100 m Freistil Damen / 200 m Brust Herren / 400 m Lagen Damen / 200 m Freistil Herren / 4 x 200 m Freistil Damen
17.20 Wasserball Jugoslawien - Deutschland
18.00 Toggeschau
18.15 Die letzte von der Straße Raach
18.30 Premiere in Hiroshima
19.00 Die letzte von der Straße Raach
19.05 Toggeschau
19.15 Toggeschau

### SAT 1

- 15.30 Solid Gold
16.00 Big Valley
16.30 Block Beauty
16.50 Mischbox
17.00 Die letzte von der Straße Raach
17.30 Die letzte von der Straße Raach
18.00 Die letzte von der Straße Raach
18.30 APF Blick
18.45 Schwarze der Division
18.50 APF Blick
19.00 APF Blick
19.15 APF Blick
19.30 APF Blick
19.45 APF Blick
20.00 APF Blick

### 3SAT

- 18.00 Direkt
19.00 Direkt
19.15 Direkt
20.00 Direkt
21.15 Direkt
21.45 Club 2

### WEST

- 18.30 Das ferne rote Spielmobil
19.00 Das ferne rote Spielmobil
19.20 Hochgebirge - eine verachtete Wälderwelt
19.45 Bilder
19.50 Bilder
19.55 Bilder
20.00 Bilder
20.15 Bilder
20.30 Bilder
20.45 Bilder
21.00 Bilder
21.15 Bilder
21.30 Bilder
21.45 Bilder
21.55 Bilder
22.00 Bilder
22.15 Bilder
22.30 Bilder
22.45 Bilder
23.00 Bilder
23.15 Bilder
23.30 Bilder
23.45 Bilder
23.55 Bilder

Handwritten signature or note at the bottom of the page.



### Zu weich für James Bond

blu - James Bond, wir wissen es, agiert und reagiert im allgemeinen knallhart. Aber er kann es auch butterweich vor allem bei Partnern weiblichen Geschlechts. Entsprechend verhält sich die Werbung für neue James-Bond-Filme. Ihre weiche Variante ist derzeit auf den Plastik-Taschentüchern einer Kaufhauskette zu besichtigen, wohl weil sich die PR-Leute sagen, daß diese "Taschentücher" in erster Linie von Hausfrauen benutzt werden. Die Szenenfotos, die dort aufgedruckt sind, sehen alle sehr hübsch und lustig - und vor allem harmlos aus.

Sehr viel weniger harmlos ist dagegen ein Werbegang für denselben Film, von dem aus Paris zu hören war: "Dangerousment votre" heißt der neue Bond à la française, was wörtlich übersetzt so viel besagt wie: "Ich bin zwar gefährlich, aber ganz der eure". Nomen est omen, muß sich der Pariser Verleiher gedacht haben. Denn rund zweihundert Journalisten hatte er mit einem anonymen Brief samt Revolverpatrone besetzt und ihnen dunkel bedeutet: "Die nächste Patrone kommt nicht mehr per Post! Und noch weitere Kassiber gingen den verschreckten Zeitungslauten zu, die sich nicht weniger unheimlich lasen: "Sie sind in Gefahr", ließ es da, "rufen Sie mich unter der Nummer 396 00 07 an!" Bei der Polizei liefen die Telefonrufe heiß, Nervenzusammenbrüche der Bedrohten blieben nicht aus. Die Ortsumgehungen rotierten gewaltig.

Sie kamen dem Ghostwriter auf die Schliche. Der gab sich bald höchst kleinlaut als "James Bond" zu erkennen und gab zu Protokoll, er habe nur einen kleinen, tödlichen Werbespot lancieren wollen. Die Genarrten fanden das wenig witzig, Schadenersatzklagen wurden erhoben, Schmerzensgeld gefordert, Journalisten, so zeigt sich, sind gar nicht so abgerührt, wie man annimmt. Die "harte Variante" war entschieden zu hart für sie. Man sollte sie öfter zum Käufchen mit der Plastiküte schicken.

## Erlittene Literatur: Erinnerung an Max Kommerell Eisenbahnunglück mit Hölderlin

Wer ist Max Kommerell? Aus den Schriften der heutigen jüngeren Universitätslehrer lernt man nichts über ihn, da die Lehrenden nichts von ihm gelernt haben oder mindestens so tun. Zitiert findet man ihn nicht, und das ist kein Wunder, da er weder von Formeln und -ismen ausging noch neue -ismen hinterlassen hat. Er hat sich lesend, denkend, analysierend in die Autoren, die er behandelte, hineingedacht und eingefühlt. Und damit hat er hinter ihrem Ausgesprochenen das Unausgesprochene und von ihnen selbst oft nicht Wahrgenommene erstaunlich klar gemacht.

Größte Beispiele: "Faust II. Teil, Zum Verständnis der Form", "Schiller als Psychologe" und "Die Sprache und das Unausgesprochene" (Kleist). Da bietet sich wenig zum Zitieren, sondern nur stets das Ganze zur Adoption an. Für Ideologen, gleich welcher Richtung, ist nichts zu holen. Sein hochgelehrtes Buch "Lessing und Aristoteles" kann kaum kompetentere Universitätsleute finden; sie mühten denn germanistisch, romanistisch und altsprachliterarisch wahrhaft gebildet sein.

Allerdings gibt es einige sehr verschiedene Er-war-unser, nicht besonders wichtige zwar. Man erfährt es im



Jugendbildnis von Max Kommerell, aus der Ausstellung im Schiller-Nationalmuseum Marbach

Southern des Marbacher Schiller-Nationalmuseums in einer Ausstellung, die im 1944 genau fünf (mit 42 Jahren) verstorbenen Kommerell gewidmet ist. Die Person Kommerells wird aber erst wirklich deutlich durch die vorgängige Lektüre des Katalogs, der auf 112 Seiten Leben und Werk vorbildlich und glänzend behandelt. Der Verfasser, Joachim W. Störck vom Nationalmuseum, wäre der geeignete, ausgewogene Arbeiter der Antor für eine gültige Kommerell-Biographie.

Ausgewogen? Ja, denn die meisten Personen, die sich über Kommerell geäußert haben, sind seine Freunde und Schüler, und die sind einschuldig, wenn sie vor Bewunderung und Ehrfurcht überfließen und ihre persönlichen Erinnerungen in den Vordergrund rücken.

Eine einzige markante und unglückliche Beziehung ist im Katalog ausführlich dokumentiert: die zwischen Kommerell und Heidegger. Ein

paar Zeilen aus der Dokumentation mögen das belegen. Kommerell war Heidegger gegenüber stets respektvoll und höflich reserviert. Heidegger schickte ihm 1941 seinen Aufsatz "Hölderlins Hymne 'Wie wenn am Feiertag'". Kommerell nannte den Aufsatz in einem Brief an Gadamer "ein produktives Eisenbahnunglück... über das die Eisenbahnwörter der Literaturgeschichte die Hände überm Kopf zusammenschlagen müssen (soweit sie ehrlich sind)". Auf Wunsch Heideggers schrieb Kommerell ihm ein Jahr später in einem langen Brief seine Eindrücke: "Sie lösen da ein Rätsel, in dem Sie ein zweites aufgeben... Wie kommt es, daß der Philosoph, der mir bisher als der Virtuose im Bestehen und Gesteher der ungelösten und unlösbaren Situation des Menschen gegolten hat, zu einer Stiftung und Gründung, einem durchgängig gedachten Sein gelangt, die nicht sein eigenes sind, und die ihm plötzlich fast noch eigen scheinen, als alles was er gedacht hat... Ihr Aufsatz könnte - ich sage nicht: Er ist's - er könnte sogar ein Unglück sein?"

Die geschickte Antwort Heideggers beschlagnahmt sofort den Begriff "Unglück" als positiven Terminus: "Sie haben recht, die Schrift ist ein 'Unglück'. Auch 'Sein und Zeit' war eine Verunglückung... Alles aufrichtige Denken ist zum Unterschied der Dichter in seinem unmittelbaren Wirken eine Verunglückung..."

Zwei Jahre später stirbt Kommerell, und Heidegger spricht zu Beginn einer seiner Vorlesungen folgenden Nachruf: "Heute vor acht Tagen ist im Alter von 42 Jahren Max Kommerell in Marburg gestorben. Im Außenbereich war er ein Professor für Deutsche Literaturgeschichte. Er hat die Fragwürdigkeit dieses Faches mit hellem Sinn durchgelitert. Er war, wenn hier davon beiläufig gesprochen werden darf, der einzige seines Faches, mit dem ich zeitweise fruchtbare Gespräche über die geschichtliche Bestimmung des Denkens und Dichtens pflegen durfte. Max Kommerell mußte viel irren, und er konnte irren. Aber er konnte zugleich hindören. Was er versucht und schuf, wird unstritten bleiben. Aber dies ist ja das rechte Zeichen dafür, daß etwas von ihm ausging. Max Kommerell war ein jenseitiger Mensch. Er ist als ein Lernender gestorben. Max Kommerell war ein nötiger Mensch. Er spürte die Not und war für sie notwendig. Es bleibt eine Lücke, sein er nicht mehr ist."

Was soll man dazu sagen? Wir können nur einen kleinen Hinweis auf die Ausstellung geben. Von Kommerells Dichtungen - denn er war auch ein zarter Dichter - findet man Proben im Katalog und noch mehr in der Ausstellung. Wer nicht nach Marbach reisen kann, mag sich für acht Mark den Katalog kommen lassen, der außer dem Text und vielen Zitaten eine Bibliographie und 25 wichtige Fotos enthält.

Wer aber eine Stunde in den zwei kleinen Räumen verbringt, taucht in die Atmosphäre und in die Erinnerung an die Personen ein, die Kommerell im Laufe des Lebens um sich hatte. Eine große Zahl sehr persönlicher Fotos erlaubt Blicke ins private Leben, so z. B. das wunderbare kleine Bild, auf dem er im Gras liegt und seine zweijährige Tochter auf den Knien hält. (Bis 22. Sept.)

RUDOLF KRÄMER-BADONI



Impressionisten für 140 Millionen Dollar: Der Fälscher Elmyr de Hory in seinem Atelier auf Ibiza

### Große Fälschungen in Kunst und Literatur (V): Elmyr de Horys Gemälde

## Die Rache des texanischen Millionärs

Der beste Bilderfälscher ist der, dessen Täuschungswerk nicht durchschaut wird. In seinem Erfolg können man sich naturgemäß nicht - sonst würde er entdeckt. Die berühmten Fälscher gehen trotz unbestreitbarer "Qualitäten" daher nur zur Kategorie der "Zweitbesten". Wer von denen dann der "beste" war, ist eine fast mißliche Fragestellung. Aber dieser Ehrenrang gebührt wohl Elmyr de Hory.

De Hory, der auch ein Bündel anderer, wohlklingender Namen benutzte, bürgerlich aber schlicht Elmer Hoffmann hieß, war, wie fast alle seiner Zeitgenossen, ein zwar technisch versierter, künstlerisch aber wenig origineller und damit erfolgreicher Maler. Er besaß eine akademische Ausbildung und war zeitweilig Schüler von Fernand Léger. Da es jedoch mit dem Verkauf seiner eigenen Kunst haperte, verlegte er sich, gestiftet durch Freunde, die es mit der Seriosität nicht ganz so genau nahmen, auf die Produktion marktgängiger Ware: Renoir, Manisse, Toulouse-Lautrec, Degas, Picasso.

Mit der Zeit wurde de Hory "Spezialist" für Impressionisten und Nachimpressionisten, und seine Nachempfindungen (er war nämlich kein Kopist, sondern malte im Stil der berühmten Meister neue Bilder) waren so erfolgreich, daß bis zu seinem Freitod 1976, im Alter von wahrscheinlich 70 Jahren, Fälschungen von de Horys Hand im Marktwert von 140 Millionen Dollar in Umlauf gebracht werden konnten.

Es waren aber nicht nur gutgläubige und ahnungslose Privatleute, die zum Teil kleine Vermögen für die Imitationen hergaben. Auch die Experten großer Museen gingen den Fälscherkünsten des gebürtigen Ungarn auf den Leim. Von den geprellten Privatleuten wurde der texanische Millionär Alger Hays Meadows am bekanntesten, weil er den Anstoß zur Entlarfung de Horys gab. Meadows hatte 32 Bilder gekauft, für über eine Million Dollar. Alle stammten von de Horys Staffeln.

De Hory klinkerte sich zu seinen Glanzzeiten nicht selbst um den Absatz seiner Produktion. Er hatte dafür zwei Freunde, Fernand Legros und Réal Lessard, die in dieser Angelegenheit liberale rührig waren. Was de Hory so erfolgreich machte, war außer seinem unbestrittenen malerischen Talent seine außerordentliche

### JOURNAL

#### Hinweise auf das Kloster Rotaha?

Die Grundmauern eines Kirchenbaus sind bei Ausgrabungen an der katholischen Pfarrkirche von Ober-Roden entdeckt worden. Dieser Fund könnte Hinweise auf das französische Kloster Rotaha geben. Dieses Benediktinerkloster wurde in der Lorscher Schenkungsurkunde von 786 erstmals erwähnt. Seit dem 10. Jahrhundert gibt es aber keine dokumentarischen Hinweise mehr darauf.

#### Goebbels' Pressearchiv ist jetzt in Posen

Ein großer Teil des Pressearchivs des NS-Propagandaministers Joseph Goebbels, der nach dem Krieg auf polnischem Gebiet gefunden wurde, befindet sich jetzt im Institut für Westgebiete in Posen. Das Material betrifft größtenteils die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung, die Beziehungen des Dritten Reiches zu Italien, Japan, der Sowjetunion und Polen.

#### Niedersachsens zentrale Studentenberatung

Das Land Niedersachsen wird an der Universität Hannover eine zentrale Koordinierungsstelle für die Studentenberatung der Hochschulen des Landes errichten. Bereits in den letzten Jahren ist ein Modellversuch auf diesem Gebiet durchgeführt worden, der mit 3,5 Millionen Mark vom Bund finanziert worden ist. Aufgabe der Koordinierungsstelle wird es sein, ein Informationssystem für die Studienberatungsstellen an den Hochschulen auszubauen und die Studienberater der Hochschulen auszubilden.

#### Neuer Auktionsrekord für Füssli-Zeichnung

Eine Studie zu einem Frauenkopf des Schweizer Malers Johann Heinrich Füssli (1741-1825) wurde bei Christie's in London für 113 400 £ (455 000 Mark) versteigert. Die Füssli-Forschung bisher unbekannt, weiß aufgehellte Kreidzeichnung zeigt das Porträt einer Dame, wahrscheinlich der Frau des Künstlers, und kann einer von Füsslis besonders produktiven Perioden in England gegen 1790 zugeordnet werden.

#### Telemanns „Sokrates“ im Heidelberger Schloß

Mit Telemanns Oper „Sokrates“ in der Inszenierung von Peter Osolnik wurden jetzt die diesjährigen Heidelberger Schloßspiele eröffnet. Daneben stehen Aufführungen von Rossinis Oper „La Cenerentola“ sowie der Altheidelberger-Romanze „The Student Prince“ von Sigmund Romberg.

#### Coleman Dowell tot

Der amerikanische Schriftsteller Coleman Dowell hat sich in New York aus dem Fenster seiner im 15. Stockwerk gelegenen Wohnung gestürzt. Der 60jährige, dessen Prosa etwa von Tennessee Williams sehr gerühmt worden war, litt an Depressionen. Er verfaßte eine Reihe von Romanen, Kurzgeschichten und Theaterstücken.

### Fotos, psychologisch Das Märchen von der Objektivität

In den vierziger Jahren zeichnete der Cartoonist Alain einen Fakir auf seinem Nageleis, der zwei amerikanischen Soldaten, die ihn erstaunt betrachten, den freundlichen Ratschlag gibt: "Im Psychoanalytischen Journal finden Sie einen sehr unterhaltsamen Artikel, warum wir das tun". So könnten künftig jeder Fotograf und jeder Fotografierende dem Zuschauer, denn das, was da geschieht, seitdem vorzukommen scheint, entgegenhalten: In Günter Spitzings "Fotopsychologie" (Beitz Verlag, Weinheim, 320 S., 166 Abb., 48 Mark) finden Sie erläutert, warum wir das tun.

Von Amateuren und Professionals werden tagtäglich unzählige Bilder produziert, aber über die Psychologie des Fotografierens, des Fotografieren und des fotografischen Bildes haben sich bislang nur wenige den Kopf zerbrochen. Spitzing holt das nun ausführlich nach. Dabei bringt er vor allem seine Erfahrungen als Fotograf, Fotochriftsteller und Fotopädagoge ins Spiel, greift aber auch wiederholt auf psychoanalytische Journale zurück.

Er entdeckt im Fotografieren Aggressivität und kompensierende Sexualität, spürt Verkleinerungen und Verkrampfungen bei den Fotografieren auf und entdeckt bestimmte Verhaltensweisen der Abwehr gegenüber der Kamera, die in der Dritten Welt unvermittelt zu erleben sind, während man sie in europäisierten Ländern eher kaschiert.

Es gibt, das ist eine der wesentlichen Thesen des Buches, keine "objektiven" Bilder, weil Inszenierung und Selbstinszenierung, Motiv-Auswahl und Ausschneidecharakter des Fotos die Folge einer Reihe von subjektiven - bewußten und unbewußten - Entscheidungen sind. Infolgedessen "wird doch tatsächlich nicht das Faktische fotografiert, sondern das Faktische angeordnet". Zugleich betont Spitzing die Mehrdeutigkeit des fotografischen Bildes. Der gängige Satz "Ein Bild sagt mehr als tausend Worte" gewinnt dadurch bei ihm einen neuen Sinn: Die "tausend Worte" sind nötig, weil jeder Betrachter etwas anderes aus der Fotografie herausliest.

Diese Erkenntnisse über "Die subjektive Seite des Objektivs" (so der Untertitel des Buches) sind natürlich nicht neu. Den weitverbreiteten Aberglauben an die "Objektivität der Fotografie" haben solche wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Abhandlungen jedoch kaum ankratzen können. Aber denen, die gern mit dem Fotoapparat handieren, gibt das Buch manchen Hinweis, wie statt der zufälligen Subjektivität des Bildes das Bild einer bewußten Subjektivität unterworfen werden kann.

PETER DITTMAR

### Russells Film „China blue - bei Tag und Nacht“

## Grelle Kapuzinerpredigt

Es sei nur ein skandalisierender Schocker, meinen die einen, und die anderen wittern einen Edelporno, also auch nichts Gutes, damals, Ende der sechziger Jahre, als Ken Russells Film "Women in Love" in die Kinos kam. Russells erster Kinofilm ist längst ein Film-Klassiker und steht für den damaligen Schrei nach "sexueller Emanzipation" vulgo sexualmoralischer Libertinage.

Mit "Liebesuchen" wie Herpes und Aids, die Promiskuität zum russischen Roulette machen, ist inzwischen Katerstimmung eingekehrt, und prompt ist auch Ken Russell da, mit einem neuen Film Liebe, Treue und wahre Partnerschaft zu predigen: "Crimes of Passion", hierzulande als "China blue - bei Tag und Nacht" in die Kinos. Von Sexual- und Horrorfilm ist wieder die Rede, von Russells gutgezieltem Schlag unter die Gürtellinie... Nun, gewiß, Russell ist nicht zimperlich. Aber man kann vom Teufel nicht mit Engelszungen reden, und Russells Film ist eben eine deftige Kapuzinerpredigt.

Es geht um drei Personen. Bobby Grady, sehr präzise gespielt von John Laughlin, verliert die Illusion, eine auch nach acht Jahren noch glückliche Ehe zu führen. Seine Frau, ein unangenehm, frustrierendes Wesen, stellt sich geradezu lärmliche Sanftmut auf immer härtere Proben - bis ihm der Faden reißt. Bobby verläßt Heim und Familie mit einer detektivischen Subjektivität, die er sich an die Person von Joanna Crane (Kathleen Turner),



Programmiert psychopathisch: Anthony Perkins als Reverend

Happy-End kann nicht einmal mehr vom iven, bösen Perkins verhindert werden.

Das es sich um ein filmisch erstklassiges Stück handelt mit den für Russell typischen, durch Musik intensivierte Bildsequenzen und in seinen starken, ja grellen Farben, die immer ein bißchen nach Theater schmecken, dürfte außer Frage stehen. Aber gegen Russells Botschaft sind so ziemlich alle, diejenige, die am liebsten noch immer nicht belästigt werden wollen von Dingen, die mit dem menschlichen Unterleib zu tun haben, ebenso wie diejenigen, für die eine solche Philippika gegen das Seelenheil, das der Sex angeht hat, zu früh kommt.

REINHARD BEUTH

### Venedig: Rossinis Zauberoper „Armida“ mit der Ricciarelli im Teatro Fenice

## Auf Wolken fliegend zum Geliebten

Die Donizetti-Renaissance läuft aus, die Rossini-Renaissance hat begonnen. Da mußte früher oder später auch Tassos Maglieri "Armida" erneut auf den Plan treten. Welche Primadonna glierte nicht nach dieser Rolle, die sich im tonoralen Glanz von gleich sechs Partnern sonnen darf! Was der Callas 1952 in Florenz recht war, will sich heute eine Ricciarelli nicht entgehen lassen.

Daß die "Armida" trotz des Einsatzes der Callas kaum beachtet wurde, liegt nicht nur daran, daß nur selten eine Sängerin von solch extrem belcantistischer Attacke auftritt, liegt auch nicht nur an den sechs gefürchteten Tenören, sondern vor allem an der miserablen Dramaturgie der Oper, die selbst jenen Hörer verwirren muß, der Rossini einigem nachsieht.

Bereits das Publikum des Teatro San Carlo konnte 1817 mit der Zauberoper wenig anfangen. Auch in anderen italienischen Städten wollte man von dieser atmosphärischen Ferie nichts wissen, nur die Deutschen, insbesondere die Wiener, ergötzen sich an diesem Spektakel. Bis auf die Dvorniks lagen denn auch alle Vertonungen dieses Stoffes, angefangen mit Jommelli und Lully, zeitlich vor Rossini, was beweist, wie sehr dies ein Thema der barocken Oper war.

Die Liebesgrotte der Zauberin, in der sich Dämonen, Drachen, Nymphen und Amoretten in einem von Blumengärten überhangenen Paradies des Sinnentamels finden ist ohne die Maschinenkunst des 18. Jahrhunderts kaum zu denken. Realistischer ist das Schlachtfeld vor Jerusalem entworfen, das durchaus als Modell für Verdis frühe Kreuzritteroper dienen konnte. Natürlich übertreiben sich Rossinis Krieger weniger aggressiv, weniger durch scharf rhythmisierte Perioden gestreift als Verdis Patrioten.

Doch das langatmige Disputieren der Paladine, welches durch die Tenoren eines jeden nur unwesentlich an Spannung gewinnt, das Lagerleben, das erneut an Verdi erinnert, und schließlich das Erscheinen Armidas hat Rossini geschickt verschont, so daß sich aus den brillanten Kleinstszenen die Grundstruktur der Großen Oper ergibt. Doch ähnlich Meyerbeer, der unentwegt das Feuer ansteckt, doch nie zum Brennen bringt, bleibt vieles kurzatmig, obwohl Rossini nicht mit Einfällen geizt und das Gelungenste glücklicherweise weiterverwertet hat (in "La donna del lago" und "Moses").

Einzigartig in seinem Genre dürften die drei Duette Armidas mit dem neuerborten Ex-Geliebten Rinaldo sein, die ganz erfüllt sind von einer zärtlich weichen, innig kuscheligen Gleichstimmigkeit im Piano.

Rossini's spätere Gattin Isabella Colbran, die die Armida kreierte, war eine singuläre Schauspielerin mit umfassenden stimmlichen Mitteln, was sich aus den bravourösen Szenen ablesen läßt. Egal ob sie der Liebe huldigt ("D'amore al dolce impero") oder als Verlassene rasend vor Wut

ADRIAN HECK



# „Nexrad“ soll tückische Böen rechtzeitig orten

### Erste Erfolge mit Doppler-Radarsystem in Denver

**LUDWIG KÜRZEN**, Bonn  
 Unwetter und die dabei auftretenden Windböen führen noch immer zu den größten Gefahren für die zivile Luftfahrt, wie sich jetzt wieder bei dem Flugzeugabsturz in Dallas gezeigt hat. Gerade in den Vereinigten Staaten treten in Gewitter- und Sturmfronten immer wieder hohe Windgeschwindigkeiten auf, die ein Flugzeug zum Spielball der Elemente machen. Besonders gefährlich sind dabei die sogenannten Scherwinde (siehe Grafik), die als Folge von starken, abwärtsgerichteten Luftströmungen auftreten. Sie können die Aerodynamik eines Flugzeuges völlig durcheinanderbringen. Man schätzt, daß seit 1984 durch solche Wetterereignisse 28 Abstürze mit fast 500 Toten verursacht worden sind.

Solche Luftströmungen treten sehr plötzlich und breiten sich nach dem Aufprall auf den Boden in alle Richtungen aus. Wenn sie ein Flugzeug von vorne oder von der Seite treffen, können sie es aus seiner Flugbahn drücken. Besonders gefährlich ist jedoch, wenn diese Winde das Flugzeug von hinten treffen. Sie wirken in diesem Fall der Luftströmung entgegen, die an den Tragflächen entlangfließt und damit für den nötigen Auftrieb sorgt. Der Effekt ist ähnlich, als wenn das Flugzeug plötzlich seine Geschwindigkeit stark verringern würde. Es hat nicht mehr genug Auftrieb und verliert deshalb schnell an Höhe. Vor allem in der kritischen Phase des Landens kann der Pilot meistens nicht mehr schnell genug reagieren, und die Maschine schlägt auf dem Boden auf.

### Staub- und Wasserpartikel reflektieren den Strahl

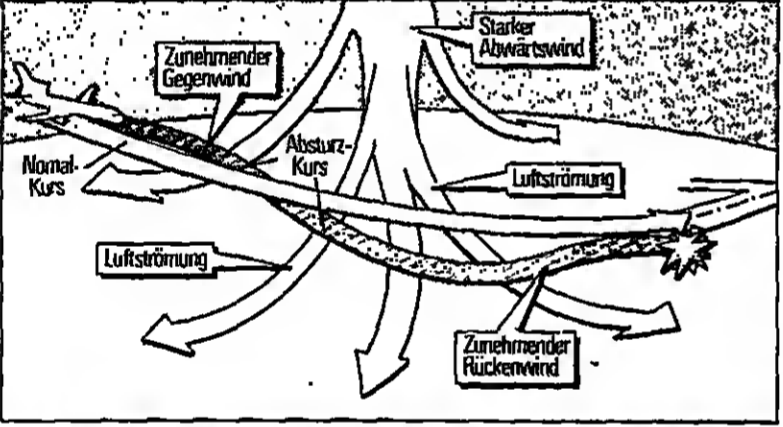
Bislang wurden die Windverhältnisse auf den Flughäfen vorwiegend mit Windsensoren gemessen. Da diese aber auf dem Boden stehen, können sie Böen in größeren Höhen nicht erfassen. Hier soll demnächst ein Radarsystem Abhilfe schaffen, das zur Zeit auf dem Flughafen von Denver (Colorado) getestet wird. Dieses als „Nexrad“ (Next Generation Radar) bezeichnete System arbeitet wie eine Radaranlage für die Flugsicherung, jedoch mit Wellenlängen zwischen 5 und 10 Zentimetern. Wenn der ausgesendete Radarstrahl auf Staub- oder

Wasserpartikel in der Luft trifft, wird er reflektiert und kann mit einer Antenne aufgefangen und analysiert werden. Sobald diese Partikel sich in Bewegung befinden, also etwa gerade von einer Windböe erfaßt worden sind, ändert sich nach der Reflexion die Wellenlänge des Radarstrahls. Man bezeichnet diesen Vorgang als Doppler-Effekt. Er bewirkt zum Beispiel auch, daß der Hupen eines Autos, das auf einen Beobachter zuffährt, höher klingt, als wenn es sich von ihm entfernt.

### Das Verfahren erfordert komplizierte Auswertung

Mit Hilfe dieses Doppler-Radarsystems können alle Luftbewegungen rund um einen Flughafen genau gemessen werden. Allerdings erfordert das Verfahren eine komplizierte Auswertung, denn es kann nur solche Windbewegungen wahrnehmen, die in der Ausbreitungsrichtung des Radarstrahls verlaufen. Alle anderen Bewegungen müssen aus der veränderten Wellenlänge des Radarstrahls errechnet werden. Daher ist dieses System auch nicht geeignet, einen Piloten gezielt vor einer einzelnen, plötzlich auftretenden Windböe zu warnen. Diese können in einer Gewitterfront innerhalb weniger Sekunden entstehen und lassen kaum eine Chance zum Reagieren.

Dennoch kann das Radarsystem dazu beitragen, die Windgeschwindigkeiten in einem Sturm und damit seine Gefährlichkeit rechtzeitig zu erkennen, damit die Piloten aller anfliegenden Flugzeuge gewarnt und eventuell umgeleitet werden können. In den Vereinigten Staaten will man das System daher so schnell wie möglich auf allen Flughäfen installieren. Die Kosten liegen etwa 25 bis 30 Prozent über denen eines herkömmlichen Radars. Auch in der Bundesrepublik werden Vorbereitungen getroffen, das Doppler-Radar einzuführen. Die Sicherheit der Flugsicherung kann aber nur dann wirklich verbessert werden, wenn die Verantwortlichen auf den Flughäfen mehr als bisher Konsequenzen aus den Warnungen der Meteorologen ziehen. Gerade in den USA wird zu oft gezögert, einen Flughafen bei schlechtem Wetter zu schließen und alle Flugzeuge umzuleiten.



Die Grafik zeigt die verblüffende Wirkung von Scherwinden auf eine Maschine im Landausflug

### Norman Hartnell umwirbt Bruce Oldfield - Neue Konstellation am europäischen Modehimmel?



Mode-Weltas trassen diese Bilder: Lady Diana 1980 (links) und Ina Kriestova Bruce Schneiders Oldfield 1985 in London (Mitte) und Ross (rechts). FOTOS: DPA/WAN/CAMERA PRESS

Von SIEGFRIED HELM

Englands königliche Modeschöpfer sind bereit, den republikanischen Haute-Couture-Hochburgen Frankreichs und Italiens den Feldhandschuh hinzuzufügen. Norman Hartnell, das Modehaus der Queen, hat dem hochbegabten jungen Modeschöpfer Bruce Oldfield (35), einen „Heiratsantrag“ gemacht. Keine Schneiderei im ganzen Land, bei der die Partner so gut zueinander passen würden: Reife und Tradition das Zeichen des Hauses Hartnell. Experimentierfreude mit einem jugendlichen Image die Handschrift Bruce Oldfields.

Norman Hartnell (Sir Norman starb 1979) ist seit einem halben Jahrhundert der Schneider, der Englands Königinnen anzieht. Die „Queen Mum“ liebt sich auch mit ihren 85 nicht von gartenbunten Hartnell-Kreationen abbringen. Prinzessin Margaret ließ sich von Hartnell gediegene Eleganz auf den etwas zu kurz geratenen Leib schneiden. Herzoginnen und Gräfinnen blieben ihm über Jahrzehnte treu, weil er den Kniff beherrschte, nicht nur schöne Kundinnen noch schöner zu machen, sondern auch nicht vorhandene Schönheit einfach herbeizubringen.

Auch Bruce Oldfields Stärke liegt in seiner Klientel dem internationalen Jet-Set und vor allem seiner Traumkönigin Prinzessin Diana, die ihm seit 1982, ein Jahr nach ihrer Hochzeit mit Prinz Charles, „die Treue hält“. Oldfield zieht seine Damen weich und weiblich an. Mit gewagten Dekolletés oder V-Ausschnitten am Rücken sorgt er für sinnliche Akzente. Kein Wunder, daß Mick Jagers Ex-Frau Bianca und seine Lebensgefährtin Jerry Hall sich darum reißen, von seinem geschickten Händen vermessene zu werden, und Fernsehsänger wie Linda Evans und Joan Collins sich von diesem farbigen Briten anziehen lassen wollen.

# Sinnliche Akzente für eine elegante Lady

Die „Queen“ des „Denver Clan“ und die Windsor-Queen smut Schwiegermutter von einem und demselben Modeschöpfer – die Mode-Welt hätte ihren Megastar. Hinzu kommt, daß die Briten über die zugkräftigsten Mannequins verfügen würden. Noch dazu gratis. Diana ist schon jetzt die hochkarätigste „Vorführdame“ der Modewelt. Wo immer sie auftritt, ist Laufsteg.

Seit dem Tode Sir Norman Hartnells hat in der Bruce Street im vornehmen Mayfair die Kreativität nachgelassen. Da könnten neue Impulse Wunder wirken. Oldfield geht es primär darum, daß seine Frauen gut aussehen, weniger, daß sie „modisch“ daherkommen. Unter seinen Schneidertandeln wandelte sich Diana von einer ins Irrele stilisierten Märchenprinzessin in langen, weiten, rüschchenbesetzten „Büchermich-nicht-an“-Kleidern zu einer Art Fotomodell. Oldfield ist der Mode-Architekt der schlanken Linie. Auch wenn die Prinzessin königlichem Beispiel folgend häufig Hut tragen muß, so ist darunter eine allerliebste, figurbetonte, ganz auf Natürlichkeit gestimmte junge Dame zu bewundern. Es gab nur wenige kritische Stimmen, der Modeschöpfer habe den Bogen überspannt, als er Diana in kurzen, engen Röcken auf die offizielle italienische schickte.

Seine erste wichtige Kreation für Diana war das 1983 berühmt gewordene Seidenkleid, das eine Schulter freiließ. In einem silbernen Lamékleid mit Falten und einem gewagten V-Ausschnitt, der ihren entzückenden Rücken freiließ, stach sie auf dem großen Weltkongressball zu-



Disziplin ist oberstes Gebot: Schneider Bruce Oldfield mit Traumkönigin Diana bei einer Wohltätigkeitsveranstaltung in London. FOTOS: DPA

# Fliegerbomben detonierten auf der Autobahn

**AP, Checotah**  
 In einem folgenschweren Unfall wurde am Sonntag im amerikanischen Bundesstaat Oklahoma ein Militärlaster transportierender LKW mit einem Personentransporter auf der Autobahn in Brand. Dabei explodierten sieben der zehn geladenen Fliegerbomben von jeweils einer Tonne, 6000 Einwohner in der Umgebung der Unfallstelle in der Nähe der Stadt Checotah wurden sicherheitsbehälter evakuiert. Die 47 Verletzten des Unfalls sind Feuerwunden, die Rauchvergiftungen erlitten. Die Explosion der sieben Bomben riß einen zehn Meter tiefen Krater mit einem Durchmesser von 15 Metern in die Autobahn auf der der Lastwagen fuhr. Ihn folgte ein zweiter Militärtransporter mit weiteren 20 Bomben. Die drei Bomben, die bei dem Unfall auf die Straße gerollt waren, ohne zu explodieren, wurden zu einem Stützpunkt in Arkansas transportiert.

### Klebrige Ölmasse

**dpa, Kopenhagen**  
 Die Folgen der Havarie des Bremer Tankers „Jan“, der am Ausgang des Limfjörds (Schweden) auf Grund gelaufen und leck geschlagen war, sind schwerer als zunächst angenommen. Gestern hatte ein mehrere Kilometer langer Ölteppich den Strand der kleinen Ostseeinsel Lasseo erreicht, der auf eine Länge von sechs bis acht Kilometern mit klebriger Ölmasse bedeckt ist. Ein starker Südostwind droht die Ölmengen nun auch auf die Nordküste von Lasseo zu treiben. Die kaum bewohnte Insel ist ein Naturschutzgebiet sowie ein Vogelparadies. Naturschützer maßen schon mehrere Seevögel erlegen, die mit ölverschmiertem Gefieder im Wasser trieben.

### Arbeitszimmer-Urteil

**AP, München**  
 Die Finanzbehörden dürfen in Arbeitszimmern innerhalb von Wohnungen Nachschau halten, wenn ein solcher Raum als steuerminierend anerkannt werden soll. Dies geht aus einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs in München hervor, die gestern veröffentlicht wurde. Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer können dann als Werbungskosten anerkannt werden, wenn eine Benutzung als Wohnraum so gut wie ausgeschlossen ist (Az.: Bundesfinanzhof VI R 68/82).

### Schärferes Weingesetz

**AP, Düsseldorf**  
 Die nordrhein-westfälische Landesregierung will die Bundesregierung zum „energischen Handeln“ bei einer Verschärfung des Weingesetzes zwingen. Landwirtschaftsminister Klaus Mathiesen kündigte gestern in Düsseldorf entsprechende Schritte für eine Initiative der Landesregierung im Bundesrat an.

### Atmosphärisches „Fenster“

**dpa, Hobart**  
 Die amerikanische Raumfähre „Challenger“ hat durch über der Insel Tasmanien durch eine Raketenzündung kurzzeitig ein „Fenster“ in die Ionosphäre gesprengt. Der obere Teil der Atmosphäre wurde damit für schwache Langwellen-Radiosignale aus der Milchstraße durchlässig. Australischen Wissenschaftlern bot sich erstmals die Gelegenheit, mit hochempfindlichen Geräten in diesem Wellenbereich das All zu erforschen.

### Waldbrände auf Korsika

**dpa, Bastia**  
 Auf Korsika haben neue Waldbrände große Schäden im Norden der Insel angerichtet. Nach Angaben der Feuerwehrgelände ist erst gestern, die Brände bei nachlassenden Winden unter Kontrolle zu bringen. Am Sonntagabend hatte das Feuer zeitweise den Stadtrand von Bastia und andere Ortschaften bedroht sowie den Ort Ile Rousse eingeschlossen. Bis gestern gingen auf Korsika mehr als 2000 Hektar Wald und Buschland in Flammen auf. Mehrere Häuser und Wohnwagen brannten ab, zahlreiche Wohnhäuser wurden evakuiert.

### Stromausfall zugegeben

**dpa, Moskau**  
 Die beiden sowjetischen Kosmonauten Wladimir Dschanibekow (43) und Wiktor Sawinyich (45) haben verhindert, daß die Orbitalstation „Saljut 7“ ausgegeben werden mußte (WELT v. 26.7.). Gestern meldete auch das Parteiorgan „Pravda“ zum ersten Mal, daß es in der seit Oktober vergangenen Jahres unbemannten Station im März einen totalen Stromausfall gegeben hatte. Dschanibekow und Sawinyich sind am 6./7. Juni mit dem Raumschiff „Sojus 15“ ins All gestartet, vermutlich mit dem Auftrag, die dort seit 1982 eingeseetzte Station zu retten. Sowohl als Andockens als auch die Reparatur glückten. „Pravda“ stuft die gelungene Operation als bedeutsam für die Weiterentwicklung der bemannten Raumflüge ein.

### ZU GUTER LETZT

„Eine partielle Totalrevision der Steuerrechts ist unumgänglich. Überschritt in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.“

# LEUTE HEUTE

### Ausflug

Einen Ausflug zur „Stärkung des Lebenswillens“ – so sein Arzt William DeVries – unternahm am Wochenende William Schroder (63), der Mann, der seit neun Monaten mit einem künstlichen Herzen lebt. In einem Spezialwagen besuchte er das deutsche Straßenfest in seiner Heimatstadt Jasper (US-Bundesstaat Indiana).

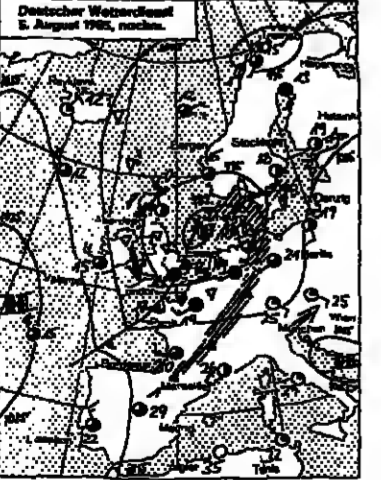
### Aufnahme

Ein neugieriges Reporterteam der amerikanischen Fernsehkanal NBC

entdeckte ihn und filmte ihn auf dem Grundstück eines Hauses in der schicken Miramar-Wohngegend von Havana. Jetzt hat es Kubas Staatschef Fidel Castro amtlich bestätigt: Der flüchtige Finanzier Robert Vesco lebt auf der Zuckerinsel. Vesco hatte vor zwölf Jahren mit schätzungsweise 234 Millionen Dollar aus Geldern des bankrotten „IOS“-Investment-Fonds die USA heimlich verlassen. Castro erklärte, er sei Vescos Wunsch nachkommen, sich in Havana ärztlich behandeln zu lassen. Auch wenn der Gesuchte auf Dauer in Kuba bleiben wolle, sei er herzlich willkommen.

# WETTER: Wechselhaft

**Wetterlage:** Auf der Rückseite eines ostwärts abziehenden Tiefdrucklufers strömt kühle Meeresluft nach Deutschland. Der Südosten gelangt unter Einfluß eines vom Mittelmeer nordostwärts ziehenden Hochlufers.



### Vorhersage für Dienstag:

Im Südoosten stark bewölkt bis bedeckt und länger andauernder Regen mit Gewittern. Tagestemperaturen um 16 Grad. Nachts allmählich abklingende Niederschläge und Abkühlung auf 13 bis 10 Grad. Im übrigen Deutschland wechselnde Bewölkung, Schauer und Gewitter. Höchsttemperaturen 17 bis 20 Grad. Mäßiger bis frischer, in Böen stärker bis stürmischer Wind um West.

### Weitere Ansichten:

Überwiegende Wetterberuhigung. Temperaturen wenig verändert.

### Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	21°	Kairo	32°
Bonn	20°	Kopenh.	14°
Dresden	21°	Las Palmas	24°
Essen	22°	London	14°
Frankfurt	14°	Madrid	25°
Hamburg	18°	Mailand	21°
List/Sylt	18°	Malorca	25°
München	22°	Moskau	22°
Stuttgart	25°	Nizza	25°
Algier	25°	Oslo	15°
Amsterdam	15°	Paris	19°
Athen	29°	Prag	23°
Barcelona	27°	Rom	23°
Braunau	19°	Stockholm	15°
Budapest	24°	Tel Aviv	31°
Bukarest	27°	Tunis	32°
Helzinki	19°	Wien	25°
Sonnenaufg.	25°	Zürich	24°

Sonnenaufg.: 5.55 Uhr, Untergang: 21.00 Uhr, Mondaufg.: 22.25 Uhr, Untergang: 13.08 Uhr  
 in MEZ, zentraler Ort Kassel

# Die Vignette ließ die Kassen nicht klingeln

dpa, Bern

Der zu Beginn dieses Jahres eingeführte 30-Franken-Aufkleber, der zur Benutzung schweizerischer Autobahnen berechtigt, hat dem eidgenössischen Fiskus bei weitem nicht die Summen eingebracht, die bei der Einführung der Straßenverkehrsabgabe erwartet worden waren.

Für das erste Halbjahr nach Einführung der vor allem in der Bundesrepublik Deutschland heftig kritisierten Straßenzölle konnten die Statistiker dem Eidgenössischen Finanzdepartement nur Enttäuschendes berichten. Die sogenannte Autobahnvignette an den Windschutzscheiben hatte in den sechs Monaten rund 110 Millionen Franken, umgerechnet rund 150 Millionen Mark, gebracht.

Für das ganze Jahr waren 280 Millionen veranschlagt worden, doch niemand in Bern gibt sich die Illusion hin, daß die fehlenden 170 Millionen im zweiten Halbjahr noch zusammenkommen. Sie müßten ausschließlich von ausländischen Feriengästen oder Durchreisenden aufgebracht werden, weil die Schweizer schon zum Jahresbeginn den blauen Inland-Kleber an den Autos angebracht haben. Sie zahlten insgesamt rund 60 Millionen Franken.

Noch mehr Enttäuschung mußte Finanzminister Otto Stich mit der Schwereverkehrsabgabe für Lkw erleben. Von dem für das ganze Jahr erwarteten 158 Millionen Franken sind im ersten Halbjahr kargliche 17 Millionen von Fernfahrern und Busunternehmern eingetrieben worden.

Stich kritisierte auch die Gerichte, gegen die Bestimmung entschieden zu haben, nach der die Aufkleber unbestanden sein müssen. Stichts Ministerium bleibt weiter dabei: Geht die Scheibe kaputt oder wird ein neuer Wagen gekauft, ist auch eine neue Plakette fällig.

# Wiener G'schicht'n über Bestechung und Steuerschuld Randerscheinungen im Verfahren gegen Lutz Moser

KURT POLLAK, Wien

In ein Wespennest dürrten die österreichischen Justizbehörden geirrt haben, als sie den Bestechungsandal aufdeckten, in den der Staatsanwalt Lutz Moser (44) involviert ist (siehe WELT vom 31.7.). Der in Untersuchungshaft befindliche Staatsanwalt hatte, wie berichtet, zugegeben, den Vorarlberger Geschäftsmann Bela Rabelbauer (51) dazu verleitet zu haben, gegen ein Bestechungsdelikt ein Verbrechen zu begehen. Die Behörden nicht aus, daß Rabelbauer bei Thyssen ein einzelner Mitarbeiter für seine kriminellen Pläne gewinnen konnte.

Der Geschäftsmann soll zudem in Österreich 65 Millionen Mark Steuerschulden haben. Gestern schaltete sich auch das Finanzministerium in Wien ein. Wegen der Geheimhaltungspflicht nahm der zuständige Sektionschef des Ministeriums, Bauer, nur vorsichtige Stellung: „Die Prüfung wird sehr schwierig werden, weil die meisten Geschäfte Rabelbauers ins Ausland spielen.“ Auf die Frage, wie es möglich sei, daß eine solche riesige Summe zusammenkomme, antwortete Sektionschef Bauer: „Da könnte es mehrere Ursachen geben, nicht nur Steuerhinterziehung, sondern auch eine nicht ordnungsgemäße Buchführung.“

Sollte Rabelbauer wider Erwarten nach Österreich zurückkehren, erwartet ihn eine saftige Geldstrafe, die bis zum Zweifachen der hinterzogenen Steuersumme reichen kann, und wahrscheinlich mindestens ein Jahr Gefängnis wegen Steuerhinterziehung. Dazu ein Finanzbeamter: „Rabelbauer wird dann verfolgt, bis zur Taschenpfändung, und bekommt nie mehr Ruhe...“

# „MS Europa“ vor Grönland freigeschleppt

dth, Hamburg

Das deutsche Kreuzfahrtschiff „Europa“, das am Samstag vor Grönland auf Grund gelaufen war, wurde gestern morgen von dem dänischen Forschungsschiff „Ice Flower“ bei Flut auf hohe See geschleppt und hat nach Angaben der Reederei Hapag-Lloyd gestern im Hafen von Sissimut (ehemals Holstenborg) Anker geworfen. Wie die Reederei in Hamburg weiter mitteilte, ist eine Expertenkommission nach Grönland unterwegs, um bei der Havarie möglicherweise entstandene Schäden an dem 33 819 BRT großen Schiff zu begutachten. Erst wenn deren Befund vorliegt, kann entschieden werden, ob die Kreuzfahrt fortgesetzt werden kann oder abgebrochen werden muß. Ein Ergebnis wird für heute morgen erwartet. Nach den bisher vorliegenden Berichten, so ließ die Reederei vernehmen, ist ein Wassereinbruch nicht erfolgt.

Die „Europa“, neben der „Berlín“ das derzeit einzige Passagierschiff unter deutscher Flagge, hatte ihre Kreuzfahrt am 27. Juli in Bremerhaven angetreten. Voraus letzter Anlaufhafen war Reykjavik (Island). Im weiteren Verlauf der Reise sollten mehrere norwegische Häfen angesteuert werden. Für den 17. August war die Rückkehr nach Bremerhaven vorgesehen. Eine plötzliche Windböe, gegen die alle modernen Navigations-einrichtungen, mit denen die „Europa“ ausgestattet ist, nichts halfen, machte jedoch den Veranstalter und den 580 Kreuzfahrtsäften an Bord einen Strich durch die Rechnung. Das Schiff lief auf ein Eisfeld vor dem Hafen Holstenborg auf. Nachdem ein erster Schleppversuch am Samstag gescheitert war, huffen Besatzung und Passagiere der nun wieder freischwimmenden „Europa“, ihre unterbrochene Reise bald fortsetzen zu können.

مركز من التحليل